

EINLEITUNG

Der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit sind Szenarien, in denen unterschiedliche 'Zukünfte' bundesdeutscher Städte beschrieben werden. Der Begriff 'Zukünfte' verweist auf eine Besonderheit der Szenariotechnik (vgl. Junker/Zickwolff 1985): Szenarien sollen nicht einen eng definierten zukünftigen Zustand oder das Eintreten eines bestimmten Ereignisses prognostizieren, sondern einen Möglichkeitsraum aufzeigen, innerhalb dessen verschiedene Entwicklungspfade herausgearbeitet werden können. Um die Offenheit der Zukunft und mögliche alternative Entwicklungen zu verdeutlichen, werden in der Regel mindestens zwei Szenarien, die einen mittelfristigen Zeithorizont umfassen, erstellt. Im Mittelpunkt der Inhalte von Szenarien stehen qualitative Faktoren und komplexe Zusammenhänge, deren Folgen und Wechselwirkungen dargestellt werden. Quantitative Faktoren können als Grundlage der Szenarien oder zur Veranschaulichung bestimmter Aspekte dienen, bleiben jedoch meistens unberücksichtigt. Die Szenariotechnik ist ein argumentatives Verfahren, in dem einerseits die Mutmaßungen über die Zukunft plausibel begründet werden müssen, das aber andererseits Phantasie und Mut der AutorInnen zur kontrollierten Spekulation erfordert.

Konnte schon immer, wer "Prognosen und gar noch ökonomische wagt, (...) ziemlich sicher sein, sich zu blamieren" (Hübner 1989a, 22), so ist den herkömmlichen Prognosemethoden die Basis dort weitgehend entzogen, wo Wandel, Trendveränderungen und Brüche das Terrain eher charakterisieren als Strukturkonstanz. Dieses gilt für die Stadtentwicklung in zweifacher Weise: *Erstens* hat das auf Wachstum basierende städtische Entwicklungsmodell seine Gültigkeit verloren. Wurde seit der Urbanisierung im 19. Jahrhundert Stadt gleichgesetzt mit Wachstum, so sind die veränderten Bedingungen der Stadtentwicklung charakterisiert durch Schrumpfungs- und Polarisierungsprozesse. Die seit der Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre forcierten ökonomischen Umstrukturierungen wirkten sich in der BRD - wie in den meisten kapitalistischen Industrieländern - regional unterschiedlich aus. Neuen Wachstumszentren stehen schrumpfende Städte mit überdurchschnittlich hohen Arbeitslosen- und niedrigen Wachstumsraten, deutlich geringeren Investitions- und Steueraufkommen sowie größeren

Bevölkerungsverlusten gegenüber. Die für Industrieländer charakteristische Raumstruktur des Stadt-Land-Gefälles, das weiterhin besteht, wurde überlagert von großräumigen Disparitäten zwischen den Agglomerationen.

Zweitens besteht kein gesellschaftlicher Konsens mehr über die Wünschbarkeit weiteren Wachstums. Seit Mitte der 60er Jahre haben vor allem Gruppen und Akteure, die unter dem Sammelbegriff 'neue soziale Bewegungen' gefaßt werden, Wachstum nicht mehr mit höherer Lebensqualität und Wohlstand identifiziert, sondern als Chiffre für Umweltzerstörung, Verödung der Innenstädte, Verdrängung von MieterInnen aus Sanierungsgebieten, Vereinzelung in den Trabantenstädten etc. entziffert und theoretisch und praktisch kritisiert.

Die in dem Trendbruch der Stadtentwicklung und der Kritik am Wachstumsmodell begründeten Planungsunsicherheit und Orientierungsprobleme der Stadtentwicklungsplanung waren der Ausgangspunkt für die Analyse der Szenarien. Aufgabe der modernen Stadtplanung war seit der Urbanisierung die Kanalisierung des Wachstums im Stadtraum; in den 30er Jahren definierte Thomas Adams Stadtplanung als "Formung und Lenkung des physischen Wachstums" (zit. n. Albers 1988, 5). Mit der neuen Situation der Städte wird die Stadtplanung mit Aufgaben konfrontiert, nämlich Schrumpfungprozesse zu bearbeiten, für die ihre Instrumente nicht konzipiert wurden. Stützte sich die wachstumsorientierte Stadtentwicklungsplanung auf quantitative Prognosen - etwa zur Bevölkerungsentwicklung, zum Verkehrsaufkommen und zum Wohnungsbedarf -, so ist die Szenariotechnik eine relativ neue Methode für diesen Bereich. Da die Anwendung der Szenariotechnik einen Bruch mit den herkömmlichen Prognosemethoden bedeutet, und weil dieser Bruch in den Vorworten der Szenarien mit den veränderten Rahmenbedingungen begründet wird, könnte in ihnen, so die Annahme, eine Neuorientierung der Stadtentwicklungspolitik am ehesten sichtbar werden. Die Szenarien wurden unter der Fragestellung ausgewertet, wie die neuen Problemlagen von den Städten wahrgenommen werden und wie sie darauf reagieren: Lassen sich Ansätze oder Beispiele für neue Strategien in der Stadtentwicklungsplanung ausmachen?

Gegenstand des ersten Kapitels sind die veränderten Bedingungen der Stadtentwicklung. Die Verschiebungen in der Stadt- und Regionalstruktur sind der räumliche Ausdruck der ungleichen und ungleichzeitigen Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften. Eine Erklärung dieser Verschiebungen bedarf daher einer Gesellschaftstheorie, die der Diskontinuität

kapitalistischer Entwicklung und den aktuellen Umstrukturierungen Rechnung trägt. Das Forschungsprogramm der französischen Regulationschule zielt auf eine solche Theorie, die es erlaubt, unterschiedliche Perioden in der Entwicklung des Kapitalismus und die Bedingungen ihres Entstehens, ihrer langfristigen Kohäsion und ihrer Transformation zu identifizieren (Aglietta 1979, 16f). In der Argumentation beziehen wir uns auf den Regulationsansatz, um den Zusammenhang zwischen der Entwicklungsweise kapitalistischer Gesellschaften, der Raumstruktur und den Lebensbedingungen in den Städten herauszuarbeiten. Wir werden zunächst die Fragestellung, die wichtigsten Konzepte und Thesen des Regulationsansatzes darstellen (1.1). Einer zentralen These zufolge endete mit der Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre ein durch ungewöhnliches wirtschaftliches Wachstum getragenes Entwicklungsmodell, dessen bundesdeutsche Ausprägung und Krise im zweiten Abschnitt beschrieben werden (1.2). Danach wird auf den schon skizzierten Trendbruch in der Stadt- und Regionalentwicklung eingegangen, der aus dem Auslaufen der Nachkriegsprosperität und dem Strukturwandel resultiert (1.3). Schließlich werden die Folgen der ökonomischen und gesellschaftlichen Umstrukturierungen für die Städte und die veränderten Aufgaben der Stadtpolitik diskutiert (1.4).

Eine Auseinandersetzung mit quantifizierenden Prognosemethoden, die traditionell zu den Grundlagen kommunaler Politik und Planung gehören, steht am Anfang des zweiten Kapitels (2.1). Aus der vielfältigen Kritik an rein quantifizierenden Prognosen entwickelten sich die verschiedensten Methoden und Zweige der Zukunftsforschung, von denen eine die Szenariotechnik ist. Die Szenariotechnik kann die herkömmlichen Prognosen nicht ersetzen, sie ist vielmehr ein zusätzliches Mittel und kann dazu beitragen, bisher isoliert betrachtetes Handeln in eine Gesamtperspektive einzubinden und den Stellenwert bestimmter Maßnahmen zu verdeutlichen. Unsicherheiten gegenüber dieser noch relativ jungen Methode sind u.E. auch in dem inflationären, häufig falschen Gebrauch des Begriffs Szenario begründet. Im Abschnitt 2.2 werden die verschiedenen wissenschaftlichen Definitionen von Szenarien diskutiert und die Methode der Szenariotechnik erläutert.

Im dritten Kapitel werden die Szenarien über elf bundesdeutsche Städte vergleichend ausgewertet. Die Auswertung wurde von uns in dem von den Professoren Häußermann und Siebel geleiteten Projekt 'Neue Strategien der

Stadtentwicklungspolitik' vorgenommen; sie wurde im Projektbericht veröffentlicht (Projekt 1988, 14-90). Die Szenarien wurden anhand eines Fragerasters (3.1) untersucht, das unser Forschungsinteresse verdeutlichen und die Vergleichbarkeit der ausgewerteten Szenarien ermöglichen sollte. Das Frageraster ist Ergebnis eines Diskussionsprozesses im Projekt, der erst nach verschiedenen Versuchen der Darstellung und Auswertung und nach einem Pre-Test mit vier Szenarien abgeschlossen wurde. Es wurden alle uns zugänglichen Szenarien, die sich auf die Entwicklung konkreter Städte beziehen, untersucht. Um mögliche Unterschiede der inhaltlichen Reichweite und des Innovationsniveaus erkennen zu können, wurde die Auswertung untergliedert in Szenarien, die von städtischen Ämtern, Arbeitsgruppen oder Kommissionen erarbeitet wurden (3.2.1) und solchen, die von professionellen Instituten (prognos, Syntropie) im Auftrag erstellt wurden (3.2.2). Darüber hinaus wurden zwei Zukunftsbilder in die Auswertung einbezogen, die methodisch ähnlich wie die Szenarien entworfen wurden, aber eher programmatischen Charakter haben (2.2.3).

Im Schlußkapitel werden die zentralen Inhalte der Szenarien entlang unseres Fragerasters zunächst zusammengefaßt (4.1) und dann Hinweise zur Kritik der Szenarien gegeben und eine Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Szenariotechnik für die städtische Politik und Planung versucht (4.2).

Zwei Anmerkungen: *Erstens*, diese Arbeit wurde vor den Umwälzungen in der DDR geschrieben. Die Veränderungen und Probleme, die durch die Übersiedlung in die BRD und durch die absehbare Vereinigung der beiden deutschen Staaten für die Städte und das Städtesystem entstehen, wurden nicht berücksichtigt. Das wäre gegenwärtig am ehesten in der Form eines Szenarios möglich. Für die "Hauptstadt Berlin" wird von der Umweltbehörde West-Berlins ein Szenario erarbeitet.

Zweitens. Für LeserInnen, die sich nicht intensiv mit der Szenariotechnik in der Stadtplanung beschäftigen wollen, ist es ratsam aus dem dritten Kapitel nur Szenarien über die Städte zu lesen, die sie kennen oder speziell interessieren. Denn die Szenarien über die Städte sind - leider - nicht so kreativ wie es die Methode und nicht so unterschiedlich wie es die Perspektiven der Städte erwarten ließen.

Dieses Buch ist entstanden aus unseren Diplomarbeiten, die wir 1989 an den Universitäten Bremen und Oldenburg vorgelegt haben. Wir danken Hartmut Häußermann und Walter Siebel für ihre Unterstützung unserer Projektarbeit

und für die Anregungen unserer Diplomarbeiten. Außerdem bedanken wir uns bei Johann Jessen, der die Herausgabe dieses Buches ermöglichte.

1. STADTENTWICKLUNG ZWISCHEN TRENDBRUCH UND RESTRUKTURIERUNG

1.1 Die Fragestellung und Konzepte der Regulationsschule

Bevor wir die Fragestellung und die wichtigsten Kategorien darstellen, mit denen die langfristige Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften interpretiert wird, sind zwei einschränkende Hinweise notwendig:

Erstens kann man über die Gemeinsamkeiten des Forschungsgegenstands und der Begriffsdefinitionen hinaus nicht von einer *Regulationsschule* im engeren Sinn sprechen. Kurt Hübner unterscheidet innerhalb des Regulationsansatzes zwischen einer "werttheoretisch fundierte(n) Theorie" (Hübner 1989b, 54), die sich explizit auf die 'Kritik der politischen Ökonomie' von Marx bezieht, und einer "preistheoretischen" Variante (ebd. 113ff.), deren VertreterInnen die generelle Gültigkeit der von Marx erkannten Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise verneinen und ökonomische Gesetze nur in Bezug auf konkrete historische Phasen untersuchen. Diese theoretischen Differenzen werden hier nicht weiter vertieft (dazu ausführlich: Hübner 1989b). Wir beziehen uns im folgenden, soweit es sich um 'Primärtexte' der Regulationsschule handelt, auf Arbeiten von Michel Aglietta und Alain Lipietz, die der werttheoretischen Variante zuzuordnen sind (ebd.).

Zweitens haben die Thesen und Untersuchungsansätze der Regulationsschule nicht den Status einer geschlossenen Theorie, sondern eher den vorläufigen, teilweise ungesicherten eines "heuristischen Forschungsprogramms" (Hurtienne 1988, 182). Dieser (scheinbare) Mangel ist begründet in dem umfassenden Anspruch der Regulationsschule, eine Gesamtinterpretation der kapitalistischen Entwicklung zu versuchen, und in dem frühen Stadium der Theoriebildung wohl unvermeidlich.

Daß mit dem Regulationsansatz trotz dieser Einschränkungen geeignete theoretische Konzepte für eine Periodisierung des Kapitalismus und für die Interpretation der aktuellen Restrukturierungsprozesse vorliegen, soll im folgenden gezeigt werden.

1.1.1 Akkumulationsregime und Regulationsweisen

Als eine der Pionierarbeiten der Regulationsschule gilt die Analyse der Akkumulationsgeschichte der USA von Aglietta (1979). Die dort formulierten Fragen verdeutlichen über die USA-Studie hinaus den Gegenstand des Forschungsprogramms:

"What forces transform the social system and guarantee its long-run cohesion? Are the conditions and modalities of this cohesion capable for evolution? In what conditions and by what processes are qualitative changes in the relations of production induced? Is it possible to identify stages in the development of capitalism and can such an identification interpret the structural crisis of the mode of production? Is the present crisis a sequel to other historical changes internal to capitalism, and does it offer a basis of hypothesis about future class struggles?" (ebd., 16f.)

Anhand der Geschichte der USA untersucht Aglietta die historisch spezifischen Formen der Durchsetzung der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise. Zur Vermittlung zwischen abstrakter Gesetzmäßigkeit und konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen werden "intermediäre Konzepte" (Hurtienne 1988, 187) entwickelt, die die jeweiligen Formen der Reproduktion und des Wandels der ökonomischen und nicht ökonomischen Beziehungen in verschiedenen Perioden kapitalistischer Gesellschaften erfassen sollen (vgl. Aglietta 1979, 16). Die wichtigsten intermediären Konzepte sind `Akkumulationsregime` und `Regulationsweise`.

"Das Akkumulationsregime ist ein Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produkts, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den Veränderungen in den Bedingungen des Endverbrauchs (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben usw. ...) herstellt" (Lipietz 1985, 120).

Die wichtigsten Kriterien zur Unterscheidung verschiedener Akkumulationsregime sind zum einen die Art und Weise der Nutzung der Arbeitskraft im Produktionsprozeß, zum anderen die Form der Reproduktion der Arbeitskraft und somit die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse (Aglietta 1979, 20).

Die Stabilität, die sich in der Fähigkeit zur Reproduktion ausdrückt - die "soziale Kohäsionskraft" (Hurtienne 1986, 79) - gewinnt ein Akkumulationsregime nicht aus sich selbst heraus, sondern durch gesellschaftlich anerkannte Normen, routinisierte Verhaltensweisen und staatliche Institutionen, die mit dem Akkumulationsregime kompatibel sind. Die sozialen und politischen Muster, die die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse sichern, werden als `strukturelle Formen`, ihre Gesamtheit als `Regulationsweise` bezeichnet.

"Wir nennen im folgenden Regulationsweise die Gesamtheit institutioneller (=struktureller, A.d.V.) Formen, Netze und expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuellen Eigenschaften hinaus" (Lipietz 1985, 121).

Neben der Form des Lohnverhältnisses, das eine zentrale Stellung einnimmt, da es konstitutiv für die kapitalistische Form der Arbeit ist, beinhaltet die Regulationsweise die Formen der Waren-, Geld- und Kreditverhältnisse, der Konkurrenz der Kapitale sowie die Form staatlicher Politik. Der Staat "reproduziert (...) eine Hegemonie, die sich in ihm und die er ausdrückt" (ebd., 112) und ist, gestützt auf das Gewaltmonopol, in der Lage, den Zusammenhalt ("cohesion") der strukturellen Formen zu gewährleisten (Aglietta 1979, 383; vgl. Hübner 1989b, 34). Die Regulationsweise läßt sich nicht deterministisch aus ökonomischen Erfordernissen ableiten, vielmehr sind die strukturellen Formen Resultat politischer Auseinandersetzungen und sozialer- und Klassenkämpfe. Die Regulationsweise läßt sich erst im Nachhinein als funktional für ein Akkumulationsregime untersuchen; sie ist eine "geschichtliche Fundsache" (Lipietz 1985, 114), die solange Bestand hat, wie sie in der Lage ist, über Anpassungsleistungen in 'kleinen' konjunkturellen Krisen die Akkumulation in einer bestimmten Form zu sichern (ebd., 113).

In 'großen' strukturellen Krisen dagegen können die Widersprüche zwischen Regulation und Akkumulation nicht mehr in den tradierten Formen überwunden werden, können die strukturellen Formen die gesellschaftliche und vor allem die ökonomische Stabilität nicht mehr aufrechterhalten. Große Krisen leiten eine Phase der Transformation der Akkumulation und Regulation ein. Sie sind also nicht auf den ökonomischen Bereich be-

schränkt, obwohl hier ihre Ursachen liegen, sondern verändern auch die Bedingungen der Reproduktion der Arbeiterklasse und der Klassenkämpfe sowie die Form der Hegemonie und können deshalb auch zu sozialen und politischen Krisen führen. In Transformationsphasen entscheidet sich, ob und wie die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse restrukturiert werden, ob die Krise kapitalistisch gelöst werden kann, indem eine neue Entwicklungsweise des Kapitalismus aus den konfliktbeladenen Restrukturierungen hervorgeht (vgl. Aglietta 1979, 383; Hübner 1989b, 32 u. 45f; Lipietz 1985, 113).

Historisch wird zwischen einem 'extensiven' Akkumulationsregime mit 'kompetitiver' Regulation und einem 'intensiven' Akkumulationsregime mit 'monopolistischer' Regulation unterschieden, letzteres weiter danach differenziert, ob es mit Massenkonsum verbunden ist oder nicht. Als extensiv wird ein Akkumulationsregime beschrieben, das auf der Expansion des kapitalistischen Sektors bei gleichbleibenden Produktionstechnologien beruht, während sich die Arbeiterklasse in vorkapitalistischer Weise reproduziert. Dagegen basiert das intensive Akkumulationsregime auf der Revolutionierung des Arbeitsprozesses und - soweit es mit Massenkonsum einhergeht - auch der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse. Da in einem extensiven Akkumulationsregime auch Phasen der Intensivierung eintreten und in einem intensiven Akkumulationsregime Elemente des extensiven zeitweilig dominieren, wird ein Akkumulationsregime als 'vorwiegend' extensiv oder intensiv bezeichnet (vgl. Aglietta 1979, 130f; Hurtienne 1988, 198f; Lipietz 1985, 123f).

1.1.2 Das extensive Akkumulationsregime

Von der industriellen Revolution bis zum ersten Weltkrieg überwiegt das extensive Akkumulationsregime. Die industrielle Wachstumsdynamik beruht auf dem Auf- und Ausbau der Produktionsgüterindustrien, der Infrastruktur und des Rüstungssektors sowie der wechselseitigen Nachfrage innerhalb des Produktionsgütersektors. Demgegenüber werden die Konsumgüter eher traditionell in handwerklichen Kleinbetrieben und Eigenarbeit hergestellt, so daß die Reproduktionsweise der Arbeiterklasse für das industrielle Wachstum unbedeutend ist (vgl. Hurtienne 1986, 72ff). Charakteristisch für diese Periode ist die Vereinnahmung und damit Zerstörung nichtkapitalistischer Sektoren durch die Freisetzungen von Arbeitskräften infolge der

Mechanisierung der Landwirtschaft und durch die Produktionsausweitung und Zunahme industrieller Beschäftigung. Die in den intensiven Phasen verstärkte Mechanisierung und die Steigerung der Arbeitsproduktivität konzentrieren sich auf den Produktionsgütersektor (vgl. ebd.). Die Dominanz der absoluten Mehrwertproduktion - Verlängerung des Arbeitstages, Einbeziehung von Frauen und Kindern in die Industrieproduktion - spiegelt sich wider in den Kämpfen für den Normalarbeitstag und die Abschaffung der Kinderarbeit (vgl. Aglietta 1979, 130).

Unter der kompetitiven Regulationsweise dieser Periode wirken die Mechanismen der kapitalistischen Konkurrenz weitgehend ungehindert, da der Staat sich auf die Sicherung der Rahmenbedingungen der Akkumulation beschränkt. Für das Lohnverhältnis bedeutet das, daß sich im "Extrem (...) die Arbeitskraft jeden Tag neu (verkauft), zu einem Preis, der von den Marktschwankungen abhängt" (Lipietz 1985, 122). Die Reproduktion der Arbeitskraft ist unmittelbar verbunden mit dem Konjunkturzyklus und durch die Wirkungsweise der industriellen Reservearmee permanent bedroht. Die Unternehmen sind durch den Preiswettbewerb und vor allem mit der Entwicklung einer Durchschnittsprofitrate gezwungen, die jeweils fortgeschrittensten Produktionsmethoden ihrer Branche anzuwenden (Hübner/Mahnkopf 1988, 17). Das Hauptproblem besteht für die Unternehmen, die überwiegend nur in einer Branche engagiert sind, in der Suche nach neuen Absatzmärkten. Als in den 1890er Jahren der Industrieaufbau und der Ausbau der Infrastruktur stagniert, und auch von externen Märkten keine Wachstumsimpulse mehr ausgehen, kommt es zur großen Krise. Die "Strukturkrise des extensiven Akkumulationsregimes" (Hurtienne 1988, 211) leitet eine Phase der Transformation des Arbeitsprozesses ein, die Aglietta, bezogen auf die USA, als kapitalistische Antwort auf die Klassenkämpfe in den Krisenjahren interpretiert und als Versuch der Unternehmen, die Kontrolle über den Produktionsprozeß wiederzugewinnen (Aglietta 1979, 114).

1.1.3 Das intensive Akkumulationsregime

Mit dem Taylorismus - der wissenschaftlich begründeten Betriebsführung - beginnt eine erste Phase intensiver Akkumulation, in der der Arbeitsprozeß revolutioniert wird und gleichzeitig Konsumgüterindustrien verstärkt aufgebaut werden. Der Einzug tayloristischer Prinzipien in die Produktion führt zum Bedeutungsverlust der Qualifikationen der Handwerkerarbeiter; das Arbeitswissen wird in den Maschinen vergegenständlicht, wodurch die

Tätigkeiten der Lohnabhängigen separiert und insbesondere durch das Fließband auf repetitive Teilarbeiten reduziert werden - eine "modern form of destruction of human capacities" (ebd., 120). Die dadurch erreichte Produktivitätssteigerung geht jedoch nicht mit einer entsprechenden Erhöhung der Löhne einher. So können zwar für eine begrenzte Zeit hohe Profitraten erzielt werden; doch da infolge der kompetitiven Regulation in den 'Goldenen Zwanzigern' nur ein Teil der Mittelschicht und die Oberschicht an dem Konsumgüterboom partizipieren, führt diese Phase in die Überproduktionskrise, die Große Depression der 30er Jahre, die Lipietz treffend als "erste Krise der intensiven Akkumulation und letzte Krise der kompetitiven Regulation" (Lipietz 1985, 123) bezeichnet.

1.1.4 Der Fordismus

Die große Krise leitet den Wandel zur "monopolistischen Regulationsweise" (ebd., 124) des intensiven Akkumulationsregimes ein, das in Verbindung mit dem Massenkonsum - in Anschluß an Antonio Gramsci - Fordismus genannt wird. Der Fordismus beruht zum einen auf der Transformation des Produktionsprozesses durch den Taylorismus, zum anderen auf tiefgreifenden Veränderungen der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.

"It (Fordism, A.d.V.) denotes a series of major transformations in the labour process closely linked to those changes in the conditions of existence of the wage-earning class that give rise to the formation of a social consumption norm and that tend to institutionalize the economic class struggle in the form of collective bargaining" (Aglietta 1979, 116).

Die Verrechtlichung des Klassenkampfes ist ein Kernstück der monopolistischen Regulation des Lohnverhältnisses. Die Löhne werden in einem Aushandlungsprozeß zwischen Gewerkschaften und Unternehmen gebildet und in Tarifverträgen mit teilweise mehrjähriger Gültigkeitsdauer festgelegt (vgl. Lipietz 1985, 124). In diesem Aushandlungsprozeß können die Gewerkschaften durchsetzen, daß sich die Lohnzuwächse an den jeweiligen Produktivitätssteigerungen orientieren, müssen aber im Gegenzug die Managementkontrolle über die Organisation der Arbeit akzeptieren (vgl. Aglietta 1979, 191). Dieser Klassenkompromiß, der durch die New Deal Reformen in den USA mit der Anerkennung der Gewerkschaften gesetzlich gestützt wird, muß "gegen den erbitterten Widerstand der Mehrheit der

Unternehmer" (Hurtienne 1986, 83) durchgesetzt werden. Er wird ergänzt durch ein System sozialer Sicherheit, das auch vorübergehend Arbeitlosen und Erwerbsunfähigen ein Minimum an warenförmiger Reproduktion durch Transferzahlungen des Staates oder aus Versicherungen garantiert (vgl. Aglietta 1979, 180f). Mit der Herausbildung des Sozialstaats wird die Reproduktion der Arbeiterklasse erstmals zu einem zentralen Feld staatlicher Regulation, wodurch sich die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen grundlegend verändern. Die eher traditionelle Lebensweise, die durch häusliche Eigenarbeit, gegenseitige Hilfe in der Nachbarschaft und Verwandtschaft geprägt ist (vgl. ebd., 80), wird verdrängt von der Kapitalisierung der Reproduktionssphäre. Die Arbeiterklasse übernimmt eine gesellschaftliche Konsumnorm, die das elektrifizierte Eigenheim und Auto zum erstrebenswerten Ideal erhebt und eine der Grundlagen der Wachstumsdynamik in der fordistischen Phase ist (vgl. ebd., 152). Neben der sozialstaatlichen Regulation des Lohnverhältnisses, die durch Beschäftigungsprogramme auch zur quantitativen Ausweitung der Arbeiterklasse beiträgt, sichert das staatlich garantierte Kreditsystem die Verstetigung der Nachfrage durch Ausdehnung der Konsumentenkredite auf die Lohnabhängigen (vgl. Davis 1986, 59).

Die ökonomische Voraussetzung für die Vermarktung der Reproduktionssphäre ist die Wertsenkung der Konsumgüter, die durch die Verkoppelung der Produktivitätssteigerungen in der Produktionsgüter- und Konsumgüterindustrie ermöglicht wird. Der dadurch realisierte Zuwachs des relativen Mehrwerts eröffnet den Verteilungsspielraum, der für die Steigerung der Reallöhne ohne Gefährdung der Kapitalrentabilität notwendig ist. Die Löhne sind in der Verknüpfung von Konsummodell und Produktionsweise nicht mehr nur Kostenfaktor, der Druck auf die Profitrate ausübt, sondern ein entscheidendes Potential für die Erweiterung und Differenzierung der Absatzmärkte (vgl. Hübner 1989b, 72; Hurtienne 1986, 83). Zur Sicherung kontinuierlicher Produktivitätssteigerungen sind die Unternehmen zur ständigen technologischen Umwälzung der Produktion gezwungen. Dadurch ist die Entwertung von Kapital nicht mehr wie im vorwiegend extensiven Akkumulationsregime eine zyklische Folge der Marktsättigung, sondern ein für die Reproduktion des Akkumulationsregimes notwendiger "permanenter Prozeß" (Hübner 1989b, 74), der oligopolistische Großunternehmen begünstigt, da sie sich durch inflationistische Preisbildung und Kredite die erforderliche Liquidität verschaffen können (vgl. Lipietz 1985, 125).

Zusammenfassend charakterisieren den Fordismus drei Strukturmerkmale: Erstens die Transformation des Produktionsprozesses durch tayloristische Rationalisierungsmethoden, die die Massenproduktion begünstigen, zweitens die Transformation der Reproduktionsweise der Arbeiterklasse und deren Integration in ein gesellschaftliches Konsummodell, drittens die erheblich gestiegene Bedeutung des Staates in der Regulation des Lohnverhältnisses und, was hier nur angedeutet wurde, des Geld- und Kreditverhältnisses.

Die Krise des fordistischen Akkumulationsregimes, die eine Darstellung der Sichtweise der Regulationsschule vervollständigen müßte, wird im nächsten Abschnitt vor dem Hintergrund der bundesdeutschen Ausprägung des "fordistischen Zivilisationsmodell(s)" (Hurttienne 1986, 83) diskutiert.

1.2 Die BRD in der Phase des Fordismus

Die im Abschnitt 1.1 skizzierte Periodisierung der Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften beschränkte sich auf Aspekte der Binnenmarktdynamik. Die Beschäftigung mit der Akkumulationsgeschichte eines Landes - mit der Entstehung, den Besonderheiten und Krisen eines Akkumulationsregimes - erfordert es, neben internen auch den Stellenwert externer Faktoren, d.h. vor allem die Form der Weltmarktintegration, zu berücksichtigen.

Die Herausbildung des Fordismus in den USA begründete deren Aufstieg zur Hegemonialmacht. Schon vor dem zweiten Weltkrieg konnten die USA aufgrund der Überlegenheit ihres Produktionsapparates und der Funktion des Dollars als wichtigstes internationales Kreditgeld Großbritannien aus dieser Position verdrängen (vgl. Altvater 1987, 201). Auf der Konferenz von Bretton Woods (1944) wurde der Dollar als Weltgeld institutionalisiert und damit die "neue Hegemonialordnung" (ebd., 211) von den beteiligten Regierungen anerkannt. Militärisch sicherten die USA ihre Vorherrschaft durch verschiedene Bündnisse (NATO, OAS, SEATO), die ca 40 Staaten umfassen (Davis 1986, 48).

Weder die Durchsetzung fordistischer Prinzipien in den nationalen Ökonomien noch die Krise des Fordismus ist ohne Berücksichtigung des Weltmarkts, der in der fordistischen Phase von den USA dominiert wurde, erklärbar (vgl. Aglietta 1982; Altvater 1987, 64ff).

1.2.1 Die Bedingungen der Nachkriegsprosperität

Als einzige Siegermacht, die militärisch und ökonomisch gestärkt aus dem zweiten Weltkrieg hervorging - zwischen 1940 und 1944 verdoppelte sich die Industriekapazität in den USA (Davis 1986, 47) - konnten die USA ihre Vorstellungen der politischen und ökonomischen Neuordnung in West- und Südeuropa realisieren. Spätestens mit dem Beginn des Kalten Krieges 1947 verfolgte die Regierung der USA die Strategie, auch in Westdeutschland die kapitalistischen Strukturen zu restaurieren und durch die Westintegration die antikommunistischen Kräfte zu stärken. Bei allen Entscheidungen, die Fragen der ökonomischen Ordnung in den Westzonen (ab 1949 in der BRD) betrafen, konnte die US-Regierung ihre Interessen durchsetzen. So verhinderte sie im August 1947 die Vergesellschaftung des Kohlebergbaus, die von Gewerkschaften, KPD, SPD und Teilen der CDU angestrebt wurde (vgl. Abelshäuser 1983, 45). Die Durchführung der Währungsreform im Juni 1948 war die wichtigste Weichenstellung für die Restauration der Besitzverhältnisse. Während in den Westzonen ca 250 Pläne über die Modalitäten einer solchen Reform entstanden waren, war die Entscheidung über die tatsächliche Durchführung in Washington schon gefallen, wurden die Banknoten in den USA schon gedruckt. Durch die Währungsreform wurden die RM - Geldvermögen um 93,5% abgewertet, die produktiven Vermögenswerte jedoch nicht angetastet (ebd., 49f). Die Restauration des Kapitalismus in der BRD wurde belohnt mit der Beteiligung am Marshallplan, dessen Bedeutung für die Kapitalbildung jedoch weit hinter den Hoffnungen konservativer Wirtschaftspolitiker zurückblieb, und mit einem Schuldenerlaß um 50% im Rahmen der 1951 beginnenden Londoner Schuldenkonferenz (vgl. ebd., 54ff, 150f). Ökonomisch, politisch und nach einer kurzen Schamfrist auch militärisch wurde die BRD in den "Atlantische(n) Fordismus" (Davis 1986, 57) integriert.

Die materiellen Bedingungen für die Ankurbelung der Industrieproduktion waren nach dem zweiten Weltkrieg nicht so schlecht, wie es die Bilder der verwüsteten Städte vermuten lassen. Tatsächlich war die Zerstörung der Städte und der Verkehrsinfrastruktur durch den Bombenkrieg das größte Hindernis für eine funktionierende Warenproduktion und -zirkulation. Die Industrieanlagen dagegen waren durch den Bombenkrieg kaum in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Kapitalstock entsprach, bedingt durch den Investitionsboom in der Kriegsproduktion, modernen Standards und war 1945 um 20,6% größer als 1936 (Altvater/Hübner 1989, 8).

Vergleichbares gilt für die zweite grundlegende Voraussetzung zur Wiederaufnahme der Produktion, das Arbeitskräftepotential. Zum einen ging von der Arbeiterklasse, die als soziale und politische Bewegung im Faschismus zerschlagen worden war, kaum Widerstand gegen die Rekonstituierung der Lohnarbeit unter dem Kommando des Kapitals aus. Zum anderen war das Arbeitskräftepotential (in der Bi-Zone) durch die Flüchtlinge aus dem Osten 1948 um 14,1% größer als 1939 (Abelshauer 1983, 23). Insgesamt kamen bis 1962 über 13 Mio. Menschen aus den ehemaligen Ostgebieten und der DDR in die BRD (ebd., 95f.), die zur Aufrechterhaltung einer industriellen Reservearmee in den 50er Jahren beitrugen.

Nachdem die Zuwanderung aus der DDR gestoppt worden war, wurden in enger Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Staat und mit Zustimmung des DGB verstärkt Arbeitsemigranten aus der südeuropäischen Peripherie angeworben.

"Die ausländischen Arbeiter wurden schon im Heimatland von deutschen Kommissionen ausgewählt. Die Kontrolle der Emigranten und deren Anpassung an die Wünsche der Unternehmer wurden durch das Ausländergesetz und die Ausländerbehörden sichergestellt. Man wollte junge, leistungsfähige Arbeitskräfte, möglichst ohne Angehörige. Sie sollten nur einige Jahre in der BRD bleiben und mobil und flexibel sein, damit sie bei einer Rezession wieder abgeschoben werden könnten" (Castles 1983, 36).

Waren unter den Flüchtlingen aus der DDR überdurchschnittlich viele Hochqualifizierte, die als Qualifikationsreserve fungierten (vgl. Abelshauer 1983, 96), so wurden ab Mitte der 60er Jahre mit der Ausweitung der Massenproduktion vermehrt ArbeiterInnen für unqualifizierte, stupide Fließband- und Akkordarbeit benötigt; Frauen und Arbeitsemigranten verrichteten in der Mehrzahl diese Tätigkeiten. Allein von 1968 bis zum Anwerbungsstopp 1973 wurden ca 1,6 Mio. Emigranten in die BRD geholt, um nach dem Konjunkturunbruch die Strategie der Unternehmen - Produktivitätssteigerung durch Intensivierung der Arbeit - zu realisieren (vgl. Altvater/Hübner 1989, 17; Castles 1983, 36).

Als mit dem Beginn des Koreakriegs 1950 die Nachfrage nach Rohstoffen und Produktionsgütern rapide stieg, schaffte das westdeutsche Kapital den Durchbruch auf dem Weltmarkt. Die von den Nazis ererbte Industriestruktur entsprach dem kriegsbedingten Nachfrageboom, die im internationalen Vergleich niedrigen Löhne und die unterbewertete DM boten günstige

Voraussetzungen für die hohe Konkurrenzfähigkeit bundesdeutscher Unternehmen (vgl. Altvater/Hübner 1989, 12f). Bis Mitte der 50er Jahre beruhte das Wachstum der Industrieproduktion auf der zunehmenden Auslastung vorhandener Kapazitäten. Der Boom während des Koreakriegs führte innerhalb eines Jahres (1950) zu einem Wachstum der Industrieproduktion um ca 40% (Abelshauer 1983, 64). Die Exportorientierung der bundesdeutschen Unternehmen war in kürzester Zeit so erfolgreich, daß sich die BRD schon "gegen Ende der fünfziger Jahre zu einem der größten Exportländer für Industrieanlagen entwickelte" (Piore/Sabel 1989, 185). Die Bedeutung des Exports und damit die Weltmarktabhängigkeit nahm, mit Ausnahme der Bereiche Bergbau und Energie, in allen wichtigen Industriezweigen in den folgenden Jahren weiter zu, so daß 1977 in einigen Branchen fast 50% der Produktion exportiert wurde (Abelshauer 1983, 163f).

Die Zusammensetzung des Handels und die Zielländer der Exporte spiegeln die für die fordistische Phase charakteristische Welthandelsstruktur, von der die bundesdeutschen Unternehmen erheblich profitieren, wider. Der "interindustrielle Austausch zwischen Industrieländern" (Hurtienne 1986, 89) verdrängte die alte internationale Arbeitsteilung, die - aus der Sicht der Industrieländer - auf dem Import von Rohstoffen und Agrarprodukten aus den Ländern der Peripherie und dem Export von Industriegütern in diese Länder basierte (vgl. ebd.; Lipietz 1986, 28). Der Anteil der Agrarprodukte an den Importen der BRD sank von 44,1% (1950) auf 12,7% (1980), während der Anteil der Industriegüter im gleichen Zeitraum von 12,6% auf 51,2% stieg. In den 60er Jahren wickelten bundesdeutsche Unternehmen 85% des Handels mit westlichen Industrieländern ab, während die Länder der Peripherie einen Anteil von 12,8% bei den Exporten und sogar nur 8,4% bei den Importen erreichten (Abelshauer 1983, 160). In zweifacher Hinsicht erwies sich die starke Position auf dem Weltmarkt als wachstumsfördernd: Zum einen konnten die Unternehmen die Vorteile der 'economies of scale' bei der Massenproduktion ausschöpfen, zum anderen konnten konjunkturell bedingte Nachfrageabschwünge auf dem Binnenmarkt durch Steigerungen des Exports ausgeglichen werden, solange die internationale Konjunktur nicht synchron verlief (vgl. ebd., 161).

Die Binnenmarktdynamik der Nachkriegsprosperität resultierte aus der Ausweitung des Massenkonsums auf die gesamte Arbeiterklasse und der sozialstaatlichen Regulation, so daß sich die gesellschaftliche Entwicklung

der BRD als ein schnelles Hineinwachsen in das fordistische Zivilisationsmodell beschreiben läßt.

Die BRD gehörte 1950 zu den Ländern, die...

"...noch über einen großen nichtkapitalistischen Sektor der kleinbetrieblichen Landwirtschaft, des nichttechnisierten Handwerks, persönliche Dienstleistungen und der häuslichen Eigenproduktion verfügten" (Hurtienne 1986, 84f.).

Die Modernisierung und "Durchkapitalisierung" (Hirsch/ Roth 1986, 48) dieses Sektors gaben der industriekapitalistischen Entwicklung wesentliche Wachstumsimpulse, da mit der rasanten Industrialisierung der Landwirtschaft und der Technisierung des Handwerks die Märkte für Produktionsgüter erweitert wurden. Die Lohnzuwächse um jahresdurchschnittlich 5% im Zeitraum 1950/1970 (Lutz 1984, 211) und die noch höhere Steigerungsrate der Produktivität waren die Basis für die Durchkapitalisierung der Reproduktionssphäre und den Massenkonsum. Nach den größtenteils vergeblichen Bemühungen der Gewerkschaften, Strukturveränderungen in der Wirtschaft durchzusetzen, wurde die Lohnpolitik zum zentralen Gegenstand gewerkschaftlicher Kämpfe. Auf der anderen Seite verfolgten die Unternehmensverbände das "Konzept 'produktivitätsorientierter Lohnpolitik'" (ebd., 209), womit zum Ausdruck gebracht wurde, daß sie zu Lohnerhöhungen in einem Rahmen bereit waren, der die Profite nicht gefährdete. Dies war ein für die Verknüpfung von Produktion und Konsum notwendiger Kompromiß: Die Kapitaleseite anerkennt die Funktion des Lohnes als Nachfragefaktor; die Gewerkschaften akzeptieren die kapitalistische Organisation der Arbeit und die Managementkontrolle über die Arbeitsbedingungen, da den Lohnabhängigen verbesserte Konsumchancen eingeräumt werden. Schon in den 50er Jahren wurde in der BRD das "Stadium des Massenkonsums" (Abelshauser 1983, 133) erreicht.

"Die hohe Subsistenzgüterproduktion der Haushalte und der damit verkoppelten handwerklichen und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe wurde sukzessive durch den vorrangigen Bezug industriell verarbeiteter und großkommerziell vermarkteter Nahrungs-, Bekleidungs- und Einrichtungsgüter ersetzt, die berühmte 'Freß-', Bekleidungs- und Möbelwelle der 50er Jahre" (Hurtienne 1986, 85).

Der PKW-Bestand wuchs im Jahrzehnt 1955/1965 um jährlich 18%, im darauffolgenden Jahrzehnt um 6,8% und 1975/1985 um 3,7%; 40% der Angestellten- und 35% der ArbeiterInnenhaushalte verfügten 1978 über ein

eigenes Haus (ebd., 86). Über die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern, mit denen die Hausarbeit rationalisiert wurde, hinaus wurde die mit Arbeitszeitverkürzungen und partieller Befreiung von Hausarbeit vermehrte Freizeit zu einer Sphäre der Kapitalverwertung, indem Unterhaltungsdienste durch Unterhaltungsgüter wie Radios, Fernsehgeräte, Hifianlagen ersetzt wurden (vgl. Abelshauser 1983, 139; Gershuny 1978, 94). Während in den USA nach der Einschätzung von Mike Davis "ein Viertel oder sogar ein Drittel der Bevölkerung" (Davis 1986, 59) von der Teilhabe am Massenkonsum ausgeschlossen blieb, setzte sich in der BRD auf der Grundlage des fordistischen Konsummodells eine relative Homogenisierung der Lebensweise durch, die auf der Wirksamkeit der "Kompensationsgleichung des Fordismus" (Ipsen 1987, 122) gründet:

"Das Versprechen ständig wachsender Warenfülle stellte eine Kompensation für die Beschädigungen und Depravierungen dar, die in den tayloristischen Arbeitsprozessen und in bürokratisch regulierten Lebenszusammenhängen empfunden wurden, für vielfältige Beschränkungen und Reglementierungen, für soziale Unsicherheiten und Rollenängste" (Hirsch/Roth 1986, 58f).

Die ideologische Wirksamkeit dieses Mechanismus' verfestigte nicht zuletzt den Reformismus in den Organisationen der Arbeiterbewegung und trug damit zur politischen Stabilität in der fordistischen Phase bei:

"Wenn es gelingt, immer breitere Schichten zu besitzenden Bürgern zu machen, haben die Feinde unserer Ordnung eine Schlacht verloren" (Ludwig Erhard, zit.n. Abelshauser 1983, 139).

Die institutionelle Basis der Nachkriegsprosperität war die sozialstaatliche Regulation, die einerseits durch die mit dem Wirtschaftswachstum verbundenen Steuereinnahmen und die geringe Arbeitslosigkeit erst möglich wurde, andererseits eine Voraussetzung für die fordistische Vergesellschaftung war (vgl. Jessop 1986, 18). In der Sozialpolitik wurde an das Versicherungssystem der Weimarer Republik angeknüpft, das die Reproduktion der Familien auch bei Arbeitslosigkeit, Unfällen etc. auf einem Niveau sicherte, das so hoch war, daß eine schnelle Verelendung vermieden werden konnte, aber andererseits so niedrig, daß es die Betroffenen nicht dauerhaft vom Zwang zur Lohnarbeit befreite. Die sozialpolitischen Leistungen wurden zwar erhöht und ausgeweitet, doch die materielle Hilfe

blieb verbunden mit der disziplinierenden Funktion zur Aufrechterhaltung der moralischen Qualifikation der Arbeitskraft (vgl. Hirsch 1986, 76ff).

Ein zweiter Aspekt des Sozialstaats ist die Regulation des Lohnverhältnisses. In der BRD ist dieses gekennzeichnet zum einen durch einen engen gesetzlichen Rahmen der Tarifautonomie, eine begrenzte Mitbestimmung der Gewerkschaften sowie deren Verpflichtung auf das 'Gemeinwohl', zum anderen durch die frühe Herausbildung korporativer Strukturen im Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital, die durch die Einheitsgewerkschaft und den hohen Organisationsgrad der Unternehmen begünstigt wurde (vgl. Abelschauser 1983, 76ff; Kastendiek 1980, 98ff). Während in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmensverbänden den Staat von Eingriffen in die Wirtschaftsentwicklung befreite, die mit der neoliberalen Ideologie der Regierung unvereinbar waren (vgl. Abelschauser 1983, 81), wurde der Korporatismus mit der 1967 im Rahmen des Stabilitätsgesetzes ins Leben gerufenen 'Konzertierten Aktion zur Einkommensentwicklung' institutionalisiert. Die regelmäßigen Gesprächsrunden zwischen Staat, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften waren Bestandteil der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, die sich am Konzept der keynesianischen Globalsteuerung orientierte;

"dahinter steckt eine sozialdemokratische Vorstellung einer staatlichen Moderation gesellschaftlicher Entwicklung und Auseinandersetzung, die auf eine Unterordnung der gesellschaftlichen Gruppen unter staatlich formulierte Imperative der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik angewiesen ist" (Kastendiek 1980, 102).

Die Rezession 1966/67, die kleine konjunkturelle Krise, konnte relativ schnell überwunden werden. Durch die Strategie der Unternehmen, die Produktivität durch massive Intensivierung der Arbeit zu erhöhen, und durch die in der Konzertierten Aktion vermittelte Bereitschaft der Gewerkschaften, langfristige und niedrige Lohnabschlüsse zu akzeptieren, konnte die Kapitalrentabilität auf Kosten der Arbeitsbedingungen und der Reallohnposition der Lohnabhängigen kurzfristig erhöht werden (vgl. Altvater/Hübner 1989). Schon 1968 wuchs das Sozialprodukt wieder um 7,3%, während es 1967 zum ersten Mal in der Geschichte der BRD geschrumpft war (vgl. Abelschauser 1983, 114f). Die konjunkturelle Krise konnte mit einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik überwunden werden, ohne daß die grundlegenden Formen der Regulationsweise in Frage gestellt werden

mußten. Der institutionalisierte Korporatismus als Teil der keynesianischen Wirtschaftspolitik war ein Faktor für den "zweiten Frühling" (Altvater/Hübner 1989, 18), der von 1968 bis 1974 erneut zu Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum führte und damit den für die sozialdemokratischen Reformen notwendigen Verteilungsspielraum eröffnete.

1.2.2 Die Krise des Fordismus

Die Rezession Mitte der 70er Jahre konnte nicht wie 1966/67 durch eine Vertiefung der fordistische Produktionsstrategie und mit den Instrumentarien keynesianischer Wirtschaftspolitik bereinigt werden (vgl. Altvater/Hübner 1989, 25). Denn diese ökonomische Rezession ist Ausdruck der 'großen' Krise des fordistischen Akkumulationsregimes, was sich zum einen darin äußert, daß es eine internationale Krise ist, die alle Länder des entwickelten Fordismus betrifft, die die Weltmarktstrukturen grundlegend verändert und - zumindest in ökonomischer Hinsicht - die auf den Fordismus basierende US-Hegemonie schwächt. Zum anderen handelt es sich um eine große Krise, weil sie sich in den grundlegenden Strukturen des Fordismus, dem tayloristisch organisierten Produktionsprozeß, dem Konsummodell und der sozialstaatlichen Regulation, manifestiert.

Nach Hübner ist es angebracht dann von einer Krise zu sprechen, wenn a) der Begriff auf "Konstellationen/Zustände angewendet (wird), die aus der inneren Verfassung des betrachteten Gegenstands selbst resultieren" (Hübner 1988, 30) und b) es sich um eine "prinzipiell offene Situation" (ebd.) handelt. In diesem Sinn wird hier die Krise des Fordismus verstanden, denn die Formen fordistischer Akkumulation und Regulation sind an immanente Grenzen gestoßen und ein neues Akkumulationsregime hat sich allenfalls konturenhaft herausgebildet (vgl. Hirsch/Roth 1986, 104ff; Jessop 1986, 14f; Lipietz 1985, 126f).

Im folgenden werden zunächst die Krisenursachen erläutert, die aus den endogenen Widersprüchen des Fordismus resultieren:

"...die Potenzen dieses Modells sind begrenzt; wenn die Zuwachsraten der Produktivität aus immanenten Gründen (technologische Grenzen, übermäßig - verglichen mit der Arbeitsproduktivität - steigende Kapitalintensität mit negativem Einfluß auf die Kapitalproduktivität) rückläufig werden und gleichzeitig die Lohnzuwachsrate aufgrund der institutionellen 'Rigiditäten' der Regulation des Lohnverhältnisses

- gewerkschaftlicher Schutz, sozialstaatliche Absicherung - nicht sinken, dann steigen notgedrungen die Lohnstückkosten. Wenn dann noch die Kapitalproduktivität stagniert, muß die Profitrate fallen. Das 'intensive, fordistische Entwicklungsmodell mit Massenkonsum' gerät dann in eine Krise" (Altvater 1988, 148).

Eine solche Interpretation, nach der es sich um eine Überakkumulationskrise handelt, wurde auch von Joachim Hirsch und Roland Roth vorgelegt, die ihre Argumentation empirisch mit folgenden Daten stützen (Hirsch/Roth 1986, 79-81):

Demnach betrug das jahresdurchschnittliche Wachstum der *Arbeitsproduktivität* (BIP je Beschäftigtem) 1958/1966 6,2 %, 1967/1975 noch 4,7 %, 1975/1981 2,9 % und 1982/1985 nur noch knapp 1 %. Die *Kapitalintensität* (Bruttoanlagevermögen je Beschäftigtem) nahm zwischen 1950 und 1960 um 33,1 % zu und stieg im folgenden Jahrzehnt bis 1970 um 72,5 %. Die *Löhne* stiegen 1971/1976 jahresdurchschnittlich um real 6,5% gegenüber 6 % 1961/1970; die Lohnquote (Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen) erhöhte sich zwischen 1970 und 1975 von 62,9% auf 66,1%. Der *Kapitalkoeffizient* (Verhältnis Bruttoanlagevermögen/BIP) sank 1950/1960 um 23,3 % und wuchs 1960/1970 um 12,1 % (da der Kapitalkoeffizient die Umkehrfunktion der Kapitalproduktivität ist, sinkt letztere in dem Maß wie ersterer steigt).

Die Profitraten (Verhältnis Mehrwertmasse/Wert des Gesamtkapitals), die der Maßstab für Erfolg oder Nicht-Erfolg der Kapitalverwertung sind, sanken schon in den 60er Jahren in fast allen kapitalistischen Industrieländern (vgl. Altvater 1987, 223; Hübner 1988, 36). Der Zeitpunkt des Umkippens von steigenden zu fallenden Profitraten in der BRD variiert zwischen den Industriezweigen. Für die bedeutendsten Wachstumsindustrien der BRD tritt der Wendepunkt zu fallenden Profitraten zwischen 1960 (Fahrzeugbau) und 1969 oder 1974 (Chemie) ein (Kleinknecht 1984, 71). Mitte der 70er Jahre konnten die Faktoren, die Druck auf die Profitraten ausüben (insbesondere die geringe Kapitalproduktivität), nicht wie noch in den 60er Jahren durch Gegenteilstendenzen überdeckt werden (Hurtienne 1986, 87), denn der Auslastungsgrad der Kapazitäten war 1975 um 7 % geringer als 1970 und der Output wies mit 1,8 % 1974/1983 noch geringere Zuwachsraten auf als die Arbeitsproduktivität (Altvater/Hübner 1989, 24).

Ursache der geringen Zunahme der Arbeitsproduktivität ist die Erschöpfung der Produktivitätsreserven: mit den tayloristischen Methoden der

Rationalisierung können Produktivitätsgewinne nur noch auf Kosten überproportional steigender Kapitalintensität realisiert werden (vgl. Altwater 1987, 223; Hirsch/Roth 1986, 79; Lipietz 1985, 127). Neben diesen technischen stößt die fordistische Organisation der Arbeit darüber hinaus auf soziale Grenzen. Versteckte Widerstandsformen der MassenerbeiterInnen wie Absentismus, kleine Sabotageakte etc. und wilde Streiks, die sich auch gegen die Arbeitsbedingungen in der Massenproduktion richteten, stellten den fordistischen Klassenkompromiß in Frage. Auch wenn die Bedeutung dieser Kampfformen für den Produktivitätsrückgang wohl nur in Einzelfällen nachweisbar ist, zeigt sich ihre Wirkung sehr deutlich an den Reaktionen der Unternehmen, die durch eine partielle Abkehr von der fordistischen Arbeitsorganisation die Kontrolle über den Produktionsprozeß wiedergewinnen und die Macht der MassenerbeiterInnen brechen (vgl. Piore/Sabel 1989, 175).

In der BRD, wo militante Arbeitskämpfe verglichen mit Frankreich und Italien eine geringere Rolle spielten, manifestiert sich die relativ starke Position der Lohnabhängigen in den Steigerungsraten der Reallöhne, die nach den wilden Streiks im September 1969 von den Gewerkschaften durchgesetzt wurden (vgl. Altwater/Hübner 1989, 21). An der verbesserten Reallohnposition der Lohnabhängigen wird die Widersprüchlichkeit der fordistischen Regulation des Lohnverhältnisses offenkundig; denn unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung und des Wirtschaftswachstums (1968 - 74) hatte sich das Kräfteverhältnis zu Lasten des Kapital verschoben. Dieses zeigt sich neben der gestiegenen Lohnquote auch an dem Ausbau des Systems der sozialen Sicherung in der Reformphase bis 1974, der zum einen steigende Lohnnebenkosten bewirkte, zum anderen durch Arbeitsschutzbestimmungen die Barrieren für eine Reorganisation des Arbeitsprozesses erhöhte (Hirsch/Roth 1986, 81). Die sozialstaatliche Regulation, die wesentlich zur Nachkriegsprosperität beigetragen hatte, wurde unter veränderten Bedingungen zu einem die Kapitalverwertung hemmenden Faktor.

Bezogen auf das Konsummodell äußert sich die Krise einerseits in Veränderungen des Konsumverhaltens, worin sich ein gewachsenes ökologisches Bewußtsein, zunehmende Abneigung gegenüber standardisierten Massenkongüter, aber auch ökonomische Zwänge reflektieren - wie die gestiegene Nachfrage nach benzinsparenden Kleinwagen in Folge der Ölkrise (vgl. Hirsch/Roth 1986, 82f; Dohse u.a. 1984, 3). Andererseits schrumpfte in einigen Sektoren die Nachfrage auf Ersatzbeschaffungen, da die Märkte gesättigt waren und die Durchkapitalisierung des traditionellen

Sektors gewissermaßen abgeschlossen war (vgl. Hurtienne 1986; Lutz 1984, 230). Darüber hinaus wurde mit der zunehmende Arbeitslosigkeit und den Kürzungen der Sozialleistungen im Rahmen des 1975 vollzogenen Schwenks der Regierung zur Austeritätspolitik das Nachfragepotential zusätzlich geschwächt (vgl. Altvater/Hübner 1989, 25; Hirsch/Roth 1986, 82).

Die Folgen der Krise werden in den nächsten Abschnitten (1.3, 1.4) in Bezug auf die Auswirkungen auf Raumstruktur und Stadtentwicklung behandelt. Hier sollen noch zwei Aspekte diskutiert werden, die für das Verständnis der Krise von zentraler Bedeutung sind - nämlich das Investitionsverhalten der Unternehmen und die Internationalisierung der Produktion.

Das Investitionsverhalten änderte sich in quantitativer und qualitativer Hinsicht.

Erstens. Gemessen an den Profiten sank der Anteil der produktiven Investitionen von durchschnittlich 69 % 1960/1976 auf 42 % in den Jahren 1976/1982 und 30 % in 1983 (Altvater/Hübner 1989, 26).

Zweitens stieg der Anteil der Portfolioinvestitionen der Industrie- und Handelskonzerne (Welzk 1986, 82ff). Seit Anfang der 70er Jahre liegen die Zinsgewinne aus Geld- und Wertpapieranlagen über den Renditen aus produktiven Investitionen, so daß eine "Entkopplung von realer und monetärer Akkumulation" (Altvater/Hübner 1989, 30) wirksam geworden ist.

Drittens dienen die produktiven Investitionen nicht der Erweiterung, sondern der Modernisierung und Rationalisierung des Produktionsprozesses, um auf engeren Märkten und bei neuen Wettbewerbern die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe zu verbessern (ebd., 26).

Folge dieser veränderten Investitionsstruktur ist die "Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung" (ebd.), so daß trotz Wirtschaftswachstums die Anzahl der Arbeitslosen seit 1983 im Jahresdurchschnitt über 2 Mio. beträgt. Selbst in der bundesdeutschen Automobilindustrie, wo 1982 mit 9 Mrd. dreimal soviel investiert wurde wie in den 70er Jahren üblich, nahm die Beschäftigung nicht zu (Kern/Schumann 1984, 59 u. 67). Dabei ist die bundesdeutsche Automobilindustrie noch die Ausnahme, denn während das Beschäftigungsniveau der britischen Automobilindustrie zwischen 1976 und 1983 um 38%, das der französischen um 14 % und das der US-amerikanischen um 28 % sank, nahm in der BRD die Beschäftigung in diesem Industriezweig um 2 % zu (Jürgens u.a. 1985, 4). Demgegenüber ging die Beschäftigung in anderen, ebenfalls wachsenden Industriezweigen der BRD zurück: Im Zeitraum 1976/1986 nahm sie im Maschinenbau um 106.000, in

der Elektrotechnik um 107.000 und in der chemischen Industrie um 17.000 ab (Welzk 1986, 120).

Während die produktiven Investitionen im Inland zurückgingen, stiegen die Direktinvestitionen bundesdeutscher Konzerne im Ausland seit Mitte der 70er Jahre massiv an. Die am Fordismus orientierte Entwicklungsstrategie der nachholenden Industrialisierung in der Peripherie und die Direktinvestitionen transnationaler Konzerne aus den USA, Japan und Westeuropa führten zu einer veränderten Form der internationalen Arbeitsteilung, die durch eine wachsende Bedeutung einiger Regionen und Länder der Peripherie als Produktionsstandorte bei gleichzeitig zunehmender Differenzierung innerhalb der Peripherie gekennzeichnet ist (vgl. Altvater 1987, Kap. 1 u. 7; Hurtienne 1986, 91ff; Lipietz 1986, 40ff).

Die Weltmarktintegration des bundesdeutschen Industriekapitals ist in der Krise des Fordismus durch vier Entwicklungen gekennzeichnet:

Erstens. Die Produktion einiger Branchen wird fast vollständig aus der BRD ausgelagert, wodurch die Beschäftigung drastisch reduziert wird. Dieses geschieht in der arbeitsintensiven Textil- und Bekleidungsindustrie, wo die Lohnkosten der entscheidende Parameter sind. Die Produktion in Billiglohnländern, vorzugsweise in freien Produktionszonen, und der Re-export der Produkte in die kapitalistischen Zentren ist profitabler als die Inlandsproduktion, solange die Unternehmen nicht auf Marktnähe angewiesen sind und/oder zur weitgehenden Automation der Produktion in der Lage sind (Raasch/Wahnschaffe 1985). Durch diese Auslagerungen entsteht in den betroffenen Regionen der "bloody taylorism" (Lipietz 1986, 41), für den der Enklavencharakter der Produktionsstätten und die Rechtlosigkeit und Überausbeutung der größtenteils weiblichen Beschäftigten charakteristisch sind.

Zweitens. Wichtigstes Kriterium für Direktinvestitionen ist jedoch die Nähe des Produktionsstandortes zu den großen Absatzmärkten. Dieses gilt z.B. für die chemische-, die elektrotechnische- und die Automobilindustrie. So stiegen die Direktinvestitionen bundesdeutscher Konzerne zwischen 1976 und 1985 in den USA von 7 auf 45 Mrd. DM, in den Ländern der Peripherie dagegen auf 'nur' 11 Mrd. DM (Altvater/Hübner 1989, 27). Die Direktinvestitionen in der Peripherie konzentrieren sich in Ländern des "peripheral fordism" (Lipietz 1986, 44), in denen sich in Folge der Nachfrage der Ober- und Teilen der Mittelschichten wachsende Binnenmärkte entwickelten. Da diese Märkte durch protektionistische

Maßnahmen der Regierungen gegen Konkurrenz von außen geschützt sind, haben nur die Konzerne Absatzchancen, die auch im jeweiligen Land produzieren (vgl. Hurtienne 1985, 50; Dombois 1985, 75).

Drittens konnten die größten Industriezweige trotz wachsender Konkurrenz ihre Exportposition auf dem Weltmarkt noch verbessern, wobei spezialisierte Unternehmen der Produktionsgüterindustrie von der Zunahme der Rationalisierungsinvestitionen profitierten.

"Mit einem Exportvolumen von über 527 Mrd. DM (1987) strafen die BRD-Unternehmen mit ihren ökonomischen Erfolgen allen Unkereien über verlustiggehende Konkurrenzfähigkeit des 'Standorts' BRD Lügen" (Altvater/Hübner 1989, 28).

Viertens. Durch den Nachfragerückgang und den neuen Weltmarktkonkurrenten aus Lateinamerika und Südostasien geraten alte Industrien wie die Eisen- und Stahlindustrie in eine Branchenkrise, die zu einem enormen Abbau der Arbeitsplätze führt (vgl. Esser/Fach 1981).

Die Arbeitslosigkeit ist also zum einen auf den Bruch des fordistischen Entwicklungsmodells zurückzuführen - und damit strukturell bedingt -, zum anderen auf die Reaktionsweise der Unternehmen, die durch Rationalisierungen und Auslagerungen zur Rekonstituierung einer industriellen Reservearmee beitragen.

Das veränderte Investitionsverhalten und die Internationalisierung der Produktion sind Elemente eines Restrukturierungsprozesses, der durch die 'organische Krise' (Aglietta) in Gang gesetzt wurde. Die Restrukturierung des Kapitalismus ist nicht auf den ökonomischen Bereich beschränkt, sondern schließt grundlegende soziale und politische Veränderungen ein. Sie umfaßt die Branchenstruktur und das Lohnverhältnis ebenso wie das Konsummodell und die Formen staatlicher Politik (vgl. Hirsch/Roth 1986, 104ff; Jessop 1986, 15ff; Lipietz 1985, 131ff). Wie ein neues Akkumulationsregime und eine neue Regulationsweise, die sich in dieser Transformationsphase herausbilden, aussehen werden, hängt davon ab, welche ökonomischen und politischen Strategien sich national und international durchsetzen (vgl. Aglietta 1982, 35ff; Davis 1986, 71f). In den nächsten Abschnitten wird auf einige Aspekte des gesellschaftlichen Restrukturierungsprozesses im Zusammenhang mit den veränderten Bedingungen der Stadtentwicklung eingegangen.

1.3 Trendbruch in der Stadt- und Regionalentwicklung

"Die unterschiedlichen historischen Formationen des Kapitalismus sind zugleich durch eine je spezifische Strukturierung des Raumes gekennzeichnet. Die Durchsetzung einer historisch dominanten Form der kapitalistischen Produktions- und Arbeitsverhältnisse, der Konsumstandards und Vergesellschaftungsweisen produziert eine ihr eigentümliche räumliche Gliederung auf internationaler, regionaler und lokaler Ebene. Dies betrifft die räumliche Lokalisierung der internationalen Arbeitsteilung oder das Verhältnis von 'Stadt' und 'Land' ebenso wie die räumlich-soziale Gestalt der Städte" (Esser/Hirsch 1987, 39).

Für die Raumstruktur des Fordismus waren die Disparitäten zwischen den Agglomerationen, in denen sich die Industrie- und Dienstleistungsbetriebe und die Bevölkerung konzentrierten, und den gering industrialisierten ländlichen Regionen charakteristisch. In der Industrialisierung und Modernisierung der ländlichen Regionen wurden die Mittel zur Überwindung dieser Entwicklungsunterschiede gesehen (vgl. Ipsen 1987, 115f; Läßle 1987, 60).

Die Städte wurden seit der Urbanisierung im 19. Jahrhundert mit Wachstum assoziiert - und das zu Recht, denn die Industrie- und Dienstleistungsunternehmen waren auf die Standortqualitäten angewiesen, über die nur die Städte verfügten: große Arbeitsmärkte, ausgebaute Verkehrsinfrastruktur, Nähe zu Zulieferbetrieben und Absatzmärkten, gute Erreichbarkeit. Das Muster städtischer Entwicklung war dadurch geprägt, daß die Stadtregionen Orte des ökonomischen Wachstums waren, wobei Differenzierungen zwischen den Städten aus der graduell unterschiedlichen Wachstumsdynamik der jeweils dominierenden Betriebe resultierten.

1.3.1 Neue regionalökonomische Disparitäten

Dieser Modus der Stadtentwicklung ist mit der Krise des Fordismus so tiefgreifenden Veränderungen unterworfen, daß es aus zwei Gründen gerechtfertigt erscheint von einem Trendbruch zu sprechen:

Erstens. Die Großstädte sind von überdurchschnittlich hohen Verlusten sowohl der EinwohnerInnen als auch der Arbeitsplätze betroffen. Der Bevölkerungsrückgang der zwölf größten Städte der BRD betrug (ohne Berücksichtigung der Eingemeindungen) zwischen 1964 und 1985 im Durchschnitt 14% (Häußermann/Siebel 1987, 27). Neben der Verdrängung der Wohnbevölkerung aus citynahen Quartieren durch die Expansion des tertiären Sektors ist die wichtigste Ursache dieses Rückgangs die freiwillige Suburbanisierung insbesondere der einkommensstarken Haushalte - "der Exodus der Stadtbewohner in das stadtnahe Umland" (Kujath 1986, 101). Die Verallgemeinerung des fordistischen Konsummodells - Einfamilienhaus und Auto - wirkte sich zu Lasten der Großstädte aus und führte zu Bevölkerungsverlusten als die Randwanderung die Stadtgrenze überschritt und nicht mehr durch Flüchtlinge und Arbeitsemigranten, die die Kernstädte als Wohnorte bevorzugen, kompensiert wurde (vgl. Häußermann/Siebel 1987, 27). Im Zeitraum 1978/1983, in dem die Gesamtbevölkerung der BRD um 0,5% abnahm, wuchs die Bevölkerung im Umland der Großstädte um 1,5%, während sie in den Kernstädten um 4,2% zurückging (ebd., 26).

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Beschäftigungsentwicklung: Im Umland der Agglomerationen wuchs die Beschäftigung 1976/1983 um 4,7%, in den Kernstädten schrumpfte sie um 3,6% (ebd., 30). Geradezu dramatisch waren die Arbeitsplatzverluste der Kernstädte im Bereich der Industrie, die 1971/1981 ca. 33% betrug (Kujath 1986, 140). Der Schrumpfung des sekundären Sektors stand ein nur geringes Wachstum des tertiären Sektors in den Kernstädten gegenüber. Lediglich die höherwertigen Funktionen der produktionsorientierten Dienstleistungen wie Management, Forschung und Entwicklung konzentrieren sich nach wie vor in den Kernstädten (Bade 1987, 104; Einem 1988, 311).

Zweitens werden die räumlichen Disparitäten zwischen Agglomerationen und ländlichen Gebieten, die trotz der Verringerung der Unterschiede weiterbestehen, überlagert von einem neuen Phänomen regional ungleicher Entwicklung - der Differenzierung zwischen den prosperierenden Städten Frankfurt, Stuttgart und München auf der einen und den von Schrumpfungstendenzen dominierten Städten auf der anderen Seite. Ein Vergleich

zwischen den drei südlichen und den übrigen Großstadregionen verdeutlicht die raumstrukturellen Verschiebungen (die folgenden Daten in: Häußermann/Siebel 1987, 56ff):

- Der wichtigste Indikator für die regionalökonomischen Unterschiede ist die Arbeitslosenquote, die im September 1985 in den südlichen Kernstädten mit 5,2% um mehr als die Hälfte niedriger war als in den übrigen, wo sie durchschnittlich 12% betrug.
- Die Beschäftigung sank in den südlichen Agglomerationen 1980/1985 um 0,4%, während sie in den übrigen um 4,7% zurückging. Eine funktionale Differenzierung der Beschäftigungsentwicklung (vgl. Bade 1987, 103ff) zeigt, daß die Beschäftigung in der Produktion in allen Kernstädten schrumpfte, zwischen 1976 und 1983 in den südlichen um 6,9%, in den übrigen mit 13% fast doppelt so stark. Entgegengesetzt verlief die Entwicklung bei den Dienstleistungen im selben Zeitraum: Wachstum in den südlichen Kernstädten um 10,7%, Schrumpfung in den übrigen um 6,7%.
- Wesentlich geringer sind die Unterschiede bei den Bevölkerungsverlusten, die 1980/1985 in den südlichen Agglomerationen 4,1%, in den übrigen 5,8% betragen.
- Sehr deutlich sind die Unterschiede beim Steueraufkommen der Städte. Die Gewerbesteuererinnahmen pro Kopf lagen 1985 in den südlichen Städten deutlich über 1.000 DM, in den norddeutschen Städten Hamburg, Bremen, Hannover sowie in Köln zwischen 750 und 950 DM, in den Ruhrgebietsstädten unter 400 DM.

Die Diskussion über diese raumstrukturellen Veränderungen wurde in der BRD unter der Überschrift 'Süd-Nord-Gefälle' geführt (vgl. Friedrichs u.a. 1986), wobei differenzierte Untersuchungen gezeigt haben, daß nicht die Unterschiede zwischen Bundesländern, sondern die "Polarisierung der Stadtentwicklung" (Häußermann/Siebel 1987, 53) zwischen schrumpfenden und prosperierenden Ballungsräumen die Brisanz des Süd-Nord-Gefälles ausmacht.

1.3.2 Die ökonomisch-technologische Restrukturierung

Ursache der regional unterschiedlichen Ausprägung von Schrumpfung, Stagnation und Prosperität ist die oben dargestellte Krise und die umfassende ökonomische Restrukturierung, bei der die auf der Mikroelektronik ba-

sierenden neuen Technologien eine zentrale Rolle spielen. In Anlehnung an Manuel Castells läßt sich die Bedeutung der neuen Technologien für den Restrukturierungsprozeß in fünf Punkten zusammenfassen (Castells 1988, 122f):

Erstens ermöglichen sie sowohl in der Industrie als auch im tertiären Sektor eine erhebliche Erhöhung der Produktivität. Industriezweige wie die Automobilindustrie, der Maschinenbau und die Chemie erleben einen "Technologieschub" (Kern/Schumann 1984, 25), der zu einer Steigerung der Flexibilität der Maschinerie und der Automation, in einigen Bereichen der Produktion zur Vollautomation, führt. Dadurch wird die Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung nicht zu einer kurzfristigen Krisenerscheinung, sondern sehr wahrscheinlich zu einem dauerhaften Phänomen (vgl. Kleinknecht 1984, 72; Schumann/Wittemann 1985, 34f). Im Vergleich zur Industrie, wo das Rationalisierungspotential allerdings auch noch ausgeschöpft ist, hinkt die Technologisierung der Dienstleistungen noch hinterher; negative Auswirkungen auf die Beschäftigung in diesem Bereich werden in den 90er Jahren erwartet (Baethge/Oberbeck 1985, 56).

Zweitens können die neuen Technologien gerade durch ihre arbeitsplatzvernichtenden Wirkungen von den Unternehmen "...als Druckmittel für die Neudefinition der Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital" (Castells 1988, 123) genutzt werden. Neben dieser disziplinierenden Funktion tragen die neuen Technologien zu einem Wandel der Produktionsorganisation und damit zur "Neuzusammensetzung der Lohnarbeit" (Coriat/Zarifan 1986) bei. Auf der einen Seite entstehen neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze in den expandierenden Forschungs- und Entwicklungsabteilungen (Hack/Hack 1985) und teilweise auch in der Produktion, auf der anderen Seite sind vor allem die Arbeitsplätze der fordistischen MassenarbeiterInnen bedroht, da ihre Tätigkeiten am ehesten automatisierbar sind (Coriat/Zarifan 1986, 67f; Kern/Schumann 1984, 22f).

Drittens stimulieren die Investitionen der Unternehmen in neue Technologien, zu denen sie durch die Verschärfung der weltweiten Konkurrenz gezwungen sind, die konjunkturelle Entwicklung und das Wachstum der Industrien, die diese Produktionstechnologien herstellen.

Viertens entstehen neue Konsumgütermärkte - vor allem für einkommensstarke Haushalte - für neue Geräte wie Heimcomputer und neue Dienste durch die Telekommunikation sowie durch Produktinnovationen, indem mit Hilfe der Mikroelektronik bestehende Produkte verändert werden.

Fünftens werden die Optionen der Unternehmen bei der Standortwahl im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung erheblich vergrößert. Zum einen kann die Strategie des worldwide sourcing, der globalen räumlichen Aufspaltung des Produktionsprozesses, durch die Vernetzung via Telekommunikation effektiviert werden, zum anderen besteht aber auch die Möglichkeit, daß durch die Vollautomation oder die technologisch gestützte Neustrukturierung der industriellen Beziehungen (just-in-time-Produktion, subcontracting) die kapitalistischen Industrieländer auch für ehemals arbeitsintensive Industriezweige als Produktionsstandort wieder attraktiv werden (Holmes 1986; Sayer 1986).

Warum führt nun die Krise des Fordismus und die ökonomisch-technologische Restrukturierung zu den oben beschriebenen großräumigen Disparitäten? Für die neuen Industrien, in denen die Produktionstechnologien und die Produkte der Telekommunikation entwickelt und produziert werden, zählen Standortqualitäten wie die Nähe zu Technischen Universitäten, Forschungs- und militärischen Versuchseinrichtungen, Zugang zu Risikokapital sowie ein in Bezug auf die neuen Technologien hochqualifiziertes Arbeitskräftepotential. Die Standortvorteile, von denen die Industriezentren der fordistischen Phase profitierten, wurden im Zuge der Restrukturierung entweder bedeutungslos (z.B. Rohstoffvorkommen) oder sind längst verallgemeinert (z.B. die gute Erreichbarkeit durch eine ausgebaute Verkehrsinfrastruktur) (Castells 1986, 38; Häußermann/Siebel 1987, 63f). Durch die ökonomisch-technologische Restrukturierung sind die Freiheitsgrade der Unternehmen bei der Standortwahl erheblich gestiegen; dadurch gewinnen außerökonomische Standortfaktoren wie der Wohn- und Freizeitwert einer Region an Gewicht.

"Im Ergebnis zeichnet sich ein Vorgang ab, der als epochal zu bezeichnen und selten zu beobachten ist: eine veränderte Wirtschaftsstruktur schafft sich ganz eigene Standorte..." (Brake 1987, 135).

1.3.3 Schrumpfende Regionen und neue Wachstumszentren

Am stärksten von Schrumpfungsprozessen betroffen sind altindustrialisierte Regionen, deren frühere Prosperität auf Branchen beruhte, die sich wie die Montan- und Werftindustrie in einer langfristigen strukturellen Krise befinden. So konnten im Ruhrgebiet die durch Kapazitätsabbau und Rationalisierung bedingten Arbeitsplatzverluste in der Montanindustrie nicht

von beschäftigungsexpansiven Wirtschaftszweigen kompensiert werden. Als wichtigste Ursache für den Niedergang altindustrialisierter Regionen sehen Michael Krummacher u.a. die "monostrukturelle Hypothek der Vergangenheit" (Krummacher u.a. 1985, 29), die zur Folge habe, daß durch die einseitige Ausrichtung einer ganzen Region an den Interessen der dominierenden Branche die Ansiedlung zukunftssträchtiger Unternehmen ausblieb.

"Die ökonomische und politische Vorherrschaft der monostrukturellen Wachstumsträger ganzer Regionen in der Nachkriegszeit und der Zeit des 'Wirtschaftswunders' hat in diesen Regionen eine 'rechtzeitige' Umstrukturierung ihrer Wirtschaftsstrukturen verhindert oder doch stark verzögert und gleichzeitig einen Sog zukunftsorientierter Wirtschaftszweige in die 'aufnahmebereiten' süddeutschen Regionen ausgelöst" (ebd.).

Die Branchenstruktur erklärt nur bei den räumlich konzentrierten Krisenbranchen die regionalen Disparitäten, entscheidend sind vielmehr die Entwicklungsunterschiede innerhalb der Branchen (Jung 1986; Sinz/Strubelt 1986, 22). Die Prosperität der südlichen Ballungsräume beruht auf dem größeren Anteil solcher Unternehmen, die durch Forschung, Entwicklung und Produktion von Spezial- und Hochtechnologieprodukten neue und sichere Arbeitsplätze geschaffen haben (Häußermann/Siebel 1987, 68). Die Industrialisierungsgeschichte und historisch - politische Faktoren sind die Gründe dafür, daß sich in diesen Regionen die Standortbedingungen herausbildeten, die sie zu Gewinnern der aktuellen ökonomisch-technologischen Restrukturierung werden ließ.

Südbayern und Württemberg sind erst relativ spät industrialisiert worden, so daß die alten Industrien der Phase vorwiegend extensiver Akkumulation kaum vorhanden sind. Andererseits entstanden vor allem in Württemberg eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Betriebe, die sich frühzeitig auf die Herstellung von Spezialprodukten konzentrierten, da sie dadurch der Konkurrenz mit den Großunternehmen der Massenproduktion aus dem Weg gehen konnten. Dadurch haben sich gerade hier handwerkliche Qualifikationen und Produktionsformen halten können, die mit der Flexibilisierung der Absatzmärkte wieder an Bedeutung gewinnen (ebd. 67f; Piore/Sabel 1989, 245ff; Sinz/Strubelt 1986, 29f).

"In derartigen Regionen findet man nicht nur die qualifizierten Arbeitskräfte, die 'ganzheitliche Arbeitsfunktionen' (...) ausführen und

technologische Innovationen (wie zum Beispiel die Werkstattprogrammierung von CNC-Maschinen) weiterentwickeln können, sondern derartige Regionen bieten auch das notwendige differenzierte und flexible Produktionsmilieu zur Entwicklung technologischer Innovationen und neuer Organisationsformen der Produktion" (Läpple 1986, 116).

Die Konzentration der in der Hochtechnologie führenden Unternehmen im Süden ist auf die Betriebsverlagerungen aus Berlin und der sowjetischen Zone nach dem zweiten Weltkrieg zurückzuführen. Konzerne wie Siemens wählten bewußt die von den US-Amerikanern besetzte süddeutsche Zone zum neuen Unternehmenssitz (Häußermann/Siebel 1987, 69). Das ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil die heute expandierenden Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in der Regel am Hauptsitz des Unternehmens konzentriert werden.

Die Entscheidung zur Ansiedlung der westdeutschen Zentralbank in Frankfurt war die Grundlage für die Entwicklung zum europäischen Bankenzentrum.

Für das weitere Wachstum der Unternehmen der Hochtechnologie in der Münchener Region spielen die Militärausgaben des Bundes eine zentrale Rolle. Wie im 'Sunbelt' der USA (Davis 1986, 63; Junne 1988) und in der Region am 'Motorway 4' in England (Boddy 1987, 63) wurde über die staatliche Finanzierung der Rüstungsproduktion und der damit eng verknüpften Luft- und Raumfahrtindustrie auch in der BRD die Hochtechnologie in einer Region erheblich gefördert (Häußermann/Siebel 1987, 71). Forciert wurde die Entwicklung der Münchener Region zum bundesdeutschen Zentrum der Hochtechnologie durch ein Modernisierungsbündnis, das durch die "funktionale Vernetzung der Interessen des Staates (des Zentral- und Gliedstaates sowie der Kommunen und der Hochschulen), halbstaatlichen Institutionen, der Privatwirtschaft und zentralen Schichten der Stadtbevölkerung" (Breckner u.a. 1985, 187) die Voraussetzungen für diese Entwicklung systematisch schuf.

Die Stadt- und Regionalentwicklung, so läßt sich kurz zusammenfassen, unterlag mit der Restrukturierung des Kapitalismus innerhalb der letzten 15 Jahre einem grundlegenden Wandel, der als Trendbruch bezeichnet werden kann, da die Gleichung Stadt = Ort des Wachstums nicht mehr aufgeht und sich mit der Polarisierung zwischen schrumpfenden und prosperierenden Städten neue großräumige Disparitäten herausgebildet haben.

In wissenschaftlichen Untersuchungen und Abhandlungen über die gegenwärtigen Tendenzen der Stadt- und Regionalentwicklung wird davon ausgegangen, daß die beschriebenen Disparitäten zumindest mittelfristig fortbestehen oder sich noch verstärken werden (vgl. Esser/Hirsch 1987, 41f; Häußermann/Siebel 1987, 62ff; Krummacher u.a. 1985, 28; Läßle 1986, 114ff; Piore/Sabel 1989, 261). Untersuchungen über die Auswirkungen der Informationstechnologien auf die Raumentwicklung kommen unter anderem zu dem Ergebnis, daß diese Technologien zwar nicht per se dezentralisierend wirken müssen, aber die bestehenden Trends zur Suburbanisierung der Arbeitsplätze und Polarisierung der Stadtentwicklung wahrscheinlich verstärken (Goddard/Gillespie 1987, 87; Henckel u.a. 1984, 65ff). Darüber hinaus spricht für die Dauerhaftigkeit des Trendbruchs, daß der Hochtechnologiektor auch in Zukunft von herausragender Bedeutung sein wird (Junne 1988, 28f) und daß die Standortbedingungen, die hochtechnisierte Betriebe anziehen, nicht beliebig und schon gar nicht kurzfristig in anderen Regionen reproduzierbar sind. Zudem ist eine Umkehrung des Trends zum 'joblosen Wachstum' nicht absehbar, sondern eher mit weiteren Arbeitsplatzverlusten durch Rationalisierungen zu rechnen.

1.4 Die Auswirkungen der gesellschaftlichen Restrukturierung auf der lokalen Ebene

Die Auswirkungen der Restrukturierung des Kapitalismus auf der lokalen Ebene und die veränderten Bedingungen der Stadtpolitik werden zunächst anhand zweier Thesen diskutiert: erstens der These von der 'Peripherisierung' strukturschwacher Regionen und zweitens der These von der 'Spaltung' der Städte, die sich vor allem auf die prosperierenden Regionen bezieht. In einem dritten Schritt wird auf die interkommunale Konkurrenz eingegangen, die mit dem oben beschriebenen Trendbruch enorm zugenommen hat und sich in allen Bereichen kommunaler Politik und Planung auswirkt.

1.4.1 Die Peripherisierung strukturschwacher Regionen

In ihrer Untersuchung über den Niedergang und die Perspektiven des Ruhrgebiets entwickeln Michael Krummacher u.a. (1985) die These, daß strukturschwache Regionen langfristig von der ökonomischen Prosperität

abgekoppelt bleiben und sich dadurch die Lebens- und Arbeitsbedingungen eines großen Teils der Bevölkerung verschlechtern werden.

"Die Begriffe 'strukturschwach'/'strukturstark' orientieren sich dabei - von regionalen Besonderheiten abgesehen - wesentlich an Kriterien der ökonomisch-technologischen Reorganisation der Kapitalbasis, dem Grad der Weltmarktorientierung, der internationalen Konkurrenzfähigkeit, der Technologieintensität, dem Diversifikationsgrad und der Anpassungsflexibilität der bestehenden Produktions- und Dienstleistungsstrukturen" (Krummacher u.a. 1985, 28).

Da aufgrund der Standortnachteile die Hoffnung auf umfangreiche Ansiedlungen oder Gründungen von beschäftigungsexpansiven Betrieben illusorisch sei und im Ruhrgebiet durch die Modernisierung und Rationalisierung der bestehenden Betriebe die arbeitsplatzvernichtenden Folgen der neuen Technologien auch weiterhin zu erwarten seien, bestünde die Gefahr der 'Peripherisierung'.

"Unter Peripherisierung verstehen wir einen Prozeß der forcierten Destruktion, Desinvestition und gleichzeitigen Durchrationalisierung der regionalen Wirtschaftsstruktur mit vorherrschender Abkopplungs- und Schrumpfungstendenz; im Gefolge ist zwar nicht mit einem 'Zusammenbruch' der Region, wohl aber mit einem langfristigen regionalwirtschaftlichen Bedeutungsschwund und Niedergang mit tiefgreifenden sozialen, räumlichen, politischen und alltagskulturellen Auswirkungen zu rechnen" (ebd., 28).

Die Peripherisierung des Ruhrgebiets, die nicht ausschließt, "daß sich über das Revier verteilt einzelne hochtechnisierte, weltmarktorientierte 'Inseln' mit rentablen Produktionen herausbilden" (ebd., 53), wird von den AutorInnen als eine noch nicht abgeschlossene, mögliche Entwicklung aufgefaßt, die am Ende eines anhaltenden Schrumpfungsprozesses stehen könnte. Für die Bevölkerung würde dies eine "Zunahme der materiellen, sozialen und psychosozialen Verelendung" (ebd., 60) bedeuten, die sich räumlich in einer Verschärfung der sozialen Segregation niederschlagen würde - bis hin zur Herausbildung reiner Armutsviertel, die in einigen Städten schon zur bitteren Realität geworden sind (Rommelspacher/Oelschläger 1986).

Ob und mit welcher Geschwindigkeit Schrumpfungsprozesse in Segregation und Verstumung von Stadtquartieren münden, hängt ganz wesentlich von den Veränderungen der Regulationsweise ab, konkret: wieweit sich die Tendenzen der Fragmentierung des Arbeitsmarkts und der Deregulierung des

Sozialstaats durchsetzen (vgl. Beck 1986, 222ff; Coriat/Zarifan 1986; Jessop 1986; Offe 1984b).

Zunächst zum Arbeitsmarkt. Die hohe Arbeitslosenquote (die im Ruhrgebiet 1987 über 15% betrug, in einigen Emscherkommunen nur knapp unter 20% lag) dürfen nicht den Blick dafür verstellen, daß das Ausmaß destabiler Beschäftigungsverhältnisse wächst. Dazu gehören legale und illegale Leiharbeit, Teilzeit und zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse sowie Jobs, die unterhalb der Grenze der Sozialversicherungspflicht entlohnt werden, und Schwarzarbeit. Die Möglichkeiten der Unternehmen zur Fragmentierung der Beschäftigten in solche, die zu den Kernbelegschaften gehören und vielleicht durch die "neuen Produktionskonzepte" (Kern/Schumann 1984) auf vergleichsweise anspruchsvolle Arbeitsplätze hoffen können, und einen je nach Auftragslage abrufbaren, flexiblen Rand sind mit dem 1985 verabschiedetem 'Beschäftigungsförderungsgesetz' erheblich gestiegen. Gleichzeitig wurde mit der Neufassung des § 116 des 'Arbeitsförderungsgesetzes' das Kampfpotential der Gewerkschaften gegen die Fragmentierung der Lohnarbeit in unterschiedlichen Regionen geschwächt. Auch wenn das Ausmaß destabiler Beschäftigungsverhältnisse in der BRD bisher kaum erforscht ist, geschweige denn verlässliche empirische Daten vorliegen (Beck 1986, 234), erscheint es als wahrscheinlich, daß gerade in schrumpfenden Regionen mit einem großen Bestand von Betrieben der Krisenbranchen die Zahl unstetig und/oder ungesichert Beschäftigter zunehmen wird. Das würde bedeuten, daß nicht nur die dauerhaft Arbeitslosen, sondern auch ein wachsender Teil der Beschäftigten in oder am Rand der Armut leben werden, der auf materielle sozialstaatliche Leistungen angewiesen ist.

"Ohne Ausbau des sozialen Sicherungssystems droht eine Zukunft der Armut. Mit der Schaffung eines rechtlich abgesicherten Mindesteinkommens für alle könnte der Entwicklung ein Stück Freiheit abgewonnen werden" (ebd., 236).

Doch eine Erhöhung sozialer Leistungen ist nicht in Sicht. Vielmehr werden mit dem sukzessiven Umbau des Sozialstaats die Leistungen für Bedürftige eher gekürzt, bisher staatlich regulierte Bereiche dereguliert und damit die 'Marktkräfte' gestärkt sowie die Potenzen der Selbsthilfe und Eigenarbeit wiederentdeckt (vgl. Jessop 1986, 23ff; Offe 1984c, 335ff).

Für Regionen wie das Ruhrgebiet bedeutet das, daß der Prozeß der sozialen Segregation beschleunigt wird, weil mit der Fragmentierung des Arbeitsmarkts und dem Umbau des Sozialstaats ein wachsender Teil der

Bevölkerung schneller verarmt. Die Veränderungen der Regulationsweise verstärken damit die Gefahr der Peripherisierung strukturschwacher Regionen.

In schrumpfenden Städten haben sich die Bedingungen und Aufgaben der kommunalen Politik und Planung in dreifacher Hinsicht gewandelt: *Erstens* hat sich die Finanznot der Kommunen durch die ökonomische und demographische Schrumpfung dramatisch verschärft, während gleichzeitig die Aufgaben etwa im ökologischen Bereich (Recycling von Industriebrachen) gewachsen sind. *Zweitens* wird Armut von einem Rand- zu einem zentralen Problem, so daß die Kommunen zunehmend soziale Aufgaben bewältigen müssen (Häußermann/Siebel 1987, 154; Rodenstein 1987). *Drittens* bedeutet Schrumpfung, daß die Stadtplanung mit einer grundsätzlich veränderten Problemkonstellation konfrontiert ist; die rechtlichen und technischen Instrumentarien der Stadtplanung wurden für die Kanalisierung des ökonomischen und demographischen Wachstums im Stadtraum geschaffen, nicht für die Anforderungen einer schrumpfenden Stadt (Albers 1988, 271; Kujath 1988, 42; Häußermann/Siebel 1987, 120ff).

1.4.2 Die Spaltung in den Städte

Eine Zunahme der sozialen Segregation ist nicht nur in schrumpfenden Städten wahrscheinlich, sondern scheint sich auch in den prosperierenden Stadtregionen verstärkt auszuprägen. Denn auch hier finden sich die VerliererInnen der Krise und Restrukturierung, und gerade in prosperierenden Städten sind die Chancen der einkommenschwachen Gruppen auf dem Wohnungsmarkt besonders gering (Breckner u.a. 1985, 180ff; Krämer-Badoni/Ruhstrat 1986). Nach der These der Spaltung der Stadt bewirken die gesellschaftlichen Spaltungen in den prosperierenden Städten eine Dreiteilung der Stadt in

1. die internationale Teilstadt,
2. die Wohn-, Arbeits- und Versorgungsstadt der deutschen Mittelschicht,
3. die Stadt der sozialen Randgruppen (vgl. Dangschat/Krüger 1986, 211f; Häußermann/Siebel 1987, 139ff).

Das oberste Segment, die internationale Teilstadt "setzt sich aus den Glanz- und Höhepunkten einer Stadt zusammen" (Häußermann/Siebel 1987, 139). Dazu zählen die hochwertigen Dienstleistungen und Niederlassungen

internationaler Konzerne, bedeutende Messen und Kongresse, die "Inseln luxuriösen Wohnens" (ebd.) und schließlich all das, was TouristInnen in die Stadt bringt: kulturelle Attraktionen, spektakuläre Freizeiteinrichtungen, Angebote des Luxuskonsums. Die internationale Teilstadt ist der räumliche Ausdruck des Wandels der sozialen und ökonomischen Funktionen der Stadt: *Erstens* verlagert sich die ökonomische Basis der Stadt von der Produktion zur Konsumtion.

"War die industrialisierte Stadt eine Quelle des gesellschaftlichen Mehrprodukts und Ort der Vermarktung ihrer Produkte, lebt sie nun nicht nur, aber doch zu großen Teilen davon, einen Teil des woanders erzeugten Mehrprodukts abzuschöpfen, indem sie sich selbst und ihre Geschichte vermarktet, d.h. als Objekt individueller und kollektiver Konsumtion anbietet" (Kujath 1988, 37).

Zweitens ist die internationale Teilstadt durch die Ästhetisierung der Innenstadt der sichtbare Ausdruck eines neuen Konsummodells, in dem sich die gesellschaftlichen Spaltungen widerspiegeln (vgl. Mayer 1988, 13f). Die standardisierten Massenkonsumgüter, auf die einkommensschwache Gruppen nach wie vor angewiesen sind, werden aus den Regalen der innerstädtischen Kaufhäuser geräumt und ersetzt durch Luxuskonsumgüter oder Waren, die zumindest den "Schein konsumistischer Exklusivität und Individualität" (Hirsch/Roth 1986, 121) vermitteln. Vorreiter der neuen "Lust am Luxus" (ebd.) sind die jungen urbanen Professionellen, die Yuppies, von denen Detlev Ipsen vermutet, daß sie eine "neue Klassenfraktion" (Ipsen 1986, 146) darstellen. Mag die Fraktion der Yuppies auch relativ klein sein, so liegt ihre Bedeutung für das Entstehen eines neuen Konsummodells darin, daß der aufwendige Lebens- und Konsumstil dieser zahlungskräftigen Gruppe den Trend angibt und von beruflich weniger Erfolgreichen "wahrscheinlich (...) imitiert wird, um sich eine symbolische Teilhabe an dem 'Erfolg' zu sichern" (ebd., 152).

Drittens gewinnen innenstadtnahe Quartiere für Teile der Mittelschicht als Wohnstandort wieder an Bedeutung (vgl. Häußermann/Siebel 1987, 11ff). Die häufig von Leuten der alternativen Szene in Gang gesetzte und zunehmend von Yuppies getragene 'Reurbanisierung' konzentriert sich vorzugsweise auf Altbaugebiete, die in einem schleichenden Prozeß der 'gentrification' den individualistischen Lebensstilen der einkommensstarken neuen StadtbewohnerInnen angepaßt werden. In der Reorientierung auf innerstädtische Wohnviertel deutet sich ein möglicher Wandel des

antistädtischen fordistischen zu einem urbanen Konsummodell an. In Städten mit einem großen Yuppie-Potential werden durch diese Form der Reurbanisierung die alten BewohnerInnen der Altbauviertel aus den aufgewerteten Quartieren verdrängt.

Eine Stadtpolitik, die sich aus Prestige- und wirtschaftlichen Gründen an den sozialen und ökonomischen Funktionen der internationalen Teilstadt orientiert, muß dies zu Lasten des zweiten und dritten Segments durchsetzen. Zum einen müssen die materiellen Bedingungen für die Revitalisierung und Reurbanisierung geschaffen werden - Erhalt und Modernisierung der Altbau-substanz, Ästhetisierung der Innenstadt, Subventionierung kultureller Spektakel etc. -, zum anderen muß ein Übergreifen sozialer Konflikte aus der Stadt der sozialen Randgruppen auf die internationale Teilstadt verhindert werden.

"Mit der Konzentration der administrativen Problempersonen auf die Befriedung von Problemgruppen am oberen und unteren Ende der sozialen Skala vollzieht sich (...) ein Funktionswandel der Stadtplanung, die einerseits höchsten Ansprüchen an ästhetische Innovation im interregionalen Vergleich zu genügen hat, um der klassischen Aufgabe der Wirtschaftsförderung überhaupt nachkommen zu können; andererseits hat die Planung Störfaktoren auszuschalten, Probleme abzudrängen und Konflikt unauffällig kleinzuarbeiten" (Durth 1987, 162).

1.4.3 Die interkommunale Konkurrenz

Die Konkurrenz der Städte um die Ansiedlung von Betrieben und die Attraktivität als Wohnort für einkommensstarke Haushalte ist zwar kein neues Phänomen, sie hat sich aber mit den Schrumpfungsprozessen und dem Wandel der ökonomischen und sozialen Funktionen der Stadt erheblich verschärft - sowohl für schrumpfende als auch für prosperierenden Städte. David Harvey unterscheidet vier Formen der interkommunalen Konkurrenz:

"(a) Konkurrenz um die Position in der internationalen Arbeitsteilung, (b) Konkurrenz um die Position als Konsumzentrum, (c) Konkurrenz um Kontroll- und Befehlsfunktionen (insbesondere um finanzielle und administrative Macht) und (d) Konkurrenz um finanzielle Umverteilungen durch die Regierung" (Harvey 1987, 112).

Mit der Verschärfung der interkommunalen Konkurrenz (in den Formen (a)-(c)) geht eine Stärkung der Position des privaten Kapitals gegenüber den Kommunen einher. Angesichts der leeren Kassen der Kommunen einerseits und der gestiegenen Mobilität des Kapitals andererseits kann das private Kapital Vorleistungen und/oder Subventionen für die Ansiedlung (oder den Verbleib) eines Betriebes von der Kommune einfordern. Wie schwach die Position der Kommunen gegenüber dem privaten Kapital geworden ist, zeigt sich daran, daß die Unternehmen sich in ihren Forderungen immer weniger auf die Bereitstellung und Erschließung von Gewerbeflächen beschränken; mit der wachsenden Bedeutung außerökonomischer Standortfaktoren erwarten sie auch, daß den Wohn- und Freizeitbedürfnissen ihrer gutbezahlten Führungskräfte Rechnung getragen wird und störende Faktoren ausgeschaltet werden (vgl. Mayer 1988).

So wurde auf dem Unternehmerforum "Der Norden als Zukunftsstandort" (vgl. Kernner 1989) nicht nur eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit- und Lohnpolitik in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und eine Klimaverbesserung in den norddeutschen Stadtstaaten gefordert, sondern auch die Räumung der ehemals besetzten Häuser in der Hamburger Hafenstraße. Daß marginalisierte Gruppen sich nicht widerstandslos ihrem 'Schicksal' ergeben und darüber hinaus Häuser in zentraler Lage mit Elbblick bewohnen, wurde von den Spitzenmanagern als Investitionshindernis für den Industriestandort dargestellt (ebd., 103ff). Es kann zwar nicht überprüft werden, ob durch die BewohnerInnen der Häuser in der Hafenstraße auch nur ein Unternehmen von Investitionen in Hamburg abgeschreckt wurde und welchen Einfluß die Forderungen der Manager auf die Entscheidung des Senats haben, ob die Häuser geräumt werden. Doch durch den Mechanismus der interkommunalen Konkurrenz wächst der Druck auf die Stadtregierung, auch den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Spitzen der Wirtschaft entsprechend zu agieren.

"Der Mechanismus der interkommunalen Konkurrenz - sei es zwischen Kernstadt und Umlandgemeinden um zahlungskräftige Bewohner, sei es zwischen verschiedenen Regionen um expandierende Betriebe - führt in jedem Fall dazu, daß schon im Interesse der Sicherung und größtmöglichen Steigerung der kommunalen Einnahmen der Gemeinden vermuteten oder tatsächlichen Interessen der entsprechenden Betriebe und Bevölkerungsschichten gerecht zu werden" (Krätke/Schmoll 1987, 41).

Nur Kommunen, die nicht versuchen, die Entwicklung in den prosperierenden Städten zu imitieren, könnten sich von der interkommunalen Konkurrenz zumindest teilweise abkoppeln. Doch eine Alternative zu dem am Wachstum orientierten städtischen Entwicklungsmodell ist nicht in Sicht. Dadurch wird die Tendenz der Kommunen, trotz geringer Erfolgsaussichten an einer auf die Wiedererlangung des Wachstums ausgerichteten Stadtpolitik festzuhalten und die ohnehin knappen Ressourcen für dieses Ziel zu verwenden noch verstärkt. Die Instrumentalisierung der Stadtplanung, der Wirtschaftsförderung, der Sozialpolitik, der Stadtkultur und der Umweltpolitik zugunsten des erhofften ökonomischen Wachstums könnte besonders in schrumpfenden Städten die sozialen und raumstrukturellen Probleme noch verschärfen. Darüber hinaus übersieht eine solche Stadtpolitik, daß die gesellschaftlichen Spaltungen auch in den prosperierenden Städten wirksam sind und die VerliererInnen der Restrukturierung des Kapitalismus nicht nur in den schrumpfenden Städten leben.

2. VON PROGNOSEN ZU SZENARIEN

Mit den in Kapitel 1 geschilderten ökonomischen Umstrukturierungsprozessen wird Stadtplanung, die seit Beginn der Industrialisierung immer auf die Vorstellung einer wachsenden Stadt ausgerichtet war, zumindest teilweise mit neuen Aufgaben konfrontiert. Ihr Aufgabenfeld kann nun nicht mehr wie bisher ausschließlich die Förderung und Kanalisierung des Wachstums, sowie die Abfederung der wachstumsbedingten sozialen und ökologischen Folgekosten sein, sondern es muß ausgehend von der These, daß Schrumpfung für einige Agglomerationsräume auf unabsehbare Zeit der dominante Entwicklungsmodus sein wird, gefragt werden, wie die Städte diese veränderte Situation wahrnehmen und auf sie reagieren. Angesichts der Tatsache, daß "das Rechtsinstrumentarium der Stadtplanung ... für die Lenkung von Schrumpfungs- und Rückbaumaßnahmen ... nicht konzipiert ist" (Albers 1988, 271), daß also zumindest in den von Schrumpfungsprozessen betroffenen Regionen die auf Wachstum zielenden Instrumente der Stadtplanung ihre Basis teilweise verloren haben, ist die Gesamtsituation der Städte von einer großen *Planungsunsicherheit* geprägt.

Eine der zu beobachtenden Reaktionen der Städte auf die veränderten Rahmenbedingungen und die damit einhergehende Unsicherheit über die Methoden der Planung ist die vermehrte Anwendung der Szenariotechnik und die teilweise Abkehr von traditionellen Prognosemethoden. Szenarien haben eine andere Zielsetzung als Prognosen: Prognosen sollen möglichst genau zukünftige Ereignisse antizipieren, um so als Grundlage für Politik und Planung zu dienen; Szenarien dahingegen zielen auf und bedürfen der Diskussion, und sie stellen, indem sie unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen, Planung und Politik tendenziell in Frage, fordern auf zur Reflexion.

Bevor in Kapitel 3 die vorliegenden Szenarien zur Stadtentwicklung ausgewertet werden, sollen zunächst die herkömmlichen Prognosemethoden und die Szenariotechnik dargestellt werden.

2.1 Prognose als sozialwissenschaftliches Verfahren

Allgemein versteht man unter Prognosen (griech.: *prognos* - Vorherwissen, Vorauserkenntnis) Voraussagen über zukünftige Ereignisse. Die Beschäftigung mit der Zukunft findet einen breiten Niederschlag, sei es als Hellseherei, als religiöse Prophetie, als Sozialutopie oder im Alltagsverhalten der Menschen als täglich notwendige Lebensorientierung, die gewisse Gesetzmäßigkeiten voraussetzt, und nicht zuletzt in den unterschiedlichsten Zusammenhängen in der Wissenschaft.

Über den Gebrauch des Begriffs 'Prognose' besteht in der wissenschaftlichen Diskussion Unklarheit. Häufig werden alle im Bereich der Wissenschaft angewendeten Verfahren zur Vorhersage als Prognosen bezeichnet. Einige AutorInnen grenzen den Begriff jedoch auf die in Kapitel 2.1.1 beschriebenen Methoden ein. Diese Sprachregelung wird aus Gründen der Verdeutlichung für diese Arbeit übernommen.

Die Vielzahl der möglichen Methoden der Vorhersage im Bereich der Wissenschaft kann in folgende Typen eingeteilt werden:

- "1. Die *intuitive Vorausschau*, in der sich Erfahrung und Sachinformation, vermischt mit möglichst genialer Phantasie, zur Projektion oder Prognose verdichtet.
2. Die *explorative Vorausschau*, die - ausgehend vom Niveau gesicherten Wissens - erforschend die weitere Entwicklung unter bestimmten verschiedenen Voraussetzungen sichtbar macht.
3. Die *projektive Vorausschau*, die - ausgehend von einer bestimmten Zielvorstellung - rückwärts bis zur Gegenwart die erforderlichen Voraussetzungen und Strategien ermittelt.
4. Die *rekursive Vorausschau*, die intuitiv, explorativ oder auch projektiv angelegt sein kann, deren Besonderheit es jedoch ist, daß die erreichten Ergebnisse zur Korrektur der Strategie herangezogen werden" (Bommer 1969, 17, Hervorhebungen d.V.).

2.1.1 Zum Selbstverständnis quantifizierender Prognosen

Gegenstand dieses Abschnitts sind quantifizierende Prognosen, die nach dem Schema von Bommer (s.o.) der explorativen Vorausschau zugeordnet werden. Sie sind auf der Grundlage positivistischer Wissenschaftstheorie entstanden. Im Selbstverständnis der positivistischen Wissenschaftstheorie

werden nur solche Prognosen als wissenschaftlich anerkannt, die quantifizierend verfahren. Dabei werden begründete Aussagen über zukünftige Sachverhalte getroffen, die im Rahmen einer wissenschaftlichen Theorie aus bekannten Gesetzesaussagen und Aussagen über gewisse Anfangs- und Randbedingungen des zu prognostizierenden Prozesses mit Hilfe eines logischen Schlusses deduziert werden (vgl. Popper 1984, Albert 1984). Sie sollen den Kriterien der Nichttrivialität und Objektivität, d.h. der intersubjektiven Überprüfbarkeit der Methode und der Ergebnisse genügen (vgl. Birg 1982, 161).

"Prognosen sind Voraussagen über Sachverhalte und gehören als solche dem antizipierenden Bewußtsein an. Jedoch ist die Klasse der Prognosen nur eine Teilmenge der Klasse der Voraussagen, und zwar bezeichnen wir als Prognosen die wissenschaftlich begründeten Voraussagen. Wissenschaftlich begründet nennen wir Voraussagen dann, wenn sie aus solchen Aussagen über die Situation bestehen, die aus den Theoremen einer wissenschaftlichen Theorie und aus jenen singulären Aussagen abgeleitet sind, die aus der Beschreibung einer konkreten Ausgangssituation in der Sprache der Theorie resultieren. ... Diese Ableitung ist prinzipiell deshalb möglich, weil jede wissenschaftliche Theorie durch die Formulierung von Invarianzen jenen Bereich fixiert, für den sie gültig ist, unabhängig davon, ob die Ereignisse, die in diesen Bereich fallen, schon stattgefunden haben oder erst noch stattfinden werden" (Bauer/Kosin 1967, 6).

Als wissenschaftliche Prognosen können in dem hier vorgegebenen Sinn also nur solche Voraussagen gelten, die auf Basis bestimmter Gesetzesannahmen und definierter Randbedingungen gemacht werden. Entsprechend dem üblichen Formalschema wissenschaftlicher Aussagen liegt ein prognostisches Argument dann vor, wenn die unter (**A**) zusammengefaßten Bedingungen eintreten und sich aufgrund der unter (**K**) zusammengefaßten Gesetzmäßigkeiten das Ergebnis (**P**) ergibt.

Annahme **A**

Explizit (A₁)

Implizit (A₂)

Prognosekern **K**

Prognostizierte Entwicklung **P**

(vgl. Härter 1986, 10)

Das Vorgehen beim Erstellen einer deduktiven Prognose wird wie folgt geschildert: Man leitet aus einem Gesetz (**K**) und den gegebenen Randbedingungen (**A**) das vorauszusagende Ereignis (**P**) ab. Dabei müssen folgende Bedingungen erfüllt sein (vgl. Opp 1970, 70f):

- Die zeitliche Distanz zwischen dem Eintreten einer Randbedingung und dem Projectandum muß groß genug sein, um eine Prognose erstellen zu können.
- Die zugrunde gelegten Gesetze müssen alle Bedingungen enthalten, die für das Auftreten des Projectandums von Bedeutung sind. (Es fällt auf, daß entgegen der wissenschaftstheoretischen Konzeption der Methode in real durchgeführten Prognosen in der Regel nicht auf nomologische Gesetze, sondern auf Deskriptionen zurückgegriffen wird.)
- Die Beziehungen zwischen diesen Bedingungen und den Wirkungen müssen genau bestimmt sein.
- Es dürfen keine unvoraussagbaren Veränderungen der Randbedingungen, die nicht direkt mit dem vorauszusagenden Ereignis in Zusammenhang stehen, eintreten.

Eine der deduktiven Prognose in der Forschungspraxis verwandte Methode ist die *Trendextrapolation* (vgl. Kühn 1970), eine in ihrem Selbstverständnis vorwiegend pragmatische Wissenschaftsauffassung mit enger Verbindung zur empirischen Beobachtung. Es ist auffällig, daß in der wissenschaftstheoretischen Literatur fast ausschließlich die oben geschilderten Prognosemethoden behandelt werden, ohne daß deren Anwendung anhand von sinnvollen, praktischen Beispielen im sozialwissenschaftlichen Bereich aufgezeigt wird. Wo immer von anwendungsorientierten Voraussagen im Zusammenhang von konkreter Planungspraxis die Rede ist, wird in der Regel ohne methodische Reflexion auf Trendextrapolationen zurückgegriffen.

"Ziel der Trendextrapolation ist es, in der bisherigen Entwicklung einer Größe eine mathematisch definierbare Gesetzmäßigkeit zu entdecken und die beobachtete Entwicklung in die Zukunft zu verlängern. Neben einfachen Extrapolationsverfahren kommen anspruchsvollere Verfahren zur Trendermittlung und mathematische Funktionen zur Abbildung von Wachstumsprozessen zur Anwendung" (Meise/ Volwahren 1980, 276).

In diesem zum größten Teil in der Wirtschaftswissenschaft entwickelten und eingesetzten Verfahren werden aus der Summe der bisherigen Beob-

achtungen induktive Schlüsse auf die Zukunft gezogen, wobei es nicht nur um die Akkumulation von Daten geht. Vielmehr bedarf die Trendextrapolation dreier Bedingungen: der regelmäßigen, hinreichend umfassenden und detailliert statistischen Berichterstattung, der adäquaten Verfahren zur Auswertung und Analyse der Informationen sowie der Kenntnis der Kausalbeziehungen innerhalb des zu beobachtenden Prozesses.

Basis der Extrapolation ist der soziale Trend. Die methodische Bedeutung des Trends beruht auf der Annahme, daß er niemals abrupt seine Richtung ändert, daß er gewissermaßen zähflüssig ist. Um einen Trend extrapolieren zu können, ist es notwendig, ihn hinreichend lange verfolgt zu haben. Je weiter ein Trend in die Zukunft verlängert wird, desto größer wird die Gefahr der Abweichung vom tatsächlichen Verlauf.

Insbesondere im Bereich sozialwissenschaftlicher Theorien können Prognosen und Trendextrapolationen eine gewisse Eigendynamik entfalten, da sie sich, sobald sie bekannt gemacht werden, auf diejenigen sozialen Tatbestände und Zusammenhänge, auf die sie sich beziehen, auswirken. Schon Kant bemerkt, daß eine 'Geschichte a priori' möglich sei, "wenn der Wahrsager die Begebenheiten selber macht und veranstaltet, die er zum Voraus verkündigt" (Kant 1917, 79f). Prognosen und Trendextrapolationen können ihre eigene Geltung beeinflussen - entweder im Sinne einer Selbstbestätigung (self-fulfilling prophecy) oder einer Selbstwiderlegung (self-destroying prophecy).

"Die 'self-fulfilling prophecy' gibt ursprünglich eine falsche Definition der Situation, die ein neues Verhältnis hervorruft, welches am Ende die zunächst falsche Vorstellung richtig werden läßt. Die trügerische Richtigkeit der 'self-fulfilling prophecy' verewigt die Herrschaft des Irrtums. Der Voraussagende wird nämlich den tatsächlichen Ablauf der Ereignisse zum Beweis dafür heranziehen, daß er von Anfang an recht hatte" (Merton 1984, 146).

Genauso gilt auch für die 'self-destroying prophecy', daß die im öffentlichen Bewußtsein wirksame Definition einer Situation integraler Bestandteil dieser Situation selbst wird und dadurch spätere Entwicklungen beeinflussen kann. "Prognosen (wirken) also wie ein Serum, das Gegenkräfte weckt" (Liese 1975, 33).

Problematisch wird diese Eigendynamik sozialwissenschaftlicher Vorhersagen vorwiegend durch das Selbstverständnis der positivistischen Wissen-

schaft, die die enge Beziehung zwischen einer angewandten Wissenschaft und deren Gegenstandsbereich leugnet. Dieses Selbstverständnis fußt auf dem aus den Naturwissenschaften entlehnten Paradigma des Wissenschaftlers als neutralen Beobachter, der die Objekte, die er erforscht, nicht beeinflusst.

Die in diesem Kapitel als quantifizierende Prognosemethoden bezeichneten Verfahren haben wichtige Grundannahmen gemein:

- Sie gehen im hohen Maß von der Kontinuität des sozialen Lebens aus, sei es in Form der den deduktiven Prognosen zugrunde gelegten sozialen Gesetzmäßigkeiten, der angenommenen Stabilität der Randbedingungen oder im Fall der induktiven Extrapolationen in Form des Vertrauens auf die Erfahrungswerte der Beobachtung und auf die Stabilität des Trends.
- Sie beanspruchen, ausschließlich meßbare Tatbestände zu projektieren, wobei die angewandten Techniken als apolitisch und wertneutral und die Ergebnisse als zwangsläufig (da 'streng' wissenschaftlich erarbeitet) dargestellt werden.

2.1.2 Zur Kritik der quantifizierenden Prognosemethoden

An den geschilderten Prognosen und ihren Methoden ist im Laufe der Jahre aus unterschiedlichen Positionen und mit vielfältigen Argumenten Kritik geäußert worden.

Anlaß für die Kritik an Prognosen waren vorwiegend zwei gesellschaftliche und politische Entwicklungen:

- Auf der einen Seite ist das Vertrauen in die Prognosen erschüttert worden. Nachdem in den 60er Jahren aufgrund des relativ stabilen Wachstums die erstellten Prognosen häufig eintrafen (oder sogar von der positiven Wirtschaftsentwicklung noch übertroffen wurden), "entwickelte sich eine zunehmende Prognosegläubigkeit" (Prognos AG 1983, 19). "Die Hauptvariable dieser Vorhersagen war damals tatsächlich das Sozialprodukt: Alle Variablen schienen ein System zu bilden, alle Trends zeigten scheinbar in die gleiche Richtung, Politik und Sozialstruktur stellten keine Probleme" (Bühl 1985, 201). Diese naive Einstellung in der Bevölkerung fand Mitte der 70er Jahre ein abruptes Ende, als krasse Fehlprognosen bekannt wurden. Die bekanntesten Beispiele hierfür sind die Fehlprognosen auf dem Energiesektor (vgl. Michelsen 1988). Noch Anfang der 70er Jahre wurde ein enormer Zuwachs des Energieverbrauchs

vorhergesagt, der dann als Begründung für die Genehmigung des Baus von Atomkraftwerken diente. Diese Prognosen basierten auf der Grundannahme, daß der gesellschaftliche Wohlstand und damit auch der Energieverbrauch weiter steigen würde. Obwohl die Randbedingung richtig vorausgesagt war (der Wohlstand wuchs), trafen die Prognosen nicht zu: Die 'Gesetzmäßigkeiten' hatten sich geändert, da Energieverbrauch und Bruttosozialprodukt sich nicht parallel entwickelten und eine unvorhergesehene 'Rand'bedingung hinzu kam: die Ölkrise. "Sehr viele scheiternde Prognosen haben den Charakter, daß etwas Richtiges zugrunde gelegt ist und ein Nebeneffekt nicht berücksichtigt ist, und vielleicht auch nicht hinreichend berücksichtigt werden kann" (v. Weizsäcker 1975, 169).

Ein aktuelles Beispiel für Fehlprognosen ist die wirtschaftliche Entwicklung nach dem dramatischen Niedergang der Aktienkurse im Oktober 1987. So sagten nicht nur linke Ökonomen für das Jahr 1988 eine Krise der kapitalistischen Wirtschaft voraus. Entgegen dieser Annahmen konnten auch 1988 hohe Wachstumsraten verbucht werden (vgl. Hübner 1989a).

Prognosen haben also in der öffentlichen Meinung den Ruf, zuverlässig zu sein, verloren.

- Auf der anderen Seite begann der gesellschaftliche Konsens über die prognostizierte und zugleich angestrebte Zukunft brüchig zu werden. Immer größere Bevölkerungsgruppen wendeten sich von jenen 'Zukünften' und ihren sozialen und politischen Konsequenzen ab, die in den Prognosen als unvermeidlich dargestellt wurden (vgl. Baumgartner/Diefenbacher 1989a). Seit Mitte der 60er Jahre haben vor allem Gruppen und Akteure, die unter dem Sammelbegriff 'neue soziale Bewegungen' gefaßt werden, Wachstum nicht mehr selbstverständlich mit höherer Lebensqualität und Wohlstand identifiziert, sondern als Chiffre für Umweltzerstörung, Verödung der Innenstädte, Verdrängung von MieterInnen aus Sanierungsgebieten, Vereinzelung in Trabantenstädten etc. entziffert und theoretisch und praktisch kritisiert.

Anlaß für wissenschaftstheoretische Kritik an sozialwissenschaftlichen Prognosemethoden waren folgende Überlegungen:

Bei der Übertragung des prognostischen Modells, das in Anlehnung an die klassischen Naturwissenschaften entwickelt wurde, auf anwendungsorientierte, gesellschaftliche Problembereiche ergeben sich entscheidende

Schwierigkeiten. "Daß das naturwissenschaftliche Modell nicht frisch, fröhlich und uneingeschränkt auf die Gesellschaft übertragen werden kann, liegt an dieser" (Adorno 1956, 109). Im Gegensatz zur naturwissenschaftlichen Laborsituation können im sozialen Bereich

"weder die Randbedingungen des Untersuchungsgegenstandes als konstant vorausgesetzt werden noch die Vielzahl bestehender oder vermuteter Zusammenhänge modellhaft abgebildet werden" (Kraus 1986, 16).

Die auf der Grundannahme der Strukturkonstanz des sozialen Lebens getroffenen Prognosen und Trendextrapolationen können nur dann richtig sein, wenn die vorausgesetzten Strukturen des Gesamtsystems einigermaßen stabil bleiben (vgl. Bechmann 1987, 95), was angesichts der Komplexität gesellschaftlicher Systeme nicht immer zu erwarten ist.

Als einer der frühesten Kritiker von Prognosen und Trendextrapolationen gilt Amory B. Lovins:

"Extrapolationen haben eine feste Struktur und sind unbegrenzt, wohingegen reale Gesellschaften und ihre Zielsetzungen sich strukturell über Jahrzehnte entwickeln und auf Grenzen reagieren. ... Extrapolationen basieren im wesentlichen auf der Annahme einer von Überraschungen freien Zukunft, sogar wenn sie von und für Menschen gemacht werden, deren Arbeit darin besteht, mit Überraschungen fertig zu werden" (Lovins 1978, 120f).

Daniel Bell formuliert ähnlich:

"Wir haben begonnen, statistische Zeitreihen zusammenzufügen, um Trendlinien zu ziehen und wahrscheinliche Entwicklungen zu extrapolieren. Das Vorhandensein eines Trends garantiert keineswegs, daß er andauern wird" (Bell 1968, 417).

Rudolf Burger zieht daraus den Schluß:

"Die Prognosen sind nicht nur deshalb nicht stringent, weil das Material, auf das sie sich stützen, unzureichend ist, was vielleicht durch den Fortschritt der Wissenschaft tendenziell aufhebbar wäre, sondern weil die Prozesse, mit denen sie es zu tun haben, es selbst nicht sind" (Burger 1971, 14).

Da Prognosen und Trendextrapolationen nicht auf Komplexität und unberechenbare Entwicklungen der Gesellschaft eingehen können, ergibt

sich zunächst das forschungspragmatische *Dilemma*, daß Genauigkeit und Informationsgehalt von Prognosen im allgemeinen im widersprüchlichen Verhältnis zueinander stehen (vgl. Meise/ Volwahn 1980, 262): Entweder muß die vorherzusagende Entwicklung samt den vorausgesetzten Randbedingungen und den zugrundegelegten Gesetzmäßigkeiten in ihrer Tragweite so weit eingeschränkt werden, daß der prognostische Wert der Aussage sehr gering wird, oder der Bereich der Prognosen ist so komplex, daß die Vorhersagegenauigkeit rapide abnimmt.

"Es tut sich nunmehr das bekannte *Prognosedilemma* auf, das darin besteht, daß das Prognostizieren relativ leicht ist, wenn sich nichts wesentliches ändert, daß aber dann, wenn sich wirklich etwas ändert, Prognosen unheimlich schwierig, unzuverlässig und systemlos werden" (Bühl 1985, 201).

Zusammengefaßt sind die wesentlichen Kritikpunkte an Prognosemethoden:

Strukturkonstanz

- Während die gesellschaftlichen Entwicklungen zum Teil dynamisch und unberechenbar verlaufen, sind Prognosemodelle starr und unveränderlich und können diese Entwicklungen nicht antizipieren.
Der Positivismus der gängigen Prognosemodelle kennt für die Zukunft nur das existierende System (status-quo-Vorwurf). Für alle qualitativen Veränderungen und Trendbrüche sind diese Modelle zwangsläufig unsensibel. "Sie verhalten sich nicht zu neuen Einfällen, sondern sind *strukturell sklerotisch*" (Afheldt 1985, 21, Hervorhebung d.V.).
- Die Kenntnis von sozialen Prozessen, die in die Formulierung der Randbedingungen der Prognosen einfließt, muß zwangsläufig begrenzt sein, weil menschliches Entscheidungsverhalten nicht bruchlos rational ist. Diese Tatsache läßt sich nicht mit den methodischen Anforderungen der positivistischen Prognosen verbinden.
- Es gibt nicht, wie in den Naturwissenschaften, das eine korrekte Modell von Gesellschaft. Selbst die vergleichsweise strengen 'Gesetze' des sozio-ökonomischen Systems können keinen strikt universellen Geltungsanspruch erheben, wie dies die positivistische Methodologie fordert.

Unterkomplexität

- Soziale Systeme sind viel zu komplex, als daß sie in dem für die Prognosen und Trendextrapolationen notwendigen Maß modellhaft abgebildet werden könnten, um so alle Bedingtheiten, Abhängigkeiten und

Einflüsse zu erfassen. Dies gelingt auch mit Hilfe von computergestützten Mega-Modellen nicht. "Diese Mega-Modelle drohen sich, wie der Besen des Zauberlehrlings, zu verselbständigen und der Kontrolle der Prognostiker zu entgleiten" (Baumgartner/ Diefenbacher 1989a, 3).

Erkenntnisinteresse

- Die positivistischen Prognosen leugnen den Einfluß individueller und subjektiver Entscheidungen der Wissenschaftler auf die Prognosen. Der kognitive Prozeß ist aber per se durch subjektive Charakteristiken geprägt. Darüber hinaus ist die Produktion der Prognosen in interessen geleitete Zusammenhänge eingebettet. Entgegen dem positivistischen Selbstverständnis kann es keine 'reine' Theorie geben, ein von jeglicher Interessenbasis losgelöstes theoretisches Erkennen (vgl. Habermas 1973). "Wertfreie Prognose ist unmöglich; in jede Vorhersage über das, was kommen wird, gehen gegenwärtige Interessen mit ein, sie bestimmen weitgehend Ziel und Inhalt der Prognose" (Jungk 1970, 42). So weisen Tom Baumgartner und Hans Diefenbacher (1989b) am Beispiel von Energieprognosen nach, daß diese oft als Hilfsmittel benutzt werden, um bestimmte Entwicklungen auf dem Energiesektor durchzusetzen und andere zu verhindern. Noch deutlicher beschreiben sie die Entzauberung des Mythos der rein wissenschaftlichen Prognosen, wenn sie behaupten, "daß Energieprognosen vorrangig in politischer Absicht erstellt werden" (Diefenbacher/Baumgartner 1988, 23).

Aus der Kritik an den positivistischen Prognosen und Trendextrapolationen hat sich ein großes Feld von alternativen Ansätzen und Methoden entwickelt, die unter dem Stichwort *Zukunftsforschung* zusammengefaßt werden.

Im folgenden Abschnitt werden der Ansatz der Zukunftsforschung und einige Anwendungsformen exemplarisch dargestellt. Dabei ist es nicht unser Anspruch, einen vollständigen Überblick über den Bereich der Zukunftsforschung zu geben, vielmehr geht es darum zu zeigen, wie sich die *Szenariotechnik* innerhalb der vielfältigen Kritik an herkömmlichen Prognosemethoden verorten läßt.

2.1.3 Zukunftsforschung

Unter dem Begriff Zukunftsforschung wird ein ganzes Sammelsurium von sehr unterschiedlichen Ansätzen zusammengefaßt, die alle versuchen, Mittel und Wege zu finden, die zunehmende Schwierigkeit, Aussagen über Ent-

wicklungen und zukünftige Zustände zu machen, zu verstehen und ihr entgegenzutreten.

"Auch heute, wo wir immer wieder über echte oder eingebildete Sach- und Systemzwänge stöhnen, stehen uns noch viele Wege offen. Was zu fehlen scheint, ist allerdings, daß alternative Bilder der Zukunft systematisch entworfen werden, auf ihre Durchführbarkeit und Konsequenzen untersucht werden, und daß sie vor allem auch von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bewertet werden. Eine derartige Analyse der Zukunft würde uns helfen, besser zu bestimmen in welche Richtung wir eigentlich gehen *können*, und vor allem: In welche Richtung wir eigentlich gehen *wollen*" (Bossel 1978, 19).

Zukunftsforschung ist keine einheitliche wissenschaftliche Disziplin und hat keine einheitliche Methode. "Die Zukunft ist kein festes Erkenntnisobjekt, auf der, wie üblich, eine wissenschaftliche Disziplin aufbauen könnte" (Wagenführ 1970, 3879). Aus dieser Uneinheitlichkeit resultieren methodische Auseinandersetzungen: Zu streng methodisch orientierten Verfahren wird mangelnde Imagination und Kreativität vorgeworfen, zu idealistisch-imaginative Ansätze unterliegen dem Vorwurf der methodischen Unsauberkeit.

Robert Jungk, einer der Begründer der Zukunftsforschung, fragt schon früh, wie

"denn also die Zukunftsforschung zu sehen (wäre)? Als eine Suche mehr denn als ein Finden, als ein notwendiges Spiel mit den Vermutungen eher denn als eine Verkündigung von Gewißheiten. Als ein Entwerfen eher denn als ein Planen, als das Beobachten (möglichst auch als Eingangbringen) von Vorgängen eher als das Setzen von Zielen. Als Versuch lebendig zu bleiben, also wandelbar, also offen, also schöpferisch" (Jungk 1969, 496).

Allen Ansätzen der Zukunftsforschung ist eine Grundannahme gemein:

Die Zukunft 'passiert' nicht einfach, sie ist die konsequente Weiterentwicklung der in der Gegenwart angelegten politischen und wirtschaftlichen Prozesse. Daraus erfolgt ein neuer Blick auf die Zukunft: Diese ist im gewissen Maße gestaltbar, beeinflussbar und unterliegt dem politischen Willen. Oder andersherum: Gesellschaftliches Handeln und Unterlassen ist schon heute für zukünftige Entwicklungen verantwortlich. Zukunftsforschung "beschreibt verschiedene Möglichkeiten der Entwicklung und des

Handelns und weist die Kriterien zu ihrer Beurteilung auf" (Mackensen 1987, 47).

Gegen das methodische Ideal des Positivismus wendet sich die Zukunftsforschung zum einem mit der Annahme einer politisch beeinflussbaren Zukunft, zum anderen mit dem Verständnis, jede Annahme resultierte "aus der Wechselwirkung zwischen dem persönlichen und kulturellen Wahrnehmungsfilter des Forschers einerseits und der von ihm beobachteten Wirklichkeit andererseits" (Lutz 1986, 2).

Alle Zweige der Zukunftsforschung zu referieren, würde den Rahmen dieser Arbeit bei weitem sprengen. Deshalb sei hier nur exemplarisch auf die wichtigsten Beispiele hingewiesen:

- Robert Jungks Konzept der Zukunftswerkstätten hat eine breite Wiederbelebung der Demokratie zum Ziel, indem jeder interessierte Mensch an Entscheidungsfindungen mitwirken können soll, die sonst PolitikerInnen, ExpertInnen und professionelle PlanerInnen vorbehalten blieben (vgl. Jungk/ Müllert 1981).
- Der von Ossip K. Flechtheim bereits 1943 geprägte Begriff 'Futurologie' umfaßt drei Bereiche: die Prognostik, die Planungswissenschaft und die Philosophie der Zukunft (Ideologie- und Utopiekritik). Die Futurologie soll dazu beitragen, die zukünftige Entwicklung durchschaubar zu machen. Sie will nicht die Zukunft im einzelnen ausmalen, sondern alternative Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen und dadurch Entscheidungsgrundlagen liefern (vgl. Flechtheim 1978 u. 1980).

"In der Futurologie (werden) sehr unterschiedliche Erkenntnisse aus den Natur-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften gesammelt, koordiniert, ausgewertet, um der Menschheit zu helfen, die Gefahren, die sie in der Welt von morgen bedrohen, zu überwinden oder zumindest zu mindern" (Flechtheim 1988, 19).

- Interessant erscheint auch die von Peter H. Mettler entwickelte, wenig bekannte, ideologiekritische Methode der 'Retrognose'. Sie soll ermöglichen, sich den (angeblichen) Sachzwängen (und damit dem Interesse der Herrschenden) zu entziehen, indem alternative 'Zukünfte' in Form einer "Erkenntnisimagination einer zukünftigen Vergangenheit" (Mettler 1997, 323) entworfen werden. Mit Hilfe von Imagination, Kreativität und Spontanität werden Zustände in der Zukunft vorgestellt und in einem heuristischen Verfahren rückinterpoliert.

Mettlers Verfahren ist im Rahmen dieser Arbeit deshalb von Interesse, weil es eine große Nähe zu den *Szenarien* hat, die im folgenden (Kap. 2.2) geschildert werden sollen.

2.2 Szenariotechnik als neue Methode in den Sozialwissenschaften

In den vorangegangenen Kapiteln wurde deutlich, daß einerseits die Treffsicherheit von Wachstumsprognosen angesichts der Trendbrüche nicht immer gewährleistet ist, und es andererseits keinen umfassenden gesellschaftlichen Grundkonsens über die in den Prognosen als zwangsläufig dargestellte Zukunft mehr gibt. In dieser Situation, in der sowohl eine Unsicherheit über die Ziele der Planung als auch über deren Instrumente und Methoden vorherrscht, bedarf es neuer Methoden der Antizipation von möglichen zukünftigen Ereignissen, die angesichts der veränderten Rahmenbedingungen in der Lage sind, offenere Prämissen für die weitere Entwicklung zu formulieren und mit negativen Entwicklungspotentialen zu rechnen.

Die *Szenariotechnik*, die im Rahmen der Zukunftsforschung entwickelt wurde, erscheint als ein vielversprechender Ansatz in dieser Richtung.

Im folgenden sollen aus der Vielzahl von Ansätzen der Szenariotechnik einige maßgebliche dargestellt werden. Hierbei wird nur eine vorläufige Definition der Szenariotechnik gegeben, weil sich wissenschaftsgeschichtlich bis heute aus der Vielfalt von Ansätzen kein einheitliches Konzept entwickelt hat.

Die inflationäre Verwendung des Begriffs, der ein zukunftsoffenes, innovatives Image geben soll, macht es notwendig, diese Eingrenzungen zu treffen.

2.2.1 Darstellung der Szenariotechnik

Szenarien sind kein Mittel der Voraussage dessen, was so und nicht anders in der Zukunft eintreten wird. Vielmehr dienen sie der Exploration der Zukunft und dem Entwerfen von alternativen Zukunftsbildern. Es wird eine "mehr oder weniger breite Schneise in die Zukunft geschlagen, auf deren Fläche mehrere Entwicklungspfade verfolgt werden" (Stiens 1985, 1).

"Szenarios erlauben es uns, besser zu erkennen, was vermieden und was gefördert werden sollte, wann im Verlauf eines Entwicklungs-

prozesses 'Verzweigungen' auftreten und deshalb neue Entscheidungen und gegebenenfalls 'Gegensteuerungen' erforderlich werden" (Böhret 1977, 203).

Die Geschichte des Begriffs 'Szenario' (griech.: *skena* - Zelt, Hütte, Bühne; lat.: *scaena* - Schauplatz, Bühne) beginnt im Theater: Das Szenarium, die Szenenfolge eines Dramas, gibt eine Überblicksorientierung über dessen Handlungsablauf. Hierin werden die Angaben des Inspizienten über die Szenenfolge, das szenische Beiwerk, die erforderlichen Requisiten u.s.w. festgelegt. So wie im Theater die soziale Wirklichkeit simuliert werden kann, ist die Szenariotechnik (vgl. 'Duden': *Szenarium* - der künstlich geschaffene Rahmen, in dem sich etwas abspielt) eine Methode der systematischen Simulation möglicher Zukünfte in Bildern (vgl. Stiens 1983a, 3).

Die ersten Ansätze von Szenarien im Sinne einer Antizipation möglicher zukünftiger Ereignisse finden sich in der Militärgeschichte bei Clausewitz (1780 - 1831) und Moltke (1800 - 1891), ohne daß ausdrücklich von Szenarien die Rede ist.

Beiden ging es als hohen preußischen Offizieren und Militärtheoretikern in erster Linie darum, Strategien der Kriegsführung zu entwickeln, die das militärische Überleben und den Sieg über den Feind sichern sollten. In den von Clausewitz und Moltke formulierten Prinzipien der strategischen Planung wurde die Strategie als ein System von 'Aushilfen' verstanden, d.h., daß nur der Beginn eines Feldzuges genau geplant wurde, alle weiteren kurzfristigen Schritte (Taktik) im Verlauf der Schlacht beschlossen werden mußten (vgl. v. Riebnitz 1987, 11).

Wieder aufgenommen wurde dieser Ansatz von Herman Kahn, der als einer der ersten Zukunftsforscher von 'Szenarien' sprach: Er entwickelte für die amerikanische Regierung Szenarien, deren militärstrategischer Zweck es hauptsächlich war, die Militärs im Umgang mit ungewohnten Situationen zu trainieren.

Zusammen mit Anthony J. Wiener verfaßte Kahn das bekannte Werk 'Ihr werdet es erleben', in dem alternative Weltzukunftsmo-
delles (zu militärischen und politischen Themen) und ihre Abhängigkeit von der gegenwärtigen Politik aufgezeigt werden. "Auf diese Weise könnte eine gezielte Änderung der gegenwärtigen Politik zu einer wirklichen Umgestaltung der zukünftigen Welt führen" (Kahn/Wiener 1968, 17). Sinn des Verfahrens sollte es sein, die größere oder geringere Wahrscheinlichkeit des Eintretens bestimmter

erhoffter und gefürchteter Entwicklungen zu untersuchen, die eigenen Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Entwicklung zu prüfen, vor allem aber, sich überhaupt einen geordneten Eindruck von der Fülle der jeweils sich ergebenden Möglichkeiten und Perspektiven zu verschaffen.

"Wenn auch die Arbeit ... zum Teil scharf kritisiert wurde, so wird ihr doch der Verdienst zugesprochen, daß Diskussionen über Scenario-Writing in Gang kamen, Verbesserungen des methodischen Gerüsts stattfanden und schließlich diese Technik Eingang in die verschiedensten Forschungs- und Arbeitsgebiete fand" (Junker/ Zickwolff 1985, 4).

Erst Anfang der 70er Jahre wurde damit begonnen, Szenarien systematisch und methodisch zu entwickeln und sie in anderen (nicht militärischen) Bereichen anzuwenden.

Lovins gilt als der eigentliche Promoter der Methode. Er erläutert die Bedeutung des Begriffs 'Szenario' wie folgt:

"Eigentlich bezieht es (das Wort 'Szenario', d.V.) sich auf Darstellungen dessen, wie künftige Ereignisse sich entfalten ..., so daß Leser sich als Teilnehmer an den darin beschriebenen Ereignissen fühlen können. ... Sie (die Szenarien, d.V.) werden nicht durch von außen kommende Zahlen-Annahmen, sondern eher durch politische Zielsetzungen und gedankliche Modelle bestimmt, die wahrscheinlich für Regierende und ihre Wählerschaft maßgeblich sind. Der große Nutzen von Szenarien besteht darin, daß der Leser erkennen kann, welches am ehesten seinen eigenen Bewußtseinsstand widerspiegelt, seine Folgen zur Kenntnis nehmen und so ein besseres Verständnis für die Folgen der praktischen Entscheidungen entwickeln kann, die jeden Tag getroffen werden" (Lovins 1978, 122).

Im Lauf der 70er Jahre ist die Entwicklung der Szenariotechnik schnell vorangegangen. So verkündet Peter Knauer mit Genugtuung:

"Auf dem Gebiet der Zukunftsforschung tut sich etwas. Die Szenario-Methode, auch Szenario-Technik genannt, ist auf dem Vormarsch! ... Was will die Szenario-Methode? ... Man könnte sie als eine Methode zur Entwicklung von Ansätzen zum 'Spinnen' innerhalb halbwegs plausibler Entwicklungsbandbreiten ansehen" (Knauer 1978, 13).

Walter L. Bühl gibt eine ausführliche Definition der Szenariotechnik, betont ihre Möglichkeiten und warnt aber auch vor übertriebenen Erwartungen:

"Das wichtigste Instrument der Zukunftsforschung ist vielleicht die Erstellung von *Szenarien*, in denen verschiedene mögliche und wahrscheinliche Zukunftsentwicklungen nebeneinandergestellt und miteinander verglichen werden können. Der Zweck von Szenarien ist aber eigentlich nicht die Vorhersage, sondern es ist die Einstellung des Verhaltens, die Vorbereitung auf verschiedene Ereignisabläufe, denen zu gegebener Zeit mit den zur Verfügung stehenden oder bis dahin geschaffenen Mitteln zu begegnen ist. Die Zukunft ist und bleibt jedoch unbekannt. Die Illusion, daß die tatsächliche Entwicklung in einer Art Drehbuch vorweggenommen werden könnte, wäre ein gefährlicher Irrtum. Erst recht wäre die Festlegung auf ein einziges Szenario - und sei es auch noch so gut ausgearbeitet und noch so wahrscheinlich - ein Mißbrauch dieser Methode. Der Sinn der Konstruktion von Szenarien liegt gerade darin, *verschiedene* Zukunftsentwicklungen aufzuzeigen und die ganze Bandbreite der Möglichkeiten zu erfassen" (Bühl 1985, 214f).

Gerd Michelsen begründet die Vorteile der Anwendung der Szenariotechnik in bewußter Abgrenzung von den herkömmlichen Prognosemethoden. Dabei wird auf der einen Seite der politische Aspekt dieser Methode deutlich, auf der anderen Seite zeigt sich, daß diese Wahl nicht zwangsläufig die völlige Abkehr von einem quantifizierenden Vorgehen bedeuten muß:

"Ein Szenario faßt die Folgen möglicher politischer Entscheidungen, Maßnahmen und Ereignisse zusammen. Es bietet in sich schlüssige Zukunftsbilder und stellt sie, soweit es geht, auch in quantitativer Form dar. ... Szenarien bieten die Chance, zu einem sehr frühen Zeitpunkt auf denkbare Entwicklungen hinzuweisen und damit gewünschte wie unerwünschte Bilder von der Zukunft zu zeichnen. Sie eröffnen ebenso die Möglichkeit, Entwicklungen zu beeinflussen. ... Szenarien sind immer subjektiv. ... Szenarien berücksichtigen den stets interessen- und wertgebundenen Charakter der Vorhersage - im Gegensatz zu früheren Zukunftsprognosen, denen oftmals der Anschein naturgesetzlicher Bestimmtheit anhaftete. Die zunächst eher qualitative Beschreibung eines Szenarios läßt sich in einem weiteren Schritt - soweit wie möglich und erwünscht - in quantifizierende Prognosen umsetzen, ohne daß damit traditionelle Prognosen entstehen" (Michelsen 1988, 10f).

Arras betont den Wert der Szenarien, weil diese separierte Vorstellungen und Gedanken über die Quantifizierung hinaus wieder umfassend zusammenführen und sowohl sinnlich wie intellektuell nachvollziehbar machen. Er kritisiert Prognosen als analytisches Zerstückeln und Funktionalisieren von Zusammenhängen und definiert: "Szenarien (sind) keine Al-

alternativen zu Prognosen, sondern eine wesentliche Weiterentwicklung, um über die Enge der quantitativen Methoden hinauszukommen" (1985, 60). Dabei bleibt unklar, in welchem Verhältnis die qualitativen Darstellungen zu den Prognosen stehen sollen.

Auch Heik Afheldt fragt sich, ob Prognosen durch Szenarien ersetzt werden können:

"Szenarien ersetzen Prognosen nicht. Prognosen sind Teil von Szenarien, Szenarien machen Prognosen erst brauchbar. Prognosen sind notwendig, um Chancen und Risiken zu entdecken, sie sind nicht hinreichend, um unser Handeln zu bestimmen" (Afheldt 1982, 19).

Knauer gibt in einer Tabelle anhand von einigen ausgewählten Kriterien an, wie sich die Verfahrensweise der Szenariotechnik von der bekannter Prognoseverfahren unterscheidet:

Tabelle 2

	Bei den bekannten Prognoseverfahren überwiegt . . .	Bei Szenarien überwiegt . . .
Denkweise	. . . die lineare, ein- dimensionale, eindeu- tige, zwangsläufige Argumentation,	. . . die regelkreis- mäßige, mehrdimensio- nale, alternative, flexible Argumen- tation,
Gegenstand	. . . die Betrachtung isolierter Größen,	. . . die Betrachtung komplexer Systeme,
Vorgehensweise	. . . die Analyse von quantitativen Be- ziehungen, . . . die Beobachtung von Trends als Fort- schreibung der Ver- gangenheit durch mathematisch-funk- tionale Verfahren	. . . die Analyse von qualitativen Bezie- hungen, . . . die Beobachtung von Tendenzen und Tendenzänderungen aufgrund von System- zusammenhängen durch Aufbau nachvollzieh- barer Wirkungsketten
Zufall	. . . die pauschale Berücksichtigung des Zufalls als mathema- tisches Fehlerintervall,	. . . die explizite Berücksichtigung des Zufalls durch Analyse überraschender Ereig- nisse
Genauigkeit	. . . die mathematische (Schein-)Genauigkeit	. . . die Plausibilität nachvollziehbarer Argumentation

(Battelle-Institut 1977, zit. n. Knauer 1978, 15)

Allgemein wird die Szenariotechnik als qualitative, bildhafte Erfassung von zukünftigen Ereignissen verstanden. Wie Arras und Afheldt schlagen aber auch andere Autoren ein Vorgehen vor, "in dem qualitative und quantitative Elemente zu einem Gesamtkonzept vereinigt werden" (Kolb 1977, 22).

In der hier vorgelegten Arbeit werden Szenarien, wie bei den oben zitierten Autoren, als offene, alternative Zukunftsentwürfe verstanden, die helfen sollen, komplexe Zusammenhänge nachvollziehbar darzustellen und bewußteres Handeln zu ermöglichen. Die Stärke der Szenariotechnik liegt in der argumentativen Ermittlung von plausibel begründeter zukünftig wahrscheinlicher oder möglicher Situationen. Es wird eine umfassende Beschreibung ermöglicht, da entscheidende Faktoren (Werte, Normen, Verhaltensänderungen u.s.w.) mitbedacht werden können, die bei herkömmlichen Verfahren außerhalb des Ansatzes bleiben, da sie nicht datenmäßig belegbar und somit nicht quantifizierbar sind (vgl. Stiens 1983b, 2).

Ziel dieser qualitativen Methode ist es, eine Diskussion über die zukünftigen Entwicklungen zu ermöglichen. Dabei besteht keine Einigkeit darüber, welchen Stellenwert und Umfang die Diskussion bei der Erarbeitung der Szenarien haben soll: Einige AutorInnen sehen in der Anregung einer breiten, öffentlichen Diskussion z.B. von Planungsvorhaben die wichtigste Aufgabe der Szenarien.

Entgegen diesem Bemühen um eine Demokratisierung der Planung, werden in der von Schulz zur Wiesch (1985, 528) geschilderten Diskussion bei einem Seminar des 'Deutschen Instituts für Urbanistik' andere Positionen vertreten. Durch die "Warnung vor den Risiken einer vollen Transparenz der Szenariendiskussion im kommunalpolitischen Raum" wird deutlich, daß für manche Politiker lediglich eine verwaltungsinterne Diskussion erwünscht ist, oder daß die Szenarien gar als "persönliches Führungsinstrument" (ebd., 528) funktionalisiert werden sollen.

Nach dieser allgemeinen Vorstellung der Szenarien wird im nächsten Abschnitt eine methodische Bestimmung unternommen. Aus der Vielzahl der methodischen Anweisungen werden diejenigen herausgearbeitet, die allen Ansätzen gemein sind.

2.2.2 Methodische Konzeptionen der Szenariotechnik

Bis heute kann die Szenariotechnik nicht als methodisch ausgereift angesehen werden. Solange es aber nicht der Anspruch der Technik ist, zuverlässige Zukunftsvorhersagen zu treffen, sondern politische und gesellschaftliche Entscheidungen mit vorzubereiten, erscheint dieser methodische Mangel als verkraftbar. Die Tauglichkeit dieser integrativen Betrachtungsweise bemißt sich somit nicht in erster Linie aus der Treffsicherheit, sondern aus der Differenziertheit der Beschreibung sowohl alternativer Situationen in der Zukunft als insbesondere auch des Zusammenwirkens und der Auswirkungen nicht quantifizierbarer Randbedingungen. Im Gegensatz zu Prognosen, die ex post danach beurteilt werden, ob sie 'richtig' oder 'falsch' waren bzw. wie groß die Abweichung von der tatsächlich eingetretenen Größe war, müssen sich Szenarien dagegen an der Plausibilität ihrer Argumentation aus aktueller Sicht messen lassen. Dabei wird deutlich, daß von der Szenariotechnik zweierlei erwartet wird: "sie soll sowohl der Feststellung künftiger Problemdefinitionen dienen als auch zur Zielfindung oder -bildung beitragen" (Stiens 1977, 69). Darüber hinaus betonen andere

AutorInnen die zusätzlichen Möglichkeiten der Szenariotechnik, bei der Abwägung von Maßnahmen dienlich zu sein.

Segner (zit. n. Junker/ Zickwolff 1985, 13) formuliert folgende methodischen Anforderungen, denen die Szenarien nach seiner Auffassung genügen müssen:

- "- Arbeitsergebnis des Szenarios soll ein möglichst vollständiges Bild einer zu beschreibenden Situation sein.
- Neben verwendbaren quantitativen Aussagen müssen vor allem qualitative Aussagen Berücksichtigung finden.
- Ferner sollen Interdependenzen soweit als möglich dargestellt werden.
- Die Darstellung der Szenarien muß klar strukturiert und übersichtlich und der entsprechenden Zielgruppe angepaßt sein.
- Das Exaktheits- und Abstraktionsniveau ist ausgewogen zu halten. Unverbindliche 'Schwafelei' hat ebenso zu unterbleiben, wie eine zu große Verfeinerung der Methode, da überexakte Werte wegen ihrer Unsicherheit für den Entscheidungsträger irrelevant werden."

Für das Vorgehen beim Erstellen von Szenarien gibt es kein verbindliches Ablaufschema. Allerdings lassen sich zumindest drei Phasen herausarbeiten, die allgemein durchlaufen werden (vgl. Junker/ Zickwolff 1985, 14):

- die *Situationsanalyse* geht von den bestehenden Problemen und deren Bedingungen aus,
- in einem zweiten Schritt werden dann große *Annahmen* zur künftigen Entwicklung entworfen,
- die dann in der *Durchführungsphase* ausgearbeitet werden.

Konkretisierend sei hier auf die differenziertere Darstellung der Arbeitsschritte durch Knauer hingewiesen:

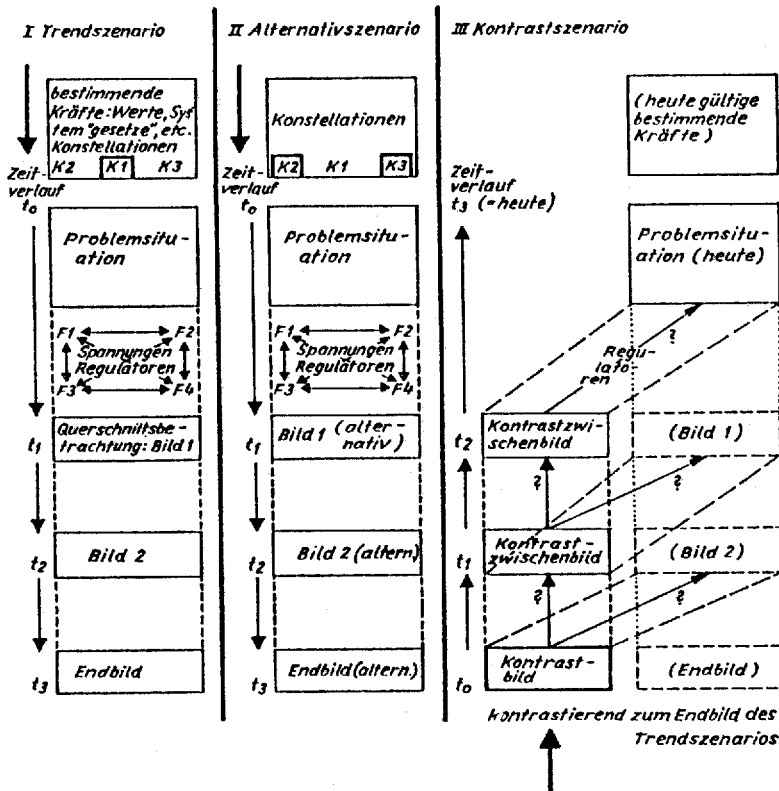
- "- Beschreibung der Ausgangssituation eines Systems oder Teilsystems
- Konstruktion eines Systemzusammenhangs (als Basistheorie)
- Definition und Analyse von Umfeldbereichen des Systems

- Konstruktion eines Systemzusammenhangs zwischen System und Umfeldbereichen
- Formulierung genereller Annahmen
- Definition spezieller Ergebnisse
- Prüfung und Analyse des dann eintretenden Systemzusammenhangs und schließlich
- verbale Beschreibung des gefundenen Zustandes (= Schreiben des oder der Szenarien)" (Knauer 1978, 13).

Knauer läßt dabei offen, ob ein oder mehrere Szenarien erstellt werden sollen. Um aber ein "Denken in Alternativen" (Stiens 1982, 578) zu fördern, erscheint es als notwendig und sinnvoll, daß mindestens zwei Szenarien erarbeitet werden.

Um unterschiedlichen Aufgabenstellungen gerecht zu werden, gibt es verschiedene Szenariotypen. Zunächst wird in *explorative* und *normative* Projektionen unterschieden. Dabei werden unter explorativen Projektionen solche Szenarien verstanden (Trend- und Alternativszenarien), die den hypothetischen künftigen Verlauf der Ereignisse von der Gegenwart bis zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft verfolgen, während bei normativen Szenarien (Kontrastszenarien) zunächst ein möglicher, erwünschter oder befürchteter Zustand in der Zukunft entworfen und in die Gegenwart zurückverfolgt wird, um so herauszuarbeiten, welche Schritte notwendig (oder zu vermeiden) wären, um den beschriebenen Zustand zu erreichen (oder zu verhindern).

In der Tabelle von Lienemann/ Unholzer (1975, 243) werden die Szenariotypen und die unterschiedlichen Vorgehensweisen dargestellt:



Die Szenarientypen im einzelnen (vgl. Junker/ Zickwolff 1985, Meise/ Volwahn 1980, Stiens 1977, Stiens 1982, Lienemann 1975):

- Das *Trendszenario* geht von der gegenwärtigen Entwicklung aus und verlängert sie in die Zukunft, womit nicht eine Fortschreibung im Sinne einer Trendprognose gemeint ist. Vielmehr sollen die Aussagen eines Trendszenarios inhaltlich viel komplexer ausfallen, die Identifizierung von Zusammenhängen und Wirkungsketten steht dabei im Vordergrund. Dabei besteht die Gefahr, daß Trendszenarios als bloßer Ersatz für die unsicher gewordenen Prognosen mißverstanden werden, oder daß herkömmliche Methoden weiter verfolgt und lediglich mit neuem Label etikettiert werden.

- Das *Alternativszenario* dient wie das Trendszenario der Projektion zukünftiger Entwicklungen, ausgehend von der gegenwärtigen Situation. Nur werden hier nicht die Konsequenzen einer unveränderten Weiterentwicklung erforscht, sondern es werden bewußt andere Ausgangssituationen angenommen. An die Stelle einer realen, gegenwärtigen Problemsituation und ihres 'offensichtlichen' Trends treten nun alternative Annahmen, z.B. über die Werthaltungen, die Entwicklung der Randbedingungen, die gesellschaftlich angestrebten Ziele. Die Gegenüberstellung mehrerer alternativer Entwicklungsmöglichkeiten kann bei der Konkretisierung der Zielvorstellungen helfen.
- Das *Kontrastszenario* geht als normatives Szenario im Gegensatz zum Trend- und Alternativszenario von einem vorgestellten Zustand in der Zukunft aus. Es kontrastiert einerseits die gegenwärtig gegebenen Strukturen und andererseits die möglichen Zukunftsbilder, die aus einem explorativen Szenario entwickelt werden könnten. In diese Szenarien gehen am deutlichsten Wünsche, Ängste, Zukunftshoffnungen und unterschiedliche Einstellungen und Werthaltungen ein. Nachdem das Endbild entworfen wurde, wird dann untersucht, wie die künftige Entwicklung verlaufen müßte, um diesen Zustand zu ermöglichen. Dieser Typ von Vorausschau (oder besser: Rückschau aus der Zukunft), der es ermöglicht, Korrekturen an Zielvorstellungen vorzunehmen, wird von Bruckmann (1979, 37) als Prognostik "nicht nur im Dienste der Machbarkeit, sondern im Dienste der Grenzen des Machbaren" verstanden.

Im Idealfall sollten bei der Erarbeitung von Szenarien alle drei Szenariotypen berücksichtigt werden. Das

"Trendszenario dient dann einem ersten Abtasten denkbarer Entwicklungsverläufe, das Alternativszenario anschließend der Beantwortung der Frage: Warum eigentlich nicht ganz anders? Das Kontrastszenario faßt schließlich bestimmte, z.B. wünschenswerte Aspekte des Endzustandes zusammen und trägt zur Klärung der Frage bei, wie dieser zu erreichen sei" (Meise/ Volwahn 1980, 268).

3. SZENARIEN ZUR STADTENTWICKLUNG

3.1 Fragen zur Auswertung der Szenarien

Bei der Untersuchung der Szenarien ist von Interesse, wie der behauptete Bruch des auf Wachstum basierenden städtischen Entwicklungsmodells wahrgenommen wird, welche Folgen für das städtische Leben erwartet, welche Reaktionen der kommunalen Politik und Planung diskutiert werden und ob in den Szenarien, als Reaktion auf die Polarisierungs- und Schrumpfungsprozesse, neue Perspektiven und Strategien kommunaler Politik entwickelt werden. Dabei gilt das Interesse den in den Szenarien entwickelten Vorstellungen und der Frage, ob in ihnen ein verändertes Bewußtsein über gesellschaftliche Problemlagen zum Ausdruck kommt und ob diese gesellschaftlichen Problemlagen adäquat begriffen werden. Die Fragestellung zielt nicht in erster Linie auf die konkreten Umsetzungsmöglichkeiten der in den Szenarien entwickelten Vorstellungen.

Frage 1: Problemdefinition der Stadtentwicklung

Wird in den Szenarien das Schrumpfen der Städte als dominantes Merkmal der zukünftigen Entwicklung verstanden oder lediglich als vorübergehender Trend, der über kurz oder lang von neuem Wachstum abgelöst wird?

Von der Beantwortung dieser Frage hängt es im wesentlichen ab, welche Strategien der Stadtpolitik vorgeschlagen und ob neue entwickelt werden. Wenn Schrumpfung als zeitlich begrenzte Erscheinung aufgefaßt wird, deren Umkehr in Wachstum absehbar ist und gewünscht wird, dann ist es wahrscheinlich und plausibel, daß Strategien des Durchhaltens, des Festhaltens an den klassischen Methoden der Stadtentwicklungspolitik verfolgt wurden. Wenn aber in den Szenarien davon ausgegangen wird, daß Schrumpfungprozesse auch langfristig in den meisten Städten vorherrschen, dann ist es möglich, daß aus dieser Erkenntnis heraus neue Ideen und Orientierungen diskutiert sowie alternative Ziele und Methoden formuliert werden.

Die inhaltliche Ausrichtung und Reichweite alternativer Strategien wird auch dadurch bestimmt, wie die veränderte Situation erklärt wird, was mit

Schrumpfen gemeint ist und welche Konsequenzen für die Städte erwartet werden. Welche sozialen, finanziellen und räumlichen Probleme sind mit dem Bevölkerungsrückgang und dem Verlust an Arbeitsplätzen verbunden?

Frage 2: Strategien der Stadtentwicklungspolitik

2.1. Reaktionen

2.1.1. Institutionelle Reaktionen

Welche institutionellen Reaktionen auf das Schrumpfen werden in den Szenarien diskutiert oder empfohlen?

Eine mögliche Reaktion betrifft die Organisation der planenden Verwaltung; neben den Stadtentwicklungsämtern beeinflussen andere gleichrangige kommunale Behörden, etwa die Kulturämter und die Wirtschaftsförderung, maßgeblich die Entwicklung der Stadt. Um die Ziele und Methoden der beteiligten Ressorts zu vereinheitlichen und widersprüchliche Effekte zu verhindern, könnte eine Neuverteilung der Kompetenzen innerhalb der Verwaltung und die Bildung einer interbehördlichen Arbeitsgruppe angestrebt werden.

Eine andere, nach außen gerichtete institutionelle Reaktion könnte die verstärkte Kooperation mit einflußreichen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen sein - eine Neuformulierung korporatistischer Politik also, die versucht, auch informelle Kanäle zu nutzen, um auf die veränderte Situation flexibel reagieren zu können. Wenn von der Stadt als "Unternehmen" (Dohnanyi, Haverkamp) geredet wird, dann wird deutlich, worauf eine solche Politik abzielt: Um in der Konkurrenz der Standorte um Zukunftsindustrien und einkommensstarke Bevölkerungsschichten die Nase vorn zu haben, sollen soziale Konflikte verdrängt, bürokratische Fesseln gelöst werden; um neue Wachstumsimpulse zu erzeugen, soll den Verwertungsbedingungen der umworbenen Unternehmen und den Wünschen der zahlungskräftigen Bevölkerungsgruppen Rechnung getragen werden.

Bei der Untersuchung der institutionellen Reaktionen kann auch deutlich werden, ob eine Demokratisierung der Planung, die über die üblichen Beteiligungsmodelle hinausgeht, angestrebt wird. Bisher wurde unter dem Schlagwort der 'Demokratie' in Planungsprozessen eher die 'Aushorchung' der Betroffenen durch Bürgerversammlungen praktiziert, um eine reibungslose Durchsetzung des bereits Beschlossenen zu gewährleisten. Wenn eine korporatistische Kommunalpolitik verfolgt wird, die häufig auch eine Deregulierung staatlicher Aufgaben beinhaltet - "mehr Markt, weniger Staat"

-, ist eine Demokratisierung im Sinne einer veränderten Machtverteilung zugunsten der Betroffenen unwahrscheinlich, weil dadurch die Ideologie des 'Wir ziehen alle an einem Strang' unterminiert werden könnte. Demgegenüber stehen innerorganisatorische Veränderungen in der Verwaltung und Demokratisierung der Planung nicht grundsätzlich im Widerspruch zueinander.

2.1.2. Methodische Reaktionen

Wie wird die Anwendung dieser Methode begründet, welche Szenarien werden entworfen und welche Ziele mit der Veröffentlichung verfolgt?

Die Erarbeitung von Szenarien könnte Folge der Planungsunsicherheit gerade der schrumpfenden Städte sein, wodurch ein neuer Planungstyp zum Ausdruck käme. Die Szenarien könnten aber auch als Instrument zur Effektivierung der Entwicklungsplanung aufgefaßt werden.

2.2. Perspektiven kommunalen Handelns

2.2.1. Rahmenbedingungen kommunalen Handelns

Werden die Rahmenbedingungen der Kommunen in den Szenarien thematisiert, und werden Veränderungen angestrebt und gefordert?

Wenn in den Szenarien die kommunale Politik und Planung als aktives, steuerndes Element der zukünftigen Entwicklung beschrieben wird, dann wäre es folgerichtig, eine Ausweitung des Handlungsspielraums anzustreben.

Eine solche Veränderung wäre in drei Dimensionen denkbar:

- Aufgrund der andauernden Finanzkrise der kommunalen Haushalte wären Forderungen nach einer Verbesserung der finanziellen Situation gegenüber dem Land oder dem Bund naheliegend.
- Forderungen nach einer Erweiterung der Planungskompetenzen, wozu Gesetzesänderungen auf zentralstaatlicher Ebene notwendig wären, könnten der Einsicht geschuldet sein, daß eine dezentralisierte Planung am ehesten den lokalen Bedingungen gerecht werden kann.
- In räumlicher Hinsicht könnte eine Ausweitung des Handlungsspielraums bedeuten, daß über die Grenzen der Kernstadt (die die Szenarien erstellt) hinaus die Region zum Bezugspunkt der Szenarien wird. Eine solche regionale Perspektive könnte dazu beitragen, die Planungen benachbarter Kommunen miteinander abzustimmen und Konkurrenz zwischen ihnen abzubauen.

2.2.2. Leitbild der Zukunft

Welche Problemlösungen werden in den Szenarien diskutiert, welche Ziele werden für die zukünftige Entwicklung der Stadt formuliert?

Problemlösungen sind zum einen auf der gesamtgesellschaftlichen, zum anderen auf der kommunalen Ebene denkbar:

So wie gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die von den Kommunen kaum beeinflußt werden können, das Schrumpfen der Städte bewirken, so könnten gegensätzliche Tendenzen vielleicht einen Ausweg aus der Krise aufzeigen. Wenn durch eine Zunahme der Geburtenrate der Bevölkerungsrückgang in absehbarer Zeit zumindest gestoppt werden könnte und, bedingt durch den Wertewandel, die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger sich in selbst geschaffenen sozialen Netzen helfen und ihre Ansprüche gegenüber der Kommune vielleicht sogar zurückstellen würden, dann wäre eine Wiedergewinnung des Wachstums möglich, ohne daß die Kommunen neue Denkansätze, Orientierungen und Praktiken entwickeln müßten.

Kommt die Lösung der Probleme aber nicht gleichsam von oben, dann sind Steuerungsaktivitäten der Kommunen unumgänglich. Die kommunale Politik könnte entweder versuchen, alle Bereiche der Stadtpolitik auf die Wiedergewinnung des Wachstums auszurichten oder aber das Schrumpfen akzeptieren und neue Ziele und Funktionen für die Zukunft der Stadt entwerfen.

Welche Politikmuster in den Szenarien verfolgt werden, wird anhand der Aussagen zu den folgenden Bereichen der Stadtpolitik untersucht:

- *Ökonomie*: Wird ausschließlich an der üblichen Politik der Wirtschaftsförderung, die auf die Ansiedlung neuer Betriebe und die Stärkung der bestehenden (endogenes Potential) abzielte, festgehalten, oder findet die Förderung von alternativen, selbstverwalteten Betrieben und Arbeitsformen Eingang in das Selbstverständnis kommunaler Wirtschaftspolitik?
- *Ökologie*: Wird die Notwendigkeit der Erhaltung und Regeneration der natürlichen Lebensgrundlagen anerkannt, oder wird der Umweltschutz als Teil einer auf Wachstum ausgerichteten Standortpolitik verstanden, der gegebenenfalls den vorrangigen ökonomischen Zielsetzungen geopfert werden muß?
- *Sozialpolitik*: Hat die Sozialpolitik die Aufgabe, Armut und Elend aus der Kernstadt zu verdrängen und soziale Konflikte möglichst zu isolieren, oder soll mit ihrer Hilfe versucht werden, Marginalisierungen zu

verhindern und die Lebensbedingungen auch der Armen in der Stadt erträglicher zu gestalten?

- *Kultur*: Soll die Kulturpolitik der Verbesserung der Möglichkeiten kultureller Betätigung der StadtbewohnerInnen dienen, oder zielt sie als Teil der Standortpolitik vorwiegend auf die Attraktivitätssteigerung der Stadt für kleine, finanzkräftige Schichten?
- *Raumstruktur*: Wird an der rigiden räumlichen Trennung von Wohnen und Arbeiten festgehalten, oder wird eine Mischung verschiedener Funktionen angestrebt? Wird am Idealbild der hochverdichteten Kernstadt festgehalten, oder wird die Entdichtung der Innenstadt als Chance zur Verbesserung der Wohnbedingungen gesehen? Schließlich: Werden Industriebrachen in Parks o.ä. umgewandelt oder für eine erhoffte Reindustrialisierung vorgehalten?

3.2 Vergleichende Auswertung der Szenarien

3.2.1 Von Städten erarbeitete Szenarien

"Vier Szenarien zum Flächennutzungs- und Landschaftsplan Darmstadt"

Hrsg.: Magistrat der Stadt Darmstadt, August 1986

zu Frage 1: Problemdefinition der Stadtentwicklung

Die "Vier Szenarien zum Flächennutzungs- und Landschaftsplan Darmstadt" sind im Zuge von dessen Neuerstellung entstanden, da nach Meinung des Magistrats die völlige Veränderung der Rahmenbedingungen die Fortschreibung des alten Plans aus dem Jahr 1960 sinnlos machte. Vielmehr sollen die Probleme der zukünftigen Entwicklung bedacht und neue Zielvorstellungen und Planungsgrundsätze erarbeitet werden. Dies war notwendig geworden, nachdem sämtliche auf der Grundlage des alten Flächennutzungs- und Landschaftsplans beschlossenen Bebauungspläne wegen einiger Verfahrensfehler hinfällig zu werden drohten. Daraus ergab sich die planungsrechtliche Notwendigkeit, einen neuen Flächennutzungs- und Landschaftsplan auszuarbeiten (vergl. Darmstädter Echo vom 16. 8. 1986).

Die vier Szenarien wurden erstellt, um in einer Zeit, in der es keinen durchgängigen Konsens über Wertvorstellungen mehr gibt, der komplexen planungspolitischen Situation besser entsprechen zu können. Das geschärfte Umweltbewußtsein und ein neuer Begriff von Lebensqualität auf der einen Seite, tradierte politische Vorstellungen und ökonomische Interessen auf der anderen Seite, kennzeichnen dabei die wichtigsten gesellschaftlichen Konfliktstoffe, die bei der Erarbeitung der Zielvorstellungen für den Flächennutzungs- und Landschaftsplan berücksichtigt werden mußten. Der Aspekt der Nutzung von Standorten wird dabei als Produkt gesellschaftlicher Wertvorstellungen verstanden, weshalb zunächst Ziele der Stadtentwicklung weit über den Rahmen der räumlichen Nutzung hinaus diskutiert werden. Daß sich die dann entwickelte Perspektive und die konkreten Handlungsanweisungen auf die räumliche Zukunft der Stadt beschränken, wird mit der Aufgabenstellung durch die Stadt erklärt.

Als Rahmenbedingung der weiteren Entwicklung der Stadt Darmstadt wird der Rückgang der Gesamtbevölkerung und ein größer werdendes Geburtendefizit ebenso erwartet, wie eine zunehmende Zahl kleiner Haushalte. Der Strukturwandel der Wirtschaft bedingt die Abnahme von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe und die Entstehung neuer Arbeitsplätze im tertiären Sektor, so daß mit einer konstanten oder nur gering abnehmenden Zahl von Beschäftigten zu rechnen ist. Die Situation der Stadt Darmstadt als Oberzentrum im Rhein-Main-Verdichtungsraum, in dem eine weitere Konzentration von Arbeitsplätzen und Bevölkerung erwartet wird, stellt sich in wirtschaftlicher Hinsicht positiv dar. Der Fortbestand der "modernen Industriegesellschaft" (S.5) und die Zukunft der Stadt Darmstadt als prosperierendes Oberzentrum sind nicht fraglich geworden. Aufgabe der Szenarien ist vorwiegend die Abwägung der Funktionen der Stadt (Wohn- und Gewerbefunktion, Umweltschutz) und deren Auswirkungen für den Zeitraum bis etwa zur Jahrtausendwende.

Für Darmstadt ist das Wachstum nicht in Frage gestellt. Vielmehr werden hier die durch dieses Wachstum entstehenden Probleme (Umweltverschmutzung, Flächenverbrauch, Verkehrsaufkommen, u.s.w.) thematisiert.

zu Frage 2: Strategien der Stadtentwicklungspolitik

2.1. Reaktionen

zu 2.1.1. Institutionelle Reaktionen

Für Darmstadt hat eine Arbeitsgruppe im Stadtplanungsamt die Szenarien verfaßt.

Eine institutionelle Reaktion im Sinne einer Veränderung innerhalb der planenden Verwaltung wird nicht vorgeschlagen. Dies ergibt sich zunächst aus der Problemsicht, in der die klassische Stadtentwicklungspolitik nicht fraglich geworden ist und somit keine Veränderungen in der planenden Verwaltung nahe legt. Darüber hinaus beschränken sich die Szenarien auf das Aufzeigen von Alternativen für die Erstellung des Flächennutzungs- und Landschaftsplans, also einen verwaltungsinternen Schritt, der wiederum die Umstrukturierung der Verwaltung nicht zum Thema macht.

zu 2.1.2. Methodische Reaktion

Die Anwendung der Szenariotechnik soll helfen, für die Neuerstellung des Flächennutzungs- und Landschaftsplans "widerspruchsfreie Zielvorgaben"

(S.3) zu gewinnen. Die alten Vorstellungen sind fraglich geworden, da es keine Übereinstimmung mehr darüber gibt, daß Wachstum in all seinen Aspekten das angestrebte Ziel für die Stadtentwicklung sei und der Flächennutzungsplan lediglich diese Wachstumsprozesse noch kanalisieren müsse (vgl. S.1). Angesichts des Zerbrechens dieses Grundkonsenses müssen neue Wertvorstellungen erörtert werden. Hierfür gibt der Magistrat einen klaren Rahmen vor, in dem Grundsätze genannt werden (so etwa optimistische Auffassung von Lebensqualität, Fortbestand der Industriegesellschaft, pluralistische politische Leitvorstellungen), die bei der Formulierung der Szenarien einzuhalten waren (vgl. S.5).

Dabei sollen die Szenarien zur Klärung der eigenen Positionen dienen. Sie entsprechen mit der Möglichkeit der bildhaften Darstellung am ehesten der "komplexen planungspolitischen Situation" (S.1). Im Gegensatz zu den quantitativen Prognosen werden qualitative Beschreibungen vorgenommen, die es ermöglichen, planungspolitische Hintergründe und alternative Wertvorstellungen zu verdeutlichen. Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen den äußeren Rahmenbedingungen und dem kommunalen Handeln können aufgezeigt werden. Darüber hinaus dienen die Szenarien nicht nur der Verdeutlichung von Entwicklungsrichtungen städtischer Planung, sondern sie machen es auch möglich, die notwendigen Maßnahmen und Folgen im Vorhinein zu thematisieren. So könnte das Aufzeigen von Alternativen der gerne behaupteten Eindeutigkeit entgegenwirken und ressortbegrenztes Denken auflösen (vgl. S.4).

Mit Hilfe der Szenariotechnik soll in der Absicht der Arbeitsgruppe, die die Szenarien erstellt hat, der Handlungs- und Entscheidungsspielraum kommunaler Politik diskutierbar gemacht werden (vgl. S.4). Die Zukunft der Stadt wird in vier Szenarien vorgestellt:

- In Szenario 1 "*Vorrang Schutz der Umwelt*" ist die Erhaltung und Verbesserung der Umweltqualität und somit der städtischen Lebensqualität die vorrangige Zielsetzung, an der sich alle weiteren Maßnahmen orientieren.
- In Szenario 2 "*Schutz der Umwelt und Ausbau der Wohnfunktion*" soll bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt die Wohnfunktion ausgeweitet und die Wohnqualität in der Stadt Darmstadt verbessert werden.
- In Szenario 3 "*Stärkung der Gewerbe- und Wohnfunktion*" treten die ökologischen Zielsetzungen hinter dem Interesse, die Stadt als Gewerbe- und Wohnstandort auszubauen, zurück.

- Dahingegen werden in Szenario 4 "*Vorrang Wirtschaftswachstum*" bei einer uneingeschränkten Förderung des Gewerbes Umweltschäden und der daraus resultierende Verlust an EinwohnerInnen in Kauf genommen.

Da sich der Magistrat auf keines der ausgearbeiteten Szenarien als verbindliche Richtlinie einigen konnte, wurde als Zielvorstellung ein Kompromiß erarbeitet, der die ökologischen Elemente des zweiten Szenarios mit den baulichen und wirtschaftlichen Perspektiven des dritten Szenarios zu einem Modell des maßvollen Wachstums ohne negative Folgekosten für die Umwelt verbinden sollte.

2.2. Perspektiven kommunalen Handelns

zu 2.2.1. Rahmenbedingungen kommunalen Handelns

In den vier Szenarien zum Flächennutzungs- und Landschaftsplan der Stadt Darmstadt wird der Handlungsspielraum kommunaler Politik nicht über seine gegebenen Grenzen gedacht. Dies erklärt sich sowohl aus den insgesamt als positiv eingeschätzten Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt als auch aus der eingegrenzten Perspektive der Szenarien, die sich daraus ergibt, daß nur Alternativen für die Erstellung des Flächennutzungs- und Landschaftsplans erarbeitet werden.

In jedem Szenario werden die Auswirkungen der Flächenpolitik auf die Einwohnerzahl und -struktur und somit das Einkommensteueraufkommen und auf die Gewerbeentwicklung und somit die Gewerbesteuerereinnahmen berücksichtigt. Diese Abwägungen beeinflussten später den Magistrat nicht unerheblich bei der Entscheidung für die Formulierung der eigenen Zielvorstellungen, aber die Forderung nach Veränderung der Rahmenbedingungen der finanziellen Situation der Stadt wird nicht gestellt.

In den Vorbemerkungen wird betont, daß in den Szenarien Zielvorstellungen erarbeitet werden, die sich auf der Ebene der regionalplanerischen und übergeordneten Zielvorgaben bewegen. Die einzelnen Szenarien argumentieren aber weitgehend aus der Perspektive der Bedürfnisse der Kernstadt, die nach den verschiedenen Zielsetzungen der einzelnen Szenarien gestärkt werden soll, während allein das sehr hohe Pendleraufkommen in Darmstadt und die damit verbundenen Probleme eine Absprache mit den Umlandgemeinden als notwendig erscheinen lassen.

zu 2.2.2. Leitbild der Zukunft

Zentrales Thema der Darmstädter Szenarien ist die Entwicklung der Umweltsituation.

Obwohl deren Verschlechterung gesamtgesellschaftlich verursacht ist, wird davon ausgegangen, daß die Handlungsmöglichkeiten der Stadt Darmstadt ausreichen, um die Umweltsituation in einem relevanten Ausmaß zu beeinflussen.

Das Leitbild für die zukünftige Entwicklung orientiert sich an einem möglichen Ausgleich des Schutzes der Umwelt und dem gleichzeitigen Ausbau der Gewerbe- und Wohnfunktion. Undiskutiert bleiben dabei die vom Magistrat gemachten Vorgaben des Erhalts der Wirtschafts- und Steuerkraft, der Wachstumsvorstellungen sowie das Festhalten an der üblichen Ansiedlungspolitik.

Ökonomie: Es wird nur erörtert, in welchem Maße die übliche Ansiedlungspolitik (Flächenausweisung) betrieben wird. Mögliche Alternativen kommen nicht zur Sprache.

Ökologie: Die Erkenntnis, daß die Erhaltung und Wiederherstellung der Umweltqualität ein zentrales Problem für die weitere Entwicklung der Stadt Darmstadt ist, war Ausgangspunkt für das Erstellen der Szenarien. Die Forderungen nach Umweltschutz nehmen von Szenario 1 - 4 kontinuierlich ab. In dem Kompromißvorschlag des Magistrats wird zwar die Notwendigkeit, die Umweltqualität zu verbessern, betont, viele der anderen Zielsetzungen (neue Wohngebiete, Verdichtung, neue Gewerbegebiete, keine restriktive Verkehrspolitik, u.s.w.) widersprechen diesem Vorsatz aber deutlich, woraus erkenntlich wird, daß diese Maßnahmen vorwiegend im Sinne der Attraktivitätssteigerung der Stadt als Wohnstandort funktionalisiert werden sollen.

Sozialpolitik: Maßnahmen der Sozialpolitik werden nicht direkt thematisiert. Erwähnt werden mögliche negative Folgen der Flächenpolitik. So wird z.B. in Szenario 1 ein sozialer Verdrängungsprozeß befürchtet, weil der wenige hochwertige Wohnraum in der Stadt den einkommensstarken Haushalten vorbehalten bliebe, während die einkommensschwächeren Haushalte in die stärker belasteten Umlandgemeinden abgedrängt würden. Ebenso drohen in Szenario 4 in den stark belasteten und verdichteten Gebieten Segregationsprozesse, da nur solche Haushalte in der Stadt zurückbleiben, die sich das gesündere Wohnen im Umland nicht leisten können.

Kultur: Auch kulturelle Maßnahmen werden nicht angesprochen. Bei der Steigerung der Wohnqualität von Darmstadt z.B. im ersten Szenario wird aber erwähnt, daß der Ausbau des kulturellen Programms diesen Effekt noch verstärken könnte. Dabei ist Kultur nur im Sinne der Verbesserung der Standortqualitäten der Stadt Darmstadt im Zuge der interkommunalen Konkurrenz um EinwohnerInnen und Gewerbe zu verstehen.

Raumstruktur: In den vom Magistrat formulierten Zielvorstellungen sollen die räumlichen Funktionen der Stadt Darmstadt erhalten und ausgebaut werden. Dies bedeutet eine Erhöhung des Wohnungsbestandes durch Verdichtung und Ausweisung neuer Flächen, die Nutzung von Flächenreserven und Neuerschließungen für das Gewerbe, eine Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und den Ausbau der Verkehrswege für den motorisierten Individualverkehr. Darüber hinaus soll versucht werden, mit Grünflächen innerhalb der Stadt und durch Begrünung der Gewerbegebiete die Wohnqualität, das Klima und die Erholungsmöglichkeiten in der Stadt zu verbessern.

"Mannheim 2000 - Szenarien der künftigen Entwicklung"

Arbeitsgruppe des Planungsbeirates der Stadt Mannheim, 1985

zu Frage 1: Problemdefinition der Stadtentwicklung

Mit dem Titel des Trendszenarios - "*Suburbanisierungsszenarium*" - wird die Problemwahrnehmung charakterisiert. Dargestellt wird in dieser "reale(n) Vision" (S.83) ein Schrumpfungsprozeß mit größeren Verlusten an EinwohnerInnen und Arbeitsplätzen als in den sozialstrukturellen Rahmenbedingungen, die den Mannheimer Szenarien vorangestellt sind, angenommen. Die Auswirkungen der neuen Technologie und das Bedürfnis nach Wohnen im Grünen haben für die Stadt negative Folgen.

Die Entwicklung und Anwendung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien werden als industrielle Revolution aufgefaßt, deren Auswirkungen mit der des 19. Jahrhunderts verglichen werden. Im "Automatenzeitalter" werden alle Lebensbereiche von den neuen Technologien erfaßt und verändert. "Die Verhaltensweisen werden sich wiederum ändern müssen, der Wertekanon ist wiederum neu zu definieren" (S.85).

Große Industriebetriebe werden v.a. bei Betriebsverlagerungen und -neugründungen das Dezentralisierungspotential der neuen Technologien nutzen und zu Lasten der städtischen Arbeitsplätze räumlich dezentriert produzieren. Mit dem Ausbau des Telekommunikationsnetzes verliert der zentrale Standort Stadt auch für die Dienstleistungsunternehmen an Bedeutung, da Telefon und Bildschirm den Weg zur Bank oder Versicherung weitgehend ersetzen. Und auch die Einkaufsstadt verliert ihre Funktion:

"Wenn der Gang zum Geschäft entfällt, weil der Kaufvorgang durch Fernübertragung des aktuellen Angebots, Fernauswahl, Fernbestellung und Auslieferung der Waren erfolgt, gibt es auch die Ladengruppe als städtische Funktionsgröße nicht mehr." (S.94)

Die Abwanderung der BewohnerInnen komplettiert das Bild der "Stadtfluchtelle" (S.92). Die teilweise Rückverlagerung der Arbeitsplätze in die Wohnungen und die zunehmende Freizeit durch Arbeitszeitverkürzungen erhöhen die Bedeutung des Wohnungsstandortes. Die wachsenden Bedürfnisse nach Heimwerker- und Gartenarbeit, einer sauberen Umwelt und großflächigen Siedlungen sind in der Stadt kaum zu befriedigen und begründen den "Exodus" (S.91) in das Umland. "Jeder Stadtflüchtling verursacht der Stadtkasse einen Verlust von 1.500 DM, die Städte schrumpfen sich krank." (S.87) Der Verlust von 35.000 Arbeitsplätzen und 48.000

EinwohnerInnen von 1980 bis 2000 werden unter diesen Bedingungen für Mannheim erwartet.

Zwar ist der Siedlungsdruck wesentlich geringer als im "Urbanisierungsszenarium", gleichwohl nimmt der Flächenverbrauch noch um ca acht Prozent zu, da wegen der geringeren Haushaltsgrößen der Wohnungsbau intensiviert werden muß. Für das Umland besteht die Gefahr der Zersiedelung, wodurch die Attraktivität des Wohnens im Grünen langfristig gemindert wird.

In der Innenstadt zurückbleiben werden diejenigen, die sich einen Umzug nicht leisten können: die Armen, die Alten und die AusländerInnen. Zunehmende Segregation und wachsende soziale Probleme sind die Folge: auf der einen Seite hochwertige Wohnsiedlungen im Umland, auf der anderen Ausländerghettos und verslumte Arbeitersiedlungen in der Stadt. Langfristig könnte die Disurbanisierung der Suburbanisierung folgen, die Stadt würde zur "City ohne Bürger" (S.92), die mit Identitätsverlusten rechnen muß.

zu Frage 2: Strategien der Stadtentwicklungspolitik

2.1. Reaktionen

zu 2.1.1. Institutionelle Reaktionen

Die Szenarien "Mannheim 2000" wurden von einer Arbeitsgruppe des Planungsbeirates der Stadt erarbeitet. An dieser Arbeitsgruppe waren Beschäftigte verschiedener städtischer Ämter (Stadtplanung, Stadtentwicklung und Statistik, Wirtschaftsförderung, Wohnungswesen, Beauftragter für ausländische Einwohner), zwei Stadträte und WissenschaftlerInnen verschiedener Fachrichtungen (Soziologie, Regionalplanung, Städtebau) beteiligt.

Institutionelle Reaktionen im Sinne unserer Fragestellung werden nicht diskutiert oder empfohlen. Im "Suburbanisierungsszenarium" werden lediglich einmal Bestrebungen zur "Entbürokratisierung" (S.57) erwähnt, die als Reaktion auf die wachsenden Aufgaben des Staates im Umweltschutz, Datenschutz etc. entstehen; diese Bestrebungen werden jedoch nicht weiter ausgeführt, sondern nur als eine Tendenz konstatiert, ohne daß dabei deutlich wird, von welchen gesellschaftlichen Gruppen solche Forderungen ausgehen.

zu 2.1.2. Methodische Reaktion

Die Erarbeitung der Szenarien ist auch Folge der Planungsunsicherheit angesichts der sich wandelnden Bedingungen in technischer, wirtschaftlicher

und rechtlicher Hinsicht. So mußte der Flächennutzungsplan der Stadt, der 1983 verabschiedet worden war, schon nach kurzer Zeit revidiert werden. Inhaltlicher Schwerpunkt der Szenarien ist zwar die bauliche und räumliche Entwicklung der Stadt angestrebt, wird jedoch eine "ganzheitliche Betrachtung" (S.13) mit dem Ziel, "denkbare und mögliche künftige Entwicklungen nicht nur in abstrakten Zahlen, sondern in ihren Auswirkungen auf die allgemeinen Lebensverhältnisse möglichst komplex und konkret zu veranschaulichen" (S.13). Dadurch soll eine Grundlage für die politische Diskussion über die Zukunft der Stadt ermöglicht werden, die auch für Nicht-Fachleute verständlich ist.

Den beiden Hauptszenarien sind sozialstrukturelle und räumliche Rahmenbedingungen vorangestellt, in denen die Eckdaten der zukünftigen Entwicklung benannt werden.

- Das "*Suburbanisierungsszenarium*" ist ein Trendszenario, in dem aufgezeigt werden soll, welche Zukunft der Stadt zu erwarten ist, wenn sich nicht Entscheidendes in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ändert.
- Das "*Urbanisierungsszenarium*" ist ein normatives Kontrastszenario, in dem die AutorenInnen ihr Wunschbild der zukünftigen Stadtentwicklung unter den gegebenen Rahmenbedingungen darstellen.

Nach diesen Hauptszenarien wird in der Form eines Exkurses ein "*Armutsszenarium*" skizziert, das nicht auf den vorangestellten Rahmenbedingungen basiert, sondern katastrophale Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich voraussetzt. Im Schlußkapitel des Werkes werden Empfehlungen zur zukünftigen Stadtpolitik gegeben, die sich auf die Flächennutzung in den Stadtteilen beziehen.

2.2. Perspektiven kommunalen Handelns

zu 2.2.1. Rahmenbedingungen kommunalen Handelns

Obwohl im "*Suburbanisierungsszenarium*" die negativen Folgen der Abwanderung von Betrieben und BewohnerInnen für den kommunalen Haushalt beschrieben werden ("die Städte schrumpfen sich krank"), wird die Finanzpolitik nicht thematisiert. "Eine wesentliche Veränderung der kommunalen Finanzen wird in den Szenarien nicht unterstellt." (S.52)

Der Verlust von "Kompetenzen und Entscheidungsfreiheiten" (S.56) wird in den sozialstrukturellen Rahmenbedingungen zwar bedauert, aber eine Umkehrung dieser Entwicklung wird als "unwahrscheinlich" (S.56) einge-

stuft und auch nicht explizit gefordert, obwohl eine Sympathie für die Dezentralisierung politischer Entscheidungen unverkennbar ist.

Der Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden und insbesondere der Nachbarstadt Ludwigshafen wird große Bedeutung zugeschrieben. Durch eine Koordinierung der Planungen soll der Zersiedlung des Umlands ein Riegel vorgeschoben werden, so daß es als Naherholungsraum "neue Attraktivität" (S.110) gewinnen kann. Die "peinliche Konkurrenz" (S.111) mit Ludwigshafen soll durch eine Aufgabenverteilung zwischen den beiden Städten überwunden werden, wobei Mannheim das "geschäftliche und infrastrukturelle Oberzentrum" (S.111) werden soll, während Ludwigshafen der Part des "interessanten, verdichteten Wohnstadtteil(s) mit kulturellen und Naherholungsfunktionen" (S.111) zukommt. Durch die sehr weitgehenden gemeinsamen Planungen im ökonomischen, kulturellen und stadtgestalterischen Bereich soll die Attraktivität der Region insgesamt gesteigert werden. Die besondere Bedeutung dieser regionalen Perspektive, die allerdings mit einer Stärkung von "Mannheim-City" (S.111) verknüpft ist, wird dadurch veranschaulicht, daß 1995 eine Bürgerkampagne die Vereinigung der Städte Mannheim und Ludwigshafen zur "Rheinstadt" anstrebt.

zu 2.2.2. Leitbild der Zukunft

Zentrales Thema der Mannheimer Szenarien ist die Stärkung der Kernstadtfunktion.

Es wird explizit ein Leitbild empfohlen, das für die Stadtentwicklungspolitik richtungsweisend sein soll: "Mannheim als 'moderne Stadt des Verkehrs, Handels und der Industrie, in der man gutes Geld verdienen und gut leben kann', als 'Industriestadt im Wandel'" (S.151).

In dem von den AutorenInnen favorisierten "*Urbanisierungsszenarium*" wird die weitgehende Verwirklichung dieses Leitbildes beschrieben. Als wichtigste Voraussetzung dafür, daß diese "unwahrscheinliche, aber ... vielleicht doch denkbare Entwicklung" (S.103) Realität wird, gelten dabei "veränderte Werthaltungen" (S.103).

Ökonomie: Obwohl eine relativ günstige Wirtschaftsentwicklung unterstellt wird, wird mit einer andauernden Arbeitslosigkeit gerechnet. Die Überlegungen zur Wirtschaftspolitik konzentrieren sich auf die Frage, wie es gelingen kann, Dienstleistungs- und Industriebetriebe in der Stadt zu halten bzw. anzusiedeln. Günstige IC-Verbindungen (z.B. nach Paris) und die

verkehrsmäßige Anbindung an den Frankfurter Flughafen sollen der Stadt "überregionale Standortvorteile" (S.105) sichern.

Es wird zwar auf die Wachstumsbranchen gehofft - z.B. auf die Ansiedlung eines Betriebes von Nixdorf -, zentral erscheint jedoch der Ausbau der Dienstleistungen, weil dadurch auch dem Ziel der Attraktivitätssteigerung der Innenstadt eher entsprochen werden kann. Vorbildfunktion haben dabei Frankfurt und Stuttgart: "Die Stadt ist auf dem Wege, sich zwischen Frankfurt (Banken) und Stuttgart (Staatsverwaltung, Dienstleistungen, Industrie) als weiterer Schwerpunkt zu stabilisieren" (S.105).

Neben den klassischen Industrien, die in der Stadt gehalten werden sollen, werden Aktivitäten der Schattenwirtschaft durchaus wohlwollend registriert, da in diesem Bereich auch Arbeitsplätze geschaffen werden und weil gerade alternative Betriebe auf ein städtisches Umfeld angewiesen sind. Darüber hinaus könnten alternative Klein- und Mittelbetriebe die Büroetagen nutzen, die von Großbetrieben geräumt werden.

Ökologie: Durch die Reduktion der Umweltbelastungen soll die Wohnqualität der Stadt verbessert und zusätzlich die Attraktivität des Umlands als Naherholungsgebiet gesteigert werden. Aufgrund der städtischen Situation, die durch die Zurückdrängung innerstädtischer Freiflächen und das weitgehende Fehlen größerer Parkanlagen gekennzeichnet ist, wird ein "Ausgleichsprinzip" empfohlen. Dieses beinhaltet eine Sanierung von belasteten Freiflächen durch Maßnahmen wie Entsiegelung, Baublockentkernung, Ödlandbegrünung, Ersatzpflanzungen und teilweise Rückbau bebauter Flächen. Eine rasche Verwirklichung dieser Maßnahmen würde das Bild der Stadt bis 2000 weitgehend verändern: "Man wohnt selbst in der Stadt wie im Garten" (S.114).

Dem Ausbau des ÖPNV, der Fahrrad- und Fußwege wird aus gesamtgesellschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Gründen gegenüber dem "System Auto/Straße" (S.112) Priorität eingeräumt.

Der Umweltschutz gilt als eines der "wichtigsten kommunalpolitischen Ziele" (S.149).

Sozialpolitik: Durch den Ausbau und die Einrichtung neuer sozialer Dienstleistungen soll die Attraktivität des Zentrums erhöht werden. Zwar wird allgemein eine "sozialpolitisch engagierte Stadt" (S.106) postuliert, aber im sozialen Bereich wird auf die "sozialen Netze" gesetzt, die "weitgehend von den Bürgern selbst getragen (werden)" (S.119). Die Sozialpolitik zielt auf die Begrenzung von Konflikten auf einzelne Stadtteile, um die Attraktivität der Gesamtstadt nicht zu gefährden.

Auch bei der hochwertigen sozialen Infrastruktur und renovierungsbedürftigen Mietwohnungen wird auf die Selbsthilfe gesetzt: dadurch könnten Kindergärten und Bürgerhäuser, die für finanzschwache Städte nicht mehr finanzierbar sind, erhalten und Modernisierungen mit bescheidenem Standard realisiert werden.

Kultur: Einer umfassenden Stadtkultur wird eine zentrale Bedeutung für die Urbanität und Attraktivität der Stadt zugeschrieben.

Die Veränderung des Arbeitslebens - kürzere Arbeitszeiten, mehr Teilzeitarbeit, Arbeitslosigkeit - führen dazu, daß die Stadt zum "Hauptbezugspunkt mitmenschlicher Kontakte und (des) gesellschaftlichen Lebens" (S.117) wird. Die Menschen suchen den "Kontrast zum computerisierten und medialisierten Berufsalltag" (S.120) und sehen ihre Erwartungen eher in der Stadt als in den Umlandgemeinden erfüllt. Stadtteilstiftungen, Bürgerinitiativen, ein blühendes Kulturleben sollen ebenso zum neuen "Stadtbewußtsein" beitragen wie städtische Rundfunk- und Fernsehprogramme und "reich ausgestattete Kulturbauten, Museen etc." (S.120). Auch hier wird große Hoffnung in die Eigentätigkeit der BewohnerInnen gesetzt; durch Freiplätze, Fußgängerzonen etc. soll den Kulturinitiativen der notwendige Raum in der Stadt geschaffen werden.

Raumstruktur: Im "Urbanisierungsszenarium" wird mit einer erheblichen Zunahme des Flächenbedarfs gerechnet. Die Flächennutzung und -planung ist problematisch, da in Mannheim schon jetzt kaum noch Flächenreserven zur Verfügung stehen.

Es wird an dem Bild einer hochverdichteten Stadt festgehalten, die v.a. durch kulturelle Initiativen und ökologische Ausgleichsmaßnahmen attraktiver werden soll. Dabei wird davon ausgegangen, daß ungünstig erreichbare Wohnlagen zunehmend abgelehnt werden, daß Gemengelagen stabilisiert werden sollten und die Anziehung der Stadtteile davon abhängig ist, wie sehr es ihnen gelingt, sich in ihrem urbanen Charakter der City anzugleichen. In der Innenstadt gilt es insbesondere, hochwertige Freiflächen zu schaffen bzw. zu erhalten, Baulücken zu schließen und eventuell leerfallende Bürohäuser einer neuen Nutzung zuzuführen.

Bei allen Planungen sollte darauf geachtet werden, Dispositionsspielräume offenzuhalten, damit für noch nicht absehbare Entwicklungen Entscheidungsfreiheiten verbleiben.

"Solingen um die Jahrtausendwende"

Hrsg.: Der Oberstadtdirektor der Stadt Solingen, Mai 1986

zu Frage 1: Problemdefinition der Stadtentwicklung

Die dominante Problemwahrnehmung der Stadt Solingen ist die Unsicherheit in der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung und das Fehlen von konsensfähigen Konzepten für die Zukunft. In "Solingen um die Jahrtausendwende" erkennt der Rat der Stadt, daß angesichts der veränderten Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung ein generelles Umdenken für die städtische Planung notwendig geworden ist. Als die entscheidenden Problemfelder werden die auf hohem Niveau stagnierenden Arbeitslosenzahlen, der schon zu beobachtende und der prognostizierte Bevölkerungsrückgang sowie die daraus resultierenden sozialen, ökonomischen und städtebaulichen Probleme und das kommunale Haushaltsdefizit identifiziert (vgl. S.6).

Voraussetzung aller Solinger Szenarien sind sogenannte Präsenzarien, in denen gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Dabei orientiert sich das Szenario C "Wertewandel" an der Modellrechnung der Trendvariante, so daß sich hier die am ehesten zu erwartende Entwicklung ablesen läßt. Grundannahme aller Szenarien und die Voraussetzung für deren Bewertung ist die Annahme der Dauerhaftigkeit der Schrumpfungprozesse auf unabsehbare Zeit.

Sterbeüberschuß, Geburtendefizit und Wanderungsverluste verursachen stark sinkende EinwohnerInnenzahlen, wodurch gravierende Verschiebungen in der Altersstruktur mit entscheidenden Konsequenzen für die Infrastruktur bedingt werden. Der Rückgang der Arbeitsplätze ist nicht nur im produzierenden Gewerbe, sondern auch im Dienstleistungssektor spürbar. Nur ein Anschluß an den für die Solinger Kleinbetriebe kaum zu finanzierenden technologischen Erneuerungsprozeß könnte die Solinger Wirtschaft langfristig konkurrenzfähig halten, was zur Folge hätte, daß unter den Bedingungen von Rationalisierungsmaßnahmen selbst wirtschaftlicher Erfolg fortschreitende Schrumpfungprozesse für den Arbeitsmarkt bedingen würde.

Aber nicht nur wirtschaftliche Probleme, sondern auch deren soziale Folgen, die notwendige Kürzung des städtischen Leistungsangebots aufgrund des Haushaltsdefizits, die Ausgrenzung von sozial Benachteiligten und die drohende Herausbildung von Slums kennzeichnen die Situation der Stadt. Im

Falle einer dauerhaften, langanhaltenden Krise, wie sie im Szenario B und teilweise auch im Szenario C für möglich gehalten wird, wäre eine Reduzierung der Personalkosten und somit Entlassungen in der Stadtverwaltung unumgänglich. Von solchen Maßnahmen wären dann auch die sozialen Dienste und der Umweltbereich betroffen, deren Aufgaben aber stetig zunehmen. Hinzu kommt der Wandel der Einstellung der BürgerInnen gegenüber materiellen Werten, so daß unbegrenztes Wachstum für die Stadt Solingen nicht mehr erreichbar, aber auch nicht mehr anstrebenswert zu sein scheint. Die individuelle Einstellung der BewohnerInnen gegenüber Wachstum, Technologie, beruflicher Leistung und den Institutionen von Staat und Gesellschaft ändern sich so grundlegend, daß der Schutz der Umwelt, Frauenemanzipation, AusländerInnenintegration und mehr Zeitsouveränität zu vordringlichen Themen werden.

Die Zukunft der Stadt als Ganzes und ihre Stellung im gesamtgesellschaftlichen Gefüge ist unsicher geworden (vgl. S.6). Angesichts massiver Schrumpfungsprozesse wird die Situation der Stadt als bedrohlicher, aber auch chancenreicher Umbruch verstanden, in dem eine Neuorientierung städtischer Politik notwendig wird.

zu Frage 2: Strategien der Stadtentwicklungspolitik

2.1. Reaktionen

zu 2.1.1. Institutionelle Reaktionen

In Solingen wurden die Szenarien von der Stadt selbst erarbeitet. Das Amt für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung erhielt in Zusammenarbeit mit den Dezernenten und Stadtämtern den Auftrag zur Erstellung der Szenarien. In Solingen werden nicht Reaktionen auf, sondern nur Folgen der Schrumpfungsprozesse für die planende Verwaltung erwähnt. Veränderungen der informellen Politik und die damit einhergehende Rücknahme demokratischer Rechte werden für die Stadt Solingen bei einer krisenhaften Entwicklung erwartet. So würde z.B. die Bürgerbeteiligung bei Planungsvorhaben auf ein Mindestmaß beschränkt, um ein schnelles Bauen und Investieren zum Erhalt von Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Dahingegen wird eine vermehrte und qualifiziertere BürgerInnenbeteiligung im Wertewandelszenario als Wegbereiterin verstanden und durch die Einschaltung eines Erwachsenenpädagogen von der Stadt unterstützt.

zu 2.1.2. Methodische Reaktion

Mit der Frage "Stadtentwicklung - quo vadis?" wird eine Situation der Unsicherheit in der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung gekennzeichnet, die durch das Fehlen klarer und konsensfähiger Konzeptionen geprägt ist. In dieser Situation des Umbruchs erscheinen die traditionellen Prognosemethoden als nicht ausreichend, um die Aufgaben der Stadtentwicklungsplanung - "die gedankliche Vorwegnahme möglicher zukünftiger Entwicklungen"(S.2/5) - zu erfüllen. Da alle traditionellen Prognosemethoden, ausgehend von der Grundannahme der Strukturkonstanz, die beobachtete gesellschaftliche Entwicklung für die Zukunft fortschreiben, ist es ihnen unmöglich, soziale und wirtschaftliche Trendbrüche zu erfassen.

Die gewählte Methode der Szenariotechnik ermöglicht hingegen durch den Verzicht auf Quantifizierungen ein argumentatives Verfahren zur Entwicklung künftiger wahrscheinlicher oder möglicher Situationen. Die ausgearbeiteten Szenarien sollen als "Bühnenbilder einer denkbaren Wirklichkeit" (S.II) verstanden werden. Nachdem der Wunsch, das Denken in Alternativen zu fördern und die Komplexität der Wirklichkeit darzustellen, die Wahl der Szenariotechnik bestimmte, werden die drei Szenarien der Stadt Solingen entworfen. Dabei werden sie, um das Bildhafte zu betonen, als historischer Rückblick aus der Sicht um die Jahrtausendwende formuliert. Die drei Szenarien sind:

- "*Der Durchbruch gelingt*" (Szenario A): das wirtschaftliche Wachstum wird mit all seinen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Risiken verstärkt ausgeprägt.
- "*Solingen in der Krise*" (Szenario B): der Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung mißlingt, und die Krise führt zu gravierenden Problemen.
- "*Wertewandel*" (Szenario C): die Stadtentwicklung wird maßgeblich von dem gesellschaftlichen Werte- und Bewußtseinswandel geprägt. Die Szenarien "Durchbruch" und "Krise" dienen der Kontrastierung durch überdeutlich herausgearbeitete Annahmen. In der dritten Alternative "Wertewandel" soll ein Mittelweg vorgeschlagen werden, bei dem die "positiven Trends verstärkt und die negativen abgeschwächt werden" (S. 9).

2.2. Perspektiven kommunalen Handelns

zu 2.2.1. Rahmenbedingungen kommunalen Handelns

Obwohl der finanzielle Spielraum und die Planungskompetenz als begrenzend empfunden wird, erfolgt in den Solinger Szenarien nicht die Forderung nach Aufhebung der limitierenden Momente. Vielmehr werden die Rahmenbedingungen kommunalen Handelns und die Planungskompetenzen nicht problematisiert, und somit werden auch keine Veränderungen angestrebt. Die finanzielle Situation der Stadt Solingen ist in allen Szenarien angespannt, eine mögliche Veränderung kommt aber nur in Hinsicht auf mehr oder weniger Steuereinnahmen in den Blick.

Die Perspektive ist auf die Probleme der Kernstadt gerichtet. Solingen wird zwar in seiner Lage zwischen verschiedenen Großstädte beschrieben, daraus entstehen aber keine regionalen Problemlösungsvorschläge.

zu 2.2.2. Leitbild der Zukunft

Zentrales Thema der Solinger Szenarien ist der Umgang mit Schrumpfungprozessen.

Das Leitbild für eine weitere Entwicklung der Stadt Solingen orientiert sich in der als Umbruch wahrgenommenen Situation nicht an verlorenen Positionen, sondern an dem Wertewandel in der Gesellschaft, der auch neue Prioritäten der Stadtentwicklung erforderlich macht. Zunächst konzentriert sich diese Hoffnung aber auf gesellschaftliche Entwicklungen, die nicht von der kommunalen Politik beeinflusst werden können. Dabei haben neue Vorstellungen von ökologischer Erneuerung, Frauengleichberechtigung und der Integration von AusländerInnen, von geänderten Wohnwünschen und neuen Lebensformen einen zentralen Stellenwert. Das Schlagwort ist der "Trend zu postmateriellen Werten"(S.2/8); wie es jedoch zu dieser Entwicklung kommen soll, wird nicht angesprochen - die Stadt Solingen hofft, sich diese Eigendynamik nutzbar machen zu können.

Das heißt, daß maßgebliche Veränderungen im Szenario "*Wertewandel*", an dem sich das Leitbild der Stadt Solingen weitgehend orientiert, von der Verlagerung sozialer Aufgaben von staatlichen und städtischen Institutionen auf die kleinen sozialen Netze und die neue Nachbarschaftsideologie getragen werden. Auch die alternativen Betriebe tragen wesentlich zu dem qualitativ neuen Wachstum bei. Angesichts der vielen Möglichkeiten, "Schrumpfung auch als Chance" (S.39) zu begreifen, sind die Maßnahmen

der Stadt Solingen ungenügend. Die in den Szenarien entwickelten Politikmuster sind:

Ökonomie: Um der strukturellen Schwäche der Solinger Wirtschaft entgegen zu wirken, setzt die Wirtschaftsförderung neue Schwerpunkte: es sollen sowohl Unternehmensgründungen und technologische Erneuerungsprozesse, als auch alternative Betriebe gefördert werden. Darüber hinaus kann die Stadt entscheidende Impulse beim Strukturwandel der Wirtschaft geben, indem sie erhebliche Investitionen für den Umweltschutz aufwendet.

Ökologie: Der für die Stadt Solingen angestrebte Wertewandel ist u.a. stark ökologisch motiviert, wodurch auch die städtische Politik geprägt wird. Verschärfte Umweltauflagen und deren strenge Kontrolle, der Bau von Abwasserkanälen, eine städtische Kompostierungsanlage und getrennt Müllsortierung sind angestrebte Maßnahmen.

Sozialpolitik: Mit der Stärkung der kleinen sozialen Netze hofft die Stadt, ihre finanziellen Belastungen in der Sozialpolitik reduzieren zu können. Es wird darauf gebaut, daß der sich vollziehende Wertewandel zu einer Veränderung des sozialen Verhaltens der Menschen führt, so daß alte Menschen wieder in ihrer Wohnung gepflegt, Kinder betreut, Behinderte versorgt und Ausländer integriert werden.

Kultur: Auch die kulturellen Aktivitäten in den Stadtteilen gehen von den BewohnerInnen aus, wobei die Dezentralisierung der Kultureinrichtungen von der Stadt gefördert wird. Die kulturellen Aufgaben der Stadt zielen sowohl auf die Förderung des traditionellen Bereichs, als auch auf die alternative Kulturszene.

Raumstruktur: Der vollzogene Wertewandel hat auch Auswirkungen auf die Raumstruktur. Die herkömmlichen Lebens- und Arbeitsformen, sowie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung werden in neuen Wohn- und Zweckgemeinschaften überwunden. Die Entspannungstendenzen auf dem Wohnungsmarkt ermöglichen es den kleinen sozialen Netzen, benachbarte Wohnungen zu finden und Genossenschaften zu bilden. Mit viel Eigenarbeit werden die Wohnungen sowie das Umfeld verbessert. Der neu belebte Hofschaftegedanke wird in den Bebauungsplänen als Siedlungsform aufgegriffen. In Szenario C werden keine neuen Landschaftsräume besiedelt. Die Revitalisierung der verödeten Innenstadt gelingt, nachdem sich der kleine ortsansässige Einzelhandel (Bioläden, Handwerksgeschäfte u.s.w.) durchsetzen konnte.

"Das mittelfristige Stadtentwicklungskonzept Wilhelmshaven"

Hrsg.: Der Oberstadtdirektor der Stadt Wilhelmshaven, April 1986

zu Frage 1: Problemdefinition der Stadtentwicklung

Wilhelmshaven befindet sich, laut den Worten des Oberstadtdirektors, in einer ernstzunehmenden Krise, vielleicht sogar in der "schwierigsten Lage seit Ende des zweiten Weltkriegs" (Vorwort). In dem 'mittelfristigen Stadtentwicklungskonzept Wilhelmshaven' wird als zentrales Problem die beunruhigende Entwicklung des städtischen Haushalts - und somit der Handlungsfähigkeit der Stadt -, deren Ursachen und Auswirkungen verstanden. "Die Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens in nahezu allen Bereichen der Daseinsvorsorge ist in Frage gestellt" (Vorwort). In einer von gravierenden Problemen gekennzeichneten Zeit bedarf die Stadtentwicklungspolitik neuer Perspektiven, um wieder den Rahmen für ein zielgerichtetes Handeln zur Lösung der anstehenden Probleme bieten zu können. Diese Perspektiven sollen im Verlauf der Diskussion des 'mittelfristigen Stadtentwicklungskonzept' entwickelt werden. Von besonderer Bedeutung ist die Formulierung der Ziele, des Leitbildes der Stadtentwicklung. Hierzu sollen die beiden Szenarien dienen, die dem 'mittelfristigen Stadtentwicklungskonzept' vorangestellt wurden.

Beide Szenarien sind geprägt von der schweren wirtschaftlichen Krise der Stadt Wilhelmshaven, die sich nicht nur aus der Strukturschwäche der Küstenregion, sondern auch als Ergebnis einer verfehlten Regionalpolitik erklärt. Die in den 70er Jahren betriebene einseitige Großindustrieansiedlungspolitik und die damit verbundenen Investitionen in oberzentrale Infrastruktureinrichtungen haben bei weitem nicht den erhofften positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt gehabt. Es ist nicht gelungen, die unausgeglichene Wirtschaftsstruktur (geringe Industriedichte, saisonabhängige und konjunkturanfällige Branchen) zu stabilisieren. Vielmehr sind Entwicklungsbarrieren für andere Bereiche und Folgekosten entstanden, die heute den kommunalen Haushalt zusätzlich belasten. Hohe Arbeitslosenquoten und vor allem die Dauerhaftigkeit der Arbeitslosigkeit stellen die Stadt vor kaum zu lösende Probleme.

Die rapide gestiegenen Kosten im Sozialbereich und unzureichende Steuereinnahmen haben den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt "beinahe auf Null gebracht" (Vorwort). Dies zwingt die Stadt angesichts notwendiger kommunaler Leistungen zu einer Politik der Haushaltskon-

solidierung, die die Möglichkeiten der Stadt, aus eigener Kraft ihre Lage zu verbessern, erheblich einschränkt.

In dieser Situation muß mit einem weiteren Bevölkerungsrückgang gerechnet werden. Schon jetzt befindet sich die Bevölkerungsentwicklung "auf Talfahrt" (S.2-9). Die allgemein negative demographische Entwicklung könnte sich durch Wanderungsverluste und Überalterung dramatisch zuspitzen.

Der drohende Verlust von weiteren Arbeitsplätzen, Wohnbevölkerung und Wirtschaftskraft ist als dominantes Problem Ausgangspunkt der Szenarien. In Szenario 1 ist es trotz der rigiden Sparpolitik nicht gelungen, den weiteren drastischen Bevölkerungsverlust (Rückgang der Geburtenrate, Abwanderung und Überalterung) zu bremsen und die wirtschaftlichen Existenzprobleme zu überwinden. Die Arbeitslosigkeit hat sich dauerhaft auf einem hohen Niveau eingependelt. Auch der Bau von weiteren Großbetrieben der Grundstoffindustrie brachte nur "geringfügige Kompensationseffekte für die Freisetzung von Arbeitnehmern aus den übrigen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft" (S.2-2). Zudem ist es angesichts der immer bedrohlicheren Umwelt- und Ressourcenprobleme verpaßt worden, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, die auch wirtschaftliche Impulse hätten geben können.

Durch die rigide Sparpolitik und das Festhalten an der Ansiedlungspolitik für Großbetriebe, die die wenigen städtischen Mittel bindet, ist es zwar gelungen, den städtischen Haushalt zu stabilisieren, aber einige wichtige oberzentrale Funktionen, wie z.B. das Pumpwerk, das Stadttheater oder die 'Reinhard-Nieter-Klinik' sind den Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen.

Auch in Szenario 2 prägten zunächst die "gravierenden finanziellen Schwierigkeiten" (S.2-5), das Absinken der Einwohnerzahl und die hohe Arbeitslosigkeit als "eines der hervorragenden gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme" (S.2-5) die Situation der Stadt.

Aus beiden Szenarien der Stadt Wilhelmshaven wird die bedrohliche Lage der Stadt deutlich. Das 'mittelfristigen Stadtentwicklungskonzept' soll einen Wendepunkt in der Stadtpolitik kennzeichnen. Nachdem Wilhelmshaven zuvor durch lokalen Filz und Korruption unter der Amtsführung des vorigen Oberstadtdirektors in die Negativ-Schlagzeilen geraten war, soll nun versucht werden, neue Perspektiven zu entwickeln.

zu Frage 2: Strategien der Stadtentwicklungspolitik

zu 2.1. Reaktionen

Mit der Erstellung des 'mittelfristigen Stadtentwicklungskonzepts' reagiert der neue Oberstadtdirektor auf die festgefahrene Situation der Stadt, die er bei seinem Amtsantritt vorfindet. Diese Reaktion darf nach seiner Überzeugung "nicht Resignation und Kleinmut sein. Vielmehr müssen die gravierenden Probleme der Stadt engagiert angepackt werden" (Vorwort).

zu 2.1.1. Institutionelle Reaktionen

Das 'mittelfristigen Stadtentwicklungskonzept' wurde auf Anregung des neuen Oberstadtdirektors von der Stadt selbst erarbeitet, ohne daß angegeben wird, welche Ämter daran beteiligt waren. Es stellt den Versuch dar, "das investive und normative Handeln der Stadt Wilhelmshaven an formulierten und gewichteten Zielen zu orientieren" (S.1-1).

In der planenden Verwaltung bedeutet dies die notwendige Optimierung des Verwaltungshandelns. Dazu erscheint es erforderlich, der Stadtentwicklung langfristige Perspektiven zu geben, die neuen Herausforderungen zu erkennen und Schwerpunkte bei der Erfüllung der kommunalen Aufgaben zu setzen. Nur das strenge Befolgen dieser Richtlinien ermöglicht den in Szenario 2 geschilderten Weg aus der Krise.

Hinweise auf eine Hinwendung zur informellen Politik werden in den Szenarien nicht direkt gegeben. Die Art der Zusammenarbeit mit niederlassungswilligen Großbetrieben (Szenario 1) oder mit mittelständischen ortsansässigen Betrieben im Zuge der Förderung des endogenen Potentials (Szenario 2) bleibt offen.

Eine verstärkte Demokratisierung der Planung wird nicht angestrebt. Wohl aber wird erwartet, daß "alle Beteiligten die gemeinsam diskutierten Ziele mittragen und konsequent verwirklichen" (S.1-2).

zu 2.1.2. Methodische Reaktion

Die Anwendung der Szenariotechnik soll in der schwierigen Situation der Stadt Wilhelmshaven als "Instrument zur Erkennung und Bewältigung krisenhafter Entwicklungen und zur Neuorientierung in Zeiten schwieriger Rahmenbedingungen dienen" (S.1-1). Sie ist aus der Kritik an den mathematischen Prognosemethoden entstanden, einer auf sicheren Wachstumsraten beruhenden "Schönwetter-Stadtentwicklungsplanung" (S.1-1), die angesichts der veränderten Voraussetzungen städtischer Entwicklung keine

sinnvolle Hilfe mehr bieten kann. Wilhelmshaven vollzieht mit der Erstellung des 'mittelfristigen Stadtentwicklungskonzepts' bewußt die Hinwendung zu einem neuen Typus der Stadtentwicklungspolitik. Ausgangspunkt dieses Konzepts sind die beiden Szenarien, in denen mögliche Leitbilder der Stadtentwicklung als Zielalternativen formuliert werden. Die Szenariotechnik soll einen "kontrollierten Blick in die Zukunft" (S.2-1), die Abschätzung von möglichen Entwicklungen auf der Basis der Bewertung von Vergangenheit und Gegenwart ermöglichen. Als so verstandene "fundierte Beschreibung möglicher Entwicklung" (S.2-1) zeigen die Szenarien Spielräume und Entscheidungsalternativen kommunaler Politik auf, die als Grundlage für eine offene Diskussion der Zukunft der Stadt, die alle für die Stadtentwicklung relevanten Fakten einbezieht, dienen kann.

- Das Trendszenario (1) "*Mit der 'special enterprise zone' aus der Talsohle?*" verdeutlicht die zu erwartende Entwicklung der Stadt, wenn an der bisherigen Politik festgehalten wird.
- Im Alternativszenario (2) "*Wilhelmshaven nutzt seine Chance*" wird beschrieben, daß bei Einleitung einer Politik der Nutzung aller Chancen eine für die Entwicklung der Stadt günstigere Zukunft erreichbar scheint.

Beide Szenarien sind im Rückblick auf die Entwicklung der Stadt aus der Sicht kurz nach der Jahrtausendwende geschrieben. Sie sind nicht systematisch zu allen Bereichen städtischer Politik ausgeführt, sondern beschreiben nur die Leitbilder der Zukunft. Deren Konkretisierung in einzelne Sachbereiche und die Formulierung von Handlungsschwerpunkten erfolgt in einem zweiten Teil des mittelfristigen Stadtentwicklungskonzepts, der sich nicht von einem traditionellen Stadtentwicklungsplan unterscheidet.

Eine Diskussion und Abwägung der in den Szenarien entwickelten Ziele findet nicht statt. Dennoch ist die Bewertung durch die Stadt offensichtlich. In Szenario 2, das als Teil einer fiktiven Rede des Oberstadtdirektors im Jahr 2002 gedacht ist, bezieht sich dieser positiv auf das mittelfristige Stadtentwicklungskonzept Wilhelmshaven aus der Mitte der 80er Jahre, mit dessen Hilfe der Umschwung zu einer Politik gelungen sei, der die 'heute' gesicherte Position der Stadt zu verdanken ist.

2.2. Perspektiven kommunalen Handelns

zu 2.2.1. Rahmenbedingungen kommunalen Handelns

In Szenario 2: "*Wilhelmshaven nutzt seine Chance*" wird deutlich, daß die Konsolidierung des städtischen Haushalts nicht nur als Ergebnis der An-

strengungen der Stadt gelingen konnte. Wichtige Hilfe war die 1995 vollzogene Gemeindefinanzreform, die wiederum die Grundlage für weitere kommunale Maßnahmen ermöglichte. Welcher Art diese Reform war, wird nicht beschrieben. Auch im Zusammenhang mit der Ansiedlung von wissenschaftlichen Einrichtungen, Verwaltungseinheiten u.s.w. wird auf die notwendige Hilfe aus Landesmitteln hingewiesen.

Eine Erweiterung der Planungskompetenz wird nicht gefordert. Bei allen als positiv bewerteten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ist eindeutig, daß sie aus der Sicht der Kernstadt bewertet werden. Eine zusätzliche Aufwertung der Region ist auch nur unter der Perspektive der Stärkung des Zentrums Wilhelmshaven von Interesse.

zu 2.2.2. Leitbild der Zukunft

Zentrales Thema der Wilhelmshavener Szenarien ist die wirtschaftliche Situation der Stadt.

Als Folge davon wird die als problematisch empfundenen Entwicklung der städtischen Finanzen beschrieben, die soweit belastet sind, daß der Handlungsspielraum der Stadt beinahe gleich Null ist. Somit orientiert sich das in Szenario 2: *"Wilhelmshaven nutzt seine Chance"* entworfene und von der Stadt favorisierte Leitbild an einer Politik der Förderung des endogenen Potentials. Sie soll den städtischen Haushalt stabilisieren, ein Absinken der Arbeitslosigkeit und den ökologisch verträglichen wirtschaftlichen Aufschwung bringen. Weiter wird die "Förderung der Freizeitwirtschaft, des Umweltschutzes, der Ausbau des Forschungsstandortes Wilhelmshaven und nicht zuletzt die maßvolle Fortsetzung der Industrieansiedlungspolitik" (S.2-5) angestrebt.

Bemerkenswert ist dabei, daß die Problemlösungsstrategien im wesentlichen von der Kommune (unter Mithilfe des Landes) entworfen werden, obwohl die Probleme maßgeblich von Entwicklungen verursacht werden, auf die die Kommune keinen Einfluß hat. Verständlich wird die Mentalität des *"Wilhelmshaven nutzt seine Chance"* vor dem Hintergrund der verfehlten Regionalpolitik der 70er Jahre und der politischen Skandale, aus deren Negativ-Image die Stadt sich unter dem neuen Oberstadtdirektor lösen will.

Ökonomie: Angesichts der gravierenden Schwierigkeiten des städtischen Haushalts sieht Wilhelmshaven seine Chance in der "Bündelung aller Wachstumskräfte der Region und in der gezielten Nutzung seiner Standortvorteile" (S.2-5). Diese Politik der Förderung des endogenen Po-

tentials findet ihren Ausdruck in der verstärkten Bestandspflege mittelständischer Unternehmen. Aber auch die Ansiedelung von wissenschaftlichen Einrichtungen (Meeresforschung und -technik, Energietechnik) und der Ausbau der Fachhochschule Wilhelmshaven sollen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur beitragen. Diese Maßnahmen in Verbindung mit der maßvollen Fortführung der Industrieansiedlungspolitik (Bau eines Flüssiggasterminals und eines Erzhafens) können langfristig die Konsolidierung des städtischen Haushalts und die Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation bewirken.

Ökologie: Die Umweltproblematik nimmt neben der wirtschaftlichen Krise einen wichtigen Platz ein und ist eng mit ihr verbunden. Alle geschilderten Maßnahmen zum Schutz der Umwelt (Emissionsschutzanlagen, hafenseitige Entsorgungsanlagen für Schiffsabfälle u.s.w.) sind wesentlich begründet durch den wirtschaftlichen Impuls, den sie der Stadt geben können. Es wird deutlich, wie "aus der Verbindung von Umweltschutz und Technik neue Entwicklungschancen entstehen" (S.2-6) sollen. So ist die Anpassung der Großbetriebe an den Stand der Umwelttechnik Bedingung für deren Fortexistenz und Impuls für neue Industrien. Auch auf städtischer Seite wird durch kommunale Umweltpolitik (Müllverwertung, kontinuierliche Umweltbeobachtung) ein entscheidender Beitrag zur Konsolidierung der Stadtentwicklung geleistet.

Sozialpolitik: Dieser Politikbereich spielt weder in der Problemwahrnehmung noch bei der Formulierung des Leitbildes eine Rolle.

Kultur: Die kulturellen Einrichtungen der Stadt gehören in Szenario 1 zu den stark bedrohten Bestandteilen städtischer Leistungen. In Szenario 2 wird von einem "reichhaltigen Kultur- und Freizeitangebot" (S. 2-7) gesprochen (z.B. Museumsbau), ohne daß differenzierter darauf eingegangen würde.

Raumstruktur: Auch hier lassen sich keine klaren Leitbilder ablesen. Von der zentralen Stellung der Stadterneuerungsmaßnahmen und der Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität ist häufig die Rede, ohne daß sie genauer ausgeführt werden.

Szenarien zu Wuppertal

Hrsg.: Kommission für Umweltschutz und Stadtentwicklung,
(Manuskript) 1986

zu Frage 1: Problemdefinition der Stadtentwicklung

In beiden Wuppertaler Szenarien wird von einem Rückgang der Einwohnerzahlen ausgegangen. Doch während es im "Scenario B" vor allem aufgrund des ökonomischen Erfolgs der Betriebe und der Verbesserung der Arbeits- und Wohnbedingungen gelingt, einen positiven Wanderungssaldo zu erzielen, wird im "*Scenario A*" ein umfassender Niedergang der Stadt bis zum Jahr 2000 beschrieben, der von einer tiefgreifenden ökonomischen Krise und einem starken Bevölkerungsrückgang mit weitreichenden Folgen gekennzeichnet ist.

Wichtigster Grund für diesen krisenhaften Schrumpfungsprozeß ist die mangelnde Innovationsfähigkeit der Wuppertaler Betriebe. In den altindustrialisierten Regionen kommen vornehmlich die negativen Folgen zum Tragen: Durch den Strukturwandel und die Rationalisierungen bleiben die Arbeitslosenzahlen, trotz des Bevölkerungsrückgangs, fast auf dem hohen Niveau der 80er Jahre (vgl. S.5). Besonders betroffen von der Arbeitslosigkeit sind diejenigen 30 bis 40jährigen, die als Jugendliche in den 80er Jahren keine Lehrstelle fanden und nun den veränderten Qualifikationsanforderungen nicht genügen. Hinzu kommt, daß wegen der demographischen Entwicklung Lehrlinge fehlen und die qualifizierten Fachleute, die für die erforderlichen Innovationen dringend gebraucht würden, in Regionen mit besseren Arbeits- und Wohnbedingungen abwandern (vgl. S.1, S.5). Sichtbare Zeichen der schrumpfenden Wirtschaft sind Gewerbebrachen und Ruinen in der Stadt sowie ein erst zur Hälfte besiedeltes, seit zehn Jahren erschlossenes Gewerbegebiet.

Die sozialen Folgen des wirtschaftlichen Zurückbleibens der Stadt werden dramatisch beschrieben: Die Zahl der Obdachlosen wächst zusehends, an Bettler in den Einkaufsstraßen hat man sich gewöhnt, der Sozialetat der Stadt ist auf "Rekordhöhe" (S.4) gestiegen. Ein besonderes Problem ist die zunehmende AusländerInnenfeindlichkeit, die damit begründet wird, daß jugendliche AusländerInnen, die keine Chance haben, einen Arbeitsplatz zu finden, durch ihr "aggressives Auftreten" (S.2) in der Stadt für Unruhe sorgen. Als Gegenbewegung entstehen Bürgerinitiativen aus "wohlhabenden Bürgern und Geschäftsleuten" (S.2), die sich zwecks "Selbstschutz" organisieren und teilweise sogar "schwarze Sheriffs" (S.2) engagieren.

Der Wohnungsmarkt wird dadurch gekennzeichnet, daß viele Wohnungen leerstehen, diese aber für die vielen Haushalte mit geringen Einkommen häufig zu teuer sind. Preiswerte Wohnungen gibt es lediglich in Häusern, die aus Kostengründen nicht instandgehalten wurden und vom Verfall bedroht sind. Dies gilt insbesondere für Sozialwohnungen der 60er und 70er Jahre, deren Abriß diskutiert wird. Über die Segregation zwischen armen und wohlhabenden Stadtvierteln hinaus entstehen AusländerInnenghettos in den Stadtteilen, deren Wohnsubstanz soweit heruntergekommen ist, daß die Wohnungen an die bevorzugten deutschen Mieter nicht mehr vermietbar sind.

Durch den Kaufkraftverlust der BewohnerInnen, die größere Attraktivität der nahegelegenen Großstädte an Rhein und Ruhr und neue Formen des Einkaufens via Bildschirm ("Einkaufen daheim") müssen Einzelhandelsgeschäfte schließen. Bürohäuser fallen leer, weil durch die Rationalisierungen Arbeitsplätze auch im Dienstleistungssektor verlorengehen. So kommt es zu einem "Erosionsprozeß in den Zentren der Stadt" (S.5), wo lediglich die Hobbymärkte (wegen der vermehrten Freizeit, die zu Eigen- und Schwarzarbeit genutzt wird) und Spielhallen florieren.

Der städtische Haushalt ist durch die hohen Sozialausgaben und die Kosten für die Erhaltung derjenigen Gebäude der Stadt, die nicht privatisiert oder abgerissen werden konnten, dermaßen belastet, daß kein finanzieller Handlungsspielraum mehr verbleibt. Es kann nur noch eine zentralisierte Infrastruktur aufrechterhalten werden: Bäder, Bibliotheken und Schulen sind nicht mehr in jedem Stadtteil, sondern nur noch einmal in der Stadt vorhanden. Die Universität muß um ihre Existenz bangen, da, wie bei allen Universitätsneugründungen der 60er Jahre, die StudentenInnen ausbleiben. Die dringend notwendige Modernisierung der Schwebebahn muß unterbleiben, so daß die berühmte Bahn nur noch "Denkmalscharakter" (S.7) hat. Der ÖPNV insgesamt wird drastisch eingeschränkt, da die steigenden Defizite für den kommunalen Haushalt nicht mehr tragbar sind. Die Straßenbahn wird stillgelegt, der Busfahrplan reduziert. "Das Auto bestimmt nach wie vor auch als Umweltbelastung das Leben in der Stadt" (S.7). Die Innenstädte werden regelrecht zugelparkt, die wenigen Radwege werden zurückgebaut, um Parkmöglichkeiten zu schaffen.

Obwohl die BewohnerInnen umweltbewußter geworden sind und umweltfreundlicher produziert werden muß, kann die Belastung der Luft, des Bodens und des Flusses nur sehr langsam abgebaut werden. Die gegenüber den 80er Jahren erhöhte Lärmbelastung durch den Autoverkehr, die kon-

stante Luftverschmutzung und das Waldsterben kennzeichnen die Wuppertaler Umweltsituation. Ein Gegensteuern, die notwendige "umweltgerechte Umgestaltung" (S.8), scheitert an den mangelnden finanziellen Mitteln der Stadt.

Auch kulturell hat die Stadt kaum noch etwas zu bieten. Das Schauspielhaus kann ein eigenes Ensemble nicht mehr finanzieren, so daß dort nur noch Tourneetheater und Musikgruppen auftreten. Im Opernhaus haben die Kürzungen der Subventionen jedoch eine Qualitätssteigerung des Spielplans bewirkt. Doch die meisten Menschen ziehen sich in ihre Wohnungen zurück und nutzen lediglich das große Medienangebot in der verkabelten Stadt.

zu Frage 2: Strategien der Stadtentwicklungspolitik

2.1. Reaktionen

zu 2.1.1. Institutionelle Reaktionen

Die Szenarien wurden von der "Kommission für Umweltschutz und Stadtentwicklung", die nach einem Ratsbeschuß im September 1984 aus zwei zuvor getrennten Kommissionen gebildet wurde (Berichte zur Stadtentwicklung 1985, 5), in vier Sitzungen zwischen Januar und April 1986 verabschiedet.

Im "Scenario B" wird ein Wandel der Aufgabenfelder der Verwaltung erwartet. Die Verwaltung ist aus finanziellen Gründen gezwungen, neue Wege zu gehen, indem sie Aktivitäten von Selbsthilfegruppen organisatorisch unterstützt. Es wird allerdings nicht diskutiert, ob und welche Veränderungen innerhalb der Verwaltung notwendig sind, um diese Aufgaben zu erfüllen. Die Aufgabe, die Wiedernutzung von Gewerbebrachen zu ermöglichen, wird im "Scenario B" einer "Gewerbestandortmanagement GmbH" (S.5) übertragen.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird ein Beratungsprogramm für die Wuppertaler Betriebe und ein "Technologieförderungsprogramm" zur Qualifizierung und Weiterbildung vorgeschlagen. Diese Programme werden von den bergischen Städten und der "Wirtschaft, Hochschule, Akademie, IHK, ... Stadtparkasse und anderen Institutionen" (S.5) gemeinsam getragen und deuten auf eine korporatistische Ausrichtung der Politik.

Die Demokratisierung der Planung wird nicht thematisiert.

zu 2.1.2. Methodische Reaktion

Die Anwendung der Szenariotechnik wird in dem uns vorliegenden Manuskript nicht begründet. Im Stadtentwicklungsbericht, der ein Jahr vor den Szenarien erschien, werden unterschiedliche Perspektiven aufgezeigt, die für die Szenarien richtungsweisend gewesen sein könnten:

"Denkbar erscheint eine Stadtstruktur, die gekennzeichnet ist von einer Polarisierung der sozialen und städtebaulichen Strukturen zwischen abfallenden Gebieten der Armen, Arbeitslosen und Ausländer und guten Wohngebieten. Denkbar ist aber auch die Perspektive einer neuen umweltgerechten und gleichwohl urbanen Stadtstruktur, die den weniger gewordenen Bewohnern einen besseren Lebensraum und mehr Chancen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse gewährt." (Berichte zur Stadtentwicklung 1985, 74)

Zu den folgenden sieben Themenbereichen wurde jeweils ein "Scenario A" und ein "Scenario B" aus der Sicht des Jahres 2000 geschrieben, wobei Szenario A der Perspektive der "Polarisierung", Szenario B der der "umweltgerechten" und "urbanen" Stadt entspricht: Bevölkerungsentwicklung, Ausländer, Infrastruktur, soziale Aufgaben, Wirtschaft/ Technologie/ Finanzen, Verkehr/ Energie/ Umwelt, Wohnen/ Stadterneuerung/ Kultur.

2.2. Perspektiven kommunalen Handelns

zu 2.2.1. Rahmenbedingungen kommunalen Handelns

Finanzielle Forderungen gegenüber Bund oder Land werden nicht erhoben. Jedoch wird im "Scenario B" von einem "Bundes- und Landesprogramm 'ökologische Stadterneuerung'" (S.1) ausgegangen, das die notwendig gewordene Umgestaltung der Stadt ermöglicht. Ansonsten wird auf eine "vorsichtige Finanzpolitik" und "Aufgabenkritik" gesetzt (S.6), um finanzielle Handlungsspielräume wiederzugewinnen.

Die Erweiterung der Planungskompetenz wird nicht diskutiert.

Die Szenarien sind aus der Perspektive der Kernstadt geschrieben. Das Umland findet nur insofern Erwähnung, als es als "attraktives Erholungsgebiet" (S.8) zur Verbesserung der Wohnqualität in der Stadt beiträgt. Die Konkurrenz mit den Großstädten an Rhein und Ruhr wird zwar einige Male beklagt, daraus folgen jedoch keine Überlegungen darüber, wie dieses Konkurrenzverhältnis abgebaut werden könnte.

zu 2.2.2. *Leitbild der Zukunft*

Zentrales Thema der Wuppertaler Szenarien ist die soziale und ökonomische Polarisierung der Stadt.

Mit einem Zitat aus dem "Scenario B" läßt sich das Leitbild der zukünftigen Stadtentwicklung charakterisieren:

"Wuppertal hat heute (d.h. im Jahr 2000, d.V.) den Ruf, durch beispielhafte Anstrengungen den Schritt von der alten Industriestadt zur modernen, wohnlichen und umweltbewußten Stadt geschafft zu haben." (S.8)

Ein stabiles Wirtschaftswachstum (von 2 bis 3%) sowie der "Wertewandel zur nachindustriellen Gesellschaft" (S.4) und eine die Eigentätigkeit der BewohnerInnen unterstützende Stadtpolitik ermöglichen diese erfreuliche Entwicklung. Zu Beginn des "Scenarios B" wird zwar ein "Kurswechsel", ein "Abschied von den bis dahin gültigen Wachstumszielen" (S.1) propagiert. Letztlich gilt es aber doch als Erfolg, einen positiven Wanderungssaldo zu erzielen, auch wenn insgesamt die EinwohnerInnenzahlen zurückgehen. Wurde im "Scenario A" Schrumpfung mit Niedergang und Krise gleichgesetzt, so hat die schrumpfende Bevölkerungsentwicklung im "Scenario B" im Hinblick auf die Stadtökologie durchaus positive Effekte - allerdings bei prosperierender Wirtschaft und weitgehender Eigenarbeit der BewohnerInnen.

Ökonomie: Allgemeines Wirtschaftswachstum und der Wertewandel sind auch die Voraussetzung für die erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Durch Rationalisierungen werden zwar weiterhin Arbeitsplätze vernichtet, dieser Verlust wird aber dadurch ausgeglichen, daß die Arbeitszeiten verkürzt und flexibilisiert werden und daß viele Menschen - und dies ist ein Ausdruck des Wertewandels - lieber halbtags als ganztags arbeiten. Die "Qualifikationslücke" (S.5) der arbeitslosen Jugendlichen wird durch das o.g. "Technologieförderungsprogramm" geschlossen, den Betrieben durch umfassende Beratung der Anschluß an die technologischen Neuerungen erleichtert.

Durch ein positives Aufgreifen des Strukturwandels gelingt es den Betrieben, international konkurrenzfähig zu werden und teilweise sogar Positionen als "Marktführer" (S.5) zu erreichen. Unklar bleibt allerdings, ob diese Betriebe der "Biotechnologieforschung", der "Glasfaser- und Satellitentechnik" und der "Software- und Consulting - Dienstleistung" (S.5) Eigengewächse der Stadt sind oder in Wuppertal angesiedelt wurden.

Besonders hervorgehoben wird, daß kleine und mittlere Handwerksbetriebe von der ökologischen Stadterneuerung profitieren und sich ein neues Aufgabengebiet mit Beratungsdiensten für Selbsthilfeaktivitäten schaffen.

Das Bild einer ökonomisch erfolgreichen Kommune, in der im übrigen umweltschonend produziert wird, wird abgerundet durch eine "Existenzgründerwelle der 80er Jahre" (S.5), die von Absolventen der Wuppertaler Universität getragen wird, und durch "high-tech-Firmen" (S.1), die sich Anfang der 90er Jahre auf den von Grünflächen umgebenen innerstädtischen Gewerbebrachen ansiedeln.

Ökologie: Der zentrale Stellenwert des Umweltschutzes, der "ökologischen Stadterneuerung" (S.1), für eine Verbesserung der städtischen "Wohn- und Lebensqualität" (S.10) wird im "Scenario B" wiederholt betont. Maßnahmen und Programme sowohl des Bundes und des Landes als auch der Stadt und ein verändertes Umweltbewußtsein der BewohnerInnen tragen dazu bei, daß die ökologische Umgestaltung der alten Industriestadt gelingt und sie sogar zur "bevorzugten Wohnregion" (S.10) avanciert.

Die Anzahl der Autos steigt zwar, aber die seit 1994 obligatorisch mit Drei-Wege-Katalysatoren ausgerüsteten PKWs werden fast nur noch für größere Einkäufe und Fernfahrten genutzt. Verkehrsberuhigungen, neue Radwege und verschiedene Maßnahmen zur Attraktivierung des ÖPNV - Modernisierung der Schwebbahn, Reduzierung der Taktzeiten, Umweltkarte - haben dazu beigetragen, daß kurze Strecken überwiegend mit dem Fahrrad bzw. Bus/Bahn gefahren oder auch zu Fuß zurückgelegt werden. Durch dieses veränderte Verhalten kann nicht nur Energie gespart werden; durch die Filter in den Autos und die Ersetzung der Kohle- und Ölöfen durch Fernwärme können auch in der Bekämpfung des Waldsterbens "sichtbare Erfolge" (S.7) verzeichnet werden. Die Umweltsituation der Stadt wird außerdem verbessert durch die "Energieeinsparungsberatung" (S.8) der Stadt und verschiedener Verbände, durch die Sanierung belasteter Flächen, die von einem "Industriefonds" (S.8) finanziert wird, durch ein "Abfallwirtschaftskonzept" (S.8) der Stadt, das neben der Beratung zur Abfallvermeidung getrennte Müllsammlungen, Recycling und Kompostierung umfaßt, durch das "Jahrhundertprojekt ... 'Grüne Wupper'" (S.8), das ebenfalls vom Land subventioniert wird und nicht nur zum Ziel hat, daß wieder Fische aus dem Fluß gefangen werden können, sondern das auch die nahegelegenen Gewerbestandorte aufwerten soll. Baulücken, Garanhöfe und Freiflächen der Innenstadt werden begrünt, Straßen teilweise

zurückgebaut und zu Alleen umgestaltet, wodurch die Qualität der alten Wohngebiete gesteigert werden kann.

Die Zersiedlung der Landschaft kann gestoppt werden, ökologisch bewirtschaftete Landschaftsflächen dienen als "Rekreationszonen" (S.10) für die Städter, was ebenfalls die Wohnbedingungen verbessern hilft.

Sozialpolitik: Der Stadt gelingt es, sich auf die neuen sozialen Aufgaben einzustellen; die städtischen Gebäude werden instandgehalten und den veränderten Anforderungen angepaßt, wodurch ein dezentrales Angebot auch im sozialen Bereich aufrechterhalten werden kann. Mit der Zunahme der Einpersonenhaushalte wächst die Gefahr der Vereinsamung, der durch "mobile Sozialdienste", Kontaktvermittlung über "Radio Wuppertal" und einen "Patenschaftsverein" (S.4), der Patenschaften zwischen alten Menschen und jungen Familien vermittelt, begegnet wird. Die Kontakte im Stadtviertel werden allgemein wichtiger als die in der Familie. Die Stadt schafft die Voraussetzungen für solche Kontakte in den Stadtteilen, indem sie leerstehende Wohnungen in "Gemeinschaftsräume" (S.4) umfunktioniert, in denen sich die BewohnerInnen sozial und kulturell betätigen können.

Zur Verbesserung der Wohnbedingungen der AusländerInnen wird ein "Wohnungs- und Gebäude-TÜV" (S.2) eingerichtet, der dafür Sorge trägt, daß die an AusländerInnen vermieteten Wohnungen instandgehalten werden. Die AusländerInnen werden in einem dafür geschaffenen Bildungsprogramm gezielt qualifiziert, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Die Integration der ausländischen Bevölkerung ist soweit gediehen, daß AusländerInnenfeindlichkeit kein Thema mehr ist.

Auch in der Sozialpolitik wird im "Scenario B" massiv auf die durch den Wertewandel angestoßene Eigentätigkeit der BewohnerInnen gesetzt, die von der Kommunalpolitik unterstützt wird.

"Aus den schwierigen Situationen der 80er Jahre sind relativ stabile Selbsthilfevereine entstanden, die in Selbstorganisation und Eigenarbeit ihren Kindergarten, ihre Sportanlage, ihr Bürgerhaus und sogar ihre Schule betreuen - die Verwaltung vermittelt Fach

firmen und Material und gibt ihren organisatorischen Rat dazu. Diese Vereine sind heute fester Bestandteil der 'neuen sozialen Netze'. (S.4)

Kultur: Das vielfältige kulturelle Leben der Stadt wird einerseits von verschiedenen Gruppen und Initiativen getragen, darunter solche der AusländerInnen, andererseits von den traditionellen Kulturinstitutionen. In ehemaligen Fabriken oder städtischen Gebäuden werden "kulturelle Mittelpunkte" (S.10) in den Stadtteilen geschaffen. Kulturelle Aktivitäten und Institutionen stärken das "Zusammengehörigkeitsgefühl" (Radio Wuppertal), tragen zum Wandel der Innenstädte bei und verbessern das "Image der City" (Von-der-Heydt-Museum) (S.10). Dabei ergänzt die "Mitmachkultur" (S.10) der Gruppen und Initiativen das traditionelle Kulturangebot. Die Kommune stellt den Initiativen Räume zur Verfügung und sorgt für den Umbau des Stadions und des Museums, das dadurch zum "Publikumsmagneten" (S.10) und einer der "Kristallisationspunkte der City" (S.3) wird. Opernhaus und Schauspielhaus können trotz Subventionsabbau neue Impulse entwickeln, wobei letzteres auch freie Schauspielgruppen in seiner Spielstätte auftreten läßt.

Raumstruktur: Wegen der sinkenden Einwohnerzahlen und verschärfter Landschaftsschutzbestimmungen werden die Freiflächen nicht mehr neu bebaut, so daß die Zersiedlung der Landschaft gestoppt werden kann. Ansiedlungs- oder auslagerungswillige Betriebe sind nicht mehr auf die Bebauung von Freiflächen angewiesen, da ihnen rekultivierte Gewerbebrachen zur Verfügung stehen.

Die Innenstadt erlebt einen Funktionswandel: Sie ist nicht mehr in erster Linie hektischer Ort des Konsums, sondern ermöglicht durch vielfältige Dienstleistungen, Kultur und nicht-kommerzielle Angebote vielfältige Aktivitäten. Baulücken werden nicht geschlossen, sondern werden begrünt und als Parkplätze, Ruhezeiten oder Spielplätze genutzt.

Die Zweckentfremdungsverordnung kann aufgehoben werden, weil umweltfreundliche neue Technologien auch im produzierenden Gewerbe ein konfliktfreies Nebeneinander von Freizeitaktivitäten, Wohnen und Arbeiten erlauben.

3.2.2 Im Auftrag erarbeitete Szenarien

"Szenarien für die Stadt Berlin (West)"

Hartmut E. Arras (prognos AG, Basel), Dez. 1983

Auftraggeber: Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Berlin

zu Frage 1: Problemdefinition der Stadtentwicklung

In beiden Berliner Szenarien wird bis über das Jahr 2000 hinaus von einem Rückgang der Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahlen ausgegangen. Wie hoch dieser Rückgang ausfällt und welche qualitativen Folgen für die Stadt erwartet werden, hängt im wesentlichen davon ab, wie der wirtschaftliche Strukturwandel bewältigt wird. Zu einem "ausgeprägten Bevölkerungsschwund" könnte es kommen, wenn Berlin in den "*Windschatten der Entwicklung*" - so der Titel eines der Berliner Szenarien - gerät. In diesem Szenario wird ein krisenhafter Schrumpfungsprozeß beschrieben und dabei ein düsteres Bild der Zukunft Berlins gezeichnet:

Von der Erforschung und Entwicklung innovativer Technologien - genannt werden die Bio- und Gentechnik, neue Werkstoffe und die Optoelektronik - ist Berlin abgekoppelt, da keiner der in diesen Bereichen dominierenden Konzerne seinen Hauptsitz, wo die Abteilungen der Forschung und Entwicklung konzentriert werden, in Berlin hat. Zudem werden die Dezentralisierungspotentiale der neuen Technologien von den Unternehmen nicht genutzt und die Produktionsstätten in räumlicher Nähe zu den Abteilungen der Forschung angesiedelt. In Berlin bleibt der "notwendige innovative Schub in der Wirtschaft" (S.36) aus. Darüber hinaus werden bestehende Produktionsstätten sogar verkleinert oder verlagert, wodurch eine Kettenreaktion ausgelöst wird: "Schließlich bedeutet weniger Industrie ebenso weniger Nachfrage nach Dienstleistungen wie höhere Arbeitslosigkeit und damit sinkende Einkommen" (S.36). Der Kaufkraftverlust der BewohnerInnen führt zu Geschäftsschließungen im Einzelhandel und zur Verödung der Einkaufsstraßen - selbst der Kudamm "bietet nicht mehr an Qualität als das Zentrum einer mittleren Stadt mit hoher Arbeitslosigkeit" (S.43).

Zwar kommt es nicht zu einer Krise des kommunalen Haushalts, da Berlin aus politischen Gründen weiterhin erhebliche Subventionen von der Bundesregierung erhält, aber ein großer Teil der Bevölkerung verarmt

infolge der Arbeitslosigkeit, die durch Rationalisierungen und Personalabbau in öffentlichen Verwaltungen noch zunimmt.

Aus der Stadt abwandern werden unter solchen Bedingungen die Hochqualifizierten und diejenigen, die sich in anderen Städten günstigere Perspektiven erhoffen können. Der Bevölkerungsschwund nimmt bis 2000 solche Ausmaße an, daß rein statistisch zwei Stadtbezirke geschlossen werden könnten. Die ökonomische Desintegration und Verarmung der Bevölkerung ist um die Jahrtausendwende soweit fortgeschritten, daß die Slumviertel Berlins mit denen der Bronx in New York verglichen werden.

Dieser Schrumpfungsprozeß geht einher mit einer verstärkten Segregation, gesellschaftlichen Spannungen und einer "ökologisch deprimierenden Lage" (S.42) - eine Folge vor allem der laschen Umweltschutznormen der DDR - sowie einer ausgeprägten "Zukunftsangst" (S.42) besonders der ausländischen Jugendlichen. Trotz des rapiden Bevölkerungsrückgangs nimmt der Landschaftsverbrauch noch zu, da bei den Mittelschichten Einfamilienhäuser nach wie vor beliebt sind und, in der Hoffnung auf Neuansiedlungen, Gewerbeflächen neu erschlossen werden.

"Jetzt um die Jahrtausendwende muß man sich entscheiden, ob und wie die Stadt in einen städtebaulich geordneten Schrumpfungsprozeß überzuleiten ist" (S.49). Wie ein solcher Schrumpfungsprozeß zu organisieren wäre, bleibt offen. Dazu werden in diesem Szenario keine Ideen entwickelt, es wird lediglich geschildert, wie es zu dieser Schrumpfung kam und welche katastrophalen Folgen eine solche Entwicklung haben kann.

Unter bestimmten Bedingungen und Handlungsweisen der maßgeblichen Akteure erscheint eine weniger dramatische, "abgeschwächt schrumpfende Entwicklung" (S.20) in Berlin möglich. Wenn der als notwendig erachtete Strukturwandel so durchgeführt werden kann, daß in Berlin innovative Arbeitsplätze geschaffen werden, wie es im zweiten Szenario "*Offensive Eigenverantwortung*" dargestellt wird, kann der Schrumpfungsprozeß, der sowohl im Hinblick auf die Bevölkerungszahlen als auch im ökonomischen Bereich andauern wird, abgefedert und so gestaltet werden, daß im Jahr 2000 eine insgesamt "erfreuliche Konsolidierung" (S.31) konstatiert werden kann - trotz anhaltender Arbeitslosigkeit und verfallender Straßenzüge, an die man sich bis dahin in allen Städten "gewöhnt" haben wird.

zu Frage 2: Strategien der Stadtentwicklungspolitik

2.1. Reaktionen

zu 2.1.1. Institutionelle Reaktionen

Die Berliner Szenarien wurden im Auftrag des Senators für Stadtentwicklung und Umweltschutz von Hartmut E. Arrars (prognos AG), einem professionellen Szenario-Schreiber, erstellt.

Veränderungen innerhalb der planenden Verwaltung werden nicht thematisiert. Jedoch soll sich das Selbstverständnis der Politik insofern ändern, als staatliche Institutionen eine eher moderierende Funktion übernehmen sollen. Probleme müßten zwar rechtzeitig erkannt und mit den Betroffenen diskutiert werden, gleichzeitig gelte es aber, "den Druck abzubauen, daß die Politik auch selber Problemlösungen entwickeln und realisieren müsse" (S.17). Um Konfrontationen mit "Alternativen" zu vermeiden, sollten staatliche Aufgaben, die nicht näher erläutert werden, den Wohlfahrtsverbänden überlassen werden.

Im Szenario "Offensive Eigenverantwortung" werden die Vorzüge einer "kooperationsorientierte(n) Politik" (S.17) betont. Dieses gilt insbesondere für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Bemühungen, neue Produkte und Betriebe für Berlin zu gewinnen sowie Existenzgründungen zu erleichtern. Vermittelt durch die Politik besteht ein klassenübergreifender Konsens darüber, daß es zum "Strukturwandel ... keine Alternative (gibt)" (S.7), auch wenn dadurch die Arbeitslosigkeit noch zunimmt. Diese wird einerseits in Kauf genommen, da man hofft, daß eine "Umstellung der Berliner Wirtschaft ... sich ... mittelfristig positiv auswirken" (S.7) werde, andererseits soll die Arbeitslosigkeit durch ein Programm zur "Förderung flexibler Arbeitszeitregelungen" (S.6) gemindert werden, das in "Absprache mit Arbeitgebern und Gewerkschaften" (S.6) realisiert werden soll. Existenzgründungen werden in Zusammenarbeit mit der "westdeutschen Großindustrie" (S.8) gefördert werden, die einen dazu gegründeten "Venture-Capital-Fonds" maßgeblich finanziert.

Die Frage nach einer Demokratisierung der Planung wird nur einmal - im Szenario "Im Windschatten der Entwicklung" - angeschnitten. Dabei wird vor möglichen negativen Folgen der Berlin-Förderung gewarnt. Diese könne zwar die Investitionsfähigkeit der öffentlichen Hand dauerhaft sichern, aber es bestehe die Gefahr, daß durch den Zwang, bereitstehende Mittel schnell

abzurufen, für "komplizierte und langwierige Mitbestimmungsverfahren ... keine ausreichende Zeit" (S.38) mehr bleibe.

zu 2.1.2. *Methodische Reaktion*

Anlaß der Szenarien ist die Erarbeitung eines neuen Flächennutzungsplans, der "auf der Grundlage von Leitbildern zur räumlichen Stadtentwicklung aufgestellt werden (soll)" (S.1). Mögliche 'Zukünfte' sollen durch die Szenarien vorgestellt werden, ohne daß dabei der Anspruch erhoben wird, die 'richtige' Zukunft aufzuzeigen. Vielmehr komme es darauf an, "Denkanstöße" (S.3) für den zukünftigen Städtebau zu geben. Dazu sei die Szenariotechnik die adäquate Methode, da sie es erlaube, anders als formalisierte Prognoseverfahren, "qualitative Einflüsse" (S.4) einzubeziehen und deren Auswirkungen unter verschiedenen Bedingungen in Form von "beschriebenen Bildern" (S.4) darzustellen. Diese Bilder sollen die LeserInnen zu weiteren Assoziationen anregen.

Die Szenarien sind in der Vergangenheitsform verfaßt, wobei jeweils ein Bericht aus der Sicht Anfang der 90er Jahre, ein zweiter aus der Sicht des Jahres 2000 geschrieben wurde. In beiden Szenarien wird an bestehende Trends angeknüpft, deren unterschiedliche Entwicklung Folge möglicher Veränderungen durch neue Technologien und der jeweiligen Handlungsweise in den "Akteursbereichen 'Politik', 'Wirtschaft' und 'Bevölkerung'" (S.1) sind. Außerdem werden die Auswirkungen auf die Natur, die als "Reaktorsbereich" aufgefaßt wird, einbezogen.

- Im Szenario "*Offensive Eigenverantwortung*" können die Dezentralisierungspotentiale der neuen Technologien zugunsten des Strukturwandels der Wirtschaft genutzt werden. Ökologische Zielsetzungen dominieren im Zweifelsfall über ökonomische Interessen. Die Politik reagiert auch gegenüber Alternativen und AusländerInnen flexibel.
- Dagegen wird im Szenario "*Im Windschatten der Entwicklung*" eine räumlich konzentrierende Wirkung der neuen Technologien unterstellt, wodurch die Berliner Wirtschaft ins Abseits gerät.

Im Anhang werden fünf "Kurzbilder" vorgestellt, die sich jeweils auf einen Aspekt der Stadtentwicklung konzentrieren und in die beiden Hauptszenarien eingearbeitet wurden:

1. "Von der Werkbank zur Datenbank: Umstellung der Förderung" (S.51)
2. "Sturz in die finanzielle Realität: Harte Sparpolitik" (S.54)
3. "Stadt ohne Alternative: Zwang zum Wandel" (S.59)

4. "Stadt im sauren Regen: Berlins Umwelt läßt sich nicht selbstbestimmen" (S.63)
5. "Stadt ungelöster Konflikte: Eigenzerstörung offenen Auges"(S.66)

2.2. Perspektiven kommunalen Handelns

zu 2.2.1. Rahmenbedingungen kommunalen Handelns

Aufgrund des besonderen Status` Berlins ist ein Vergleich der Stadt mit den Rahmenbedingungen anderer Staädte nur eingeschränkt möglich.

Bereich der Finanzen hat die Berlin-Förderung der Bundesregierung einen zentralen Stellenwert. In den Szenarien werden die möglichen negativen Folgen herausgestellt: die staatlich subventionierte Bautätigkeit könnte "stadtzerstörend" (S.51) wirken und (darauf wurde in 2.1.1. schon hingewiesen) Mitbestimmungsverfahren einschränken; durch die Subventionierung von Betrieben der Massenproduktion könnte eine veraltete Arbeitsplatzstruktur verfestigt werden, die den Ansprüchen der Produktion mit neuen Technologie nicht gewachsen ist und langfristig die Arbeitslosigkeit noch erhöhen würde; schließlich bestehe die Gefahr, daß eine "satte Subventionsmentalität" (S.7) die "notwendige Eigenverantwortung" (S.19) verdrängt und die Möglichkeiten zur Selbsthilfe beschneidet. Positive Effekte der Subventionen seien dann möglich, wenn es gelingt, die Berlin-Förderung gezielt für den ökonomischen Strukturwandel und zur Absicherung des städtischen Haushalts einzusetzen - dann könnten, wie auch in anderen Regionen, Wachstumsimpulse erzielt werden.

Die relative Selbständigkeit Berlins erübrigt Forderungen nach einer Ausweitung der Planungskompetenzen ebenso wie die geopolitisch Lage der Stadt (1983) eine Diskussion über mögliche regionale Perspektiven.

zu 2.2.2. Leitbild der Zukunft

Zentrales Thema der Berliner Szenarien ist die Wirtschaftspolitik.

Berlin als Spitzenstandort der High-Tech-Industrien und internationaler Dienstleistungen, so läßt sich das im Szenario "*Offensive Eigenverantwortung*" weitgehend realisierte Leitbild der zukünftigen Stadtentwicklung zusammenfassen. Darin wird als "Ziel der 90er Jahre" (S.30) die Entwicklung "von der verlängerten Werkbank zur eigenständigen Datenbank" und der weitere Ausbau der Stadt zum "Handelsdrehpunkt zwischen Ost und West" (S.30) angegeben. Wenn diese Zielsetzung realisiert

werden kann, wobei eine konsequente Umweltpolitik eine der wichtigsten Voraussetzungen ist, könne auch die Abwanderung der Hochqualifizierten gestoppt und - trotz anhaltender, jedoch geringerer Schrumpfungsprozesse - ein positives Image Berlins erreicht werden.

Ökonomie: Da die Probleme der Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit strukturell bedingt sind, gibt es keine Alternative zum Strukturwandel. Der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik wird auf die innovativen Technologien gelegt. Leistungsfähige Betriebe aus diesem Bereich gilt es in Berlin anzusiedeln, wobei Gründerzentren den Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Produktion erleichtern und damit die "Innovationsgeschwindigkeit" (S.5) erhöhen. Innerbetriebliche Rationalisierungen müssen unterstützt werden, um die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe zu erhalten bzw. zu steigern, auch wenn dadurch Arbeitsplätze verlorengehen. Der Umweltschutz gilt als bedeutsames "Feld für innovative Produkte" (S.10) - wenn dieses erkannt wird, kann ein "know-How-Vorsprung" (S.10) erreicht werden, der durch wissenschaftliche "Spitzenkräfte" (S.6) und private Forschungseinrichtungen so abgesichert wird, daß Berlin zu einem "Spitzenstandort" (S.6) der software-Industrien wird. Dazu gehört auch, daß die Möglichkeiten zur Einrichtung elektronischer Heimarbeitsplätze, die positiv eingeschätzt werden, genutzt werden.

Auch im Dienstleistungsbereich wird eine europäische Spitzenstellung angestrebt ("Handelsdrehpunkt zwischen Ost und West"), jedoch wird in den Szenarien nicht erörtert, wie diese zu erreichen ist.

Eine "unterstützende und dulddende Politik gegenüber alternativen Betrieben" (S.7) wird sich langfristig auszahlen. Sie alleine könnten zwar nicht die Krise der Berliner Wirtschaft überwinden, aber sie leisten einen "positiven Beitrag" (S.7) und können sich durchaus zu "respektablen Unternehmen" (S.26) weiterentwickeln.

Von AusländerInnen werden, nach einer Liberalisierung der entsprechenden Gesetze, die vereinfachten Möglichkeiten zur Gründung von Unternehmen genutzt; besonders im Bereich der einfachen Dienstleistungen und des Handwerks sind die AusländerInnen tätig.

Ökologie: Wegen der Braunkohleöfen und der veralteten Automotoren in der DDR kann die Luftverschmutzung Berlins kaum reduziert werden.

In der Stadt werden besondere Anstrengungen unternommen, um durch Umweltschutzmaßnahmen die Wohnqualität zu verbessern, nicht zuletzt weil die Wohnqualität ein wichtiger Faktor in der Konkurrenz mit anderen Städten und Regionen ist und Freiflächen und Gärten in der Nähe von

Wohnungen "heiß begehrt" (S.27) sind. Ein Programm zur "rationellen Wasserverwendung und Abfallverwertung" (S.10) zielt neben den ökologischen Effekten auch auf die Schaffung neuer Produkte, deren Entwicklung und Herstellung die Wirtschaft beleben sollen. Umweltbelastende und solche Betriebe, die schützenswerte Freiflächen bebauen wollen, sind in der Stadt unerwünscht.

Die Bereitschaft der BewohnerInnen, in Eigenarbeit das Wohnumfeld zu verbessern, und das Engagement für Umweltschutz werden zunehmen, doch reicht dieses nicht aus, die Umweltsituation grundlegend zu verbessern.

Der wünschenswerte Ausbau des ÖPNV wird als unmöglich eingestuft, solange die heute schon vorhandenen Defizite nicht abgebaut werden können, was angesichts des Bevölkerungsrückgangs eher unwahrscheinlich ist. Der Umfang des PKW - Verkehrs wird so kaum reduziert werden können, es wird jedoch eine Zunahme des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs erwartet.

Sozialpolitik: Es werden zwar einige sozialpolitische Probleme benannt - die Arbeitslosigkeit etwa, von der AusländerInnen überdurchschnittlich betroffen sind, Segregation in den unbeliebten Großsiedlungen, die durch die Belegungspolitik der Ämter noch verschärft wird, und die Schwierigkeiten für einkommensschwache Bevölkerungsschichten, eine Wohnung zu finden - doch werden Lösungsmöglichkeiten in den Szenarien nicht diskutiert. Die Sozialpolitik wird nicht als ein zentrales Feld der Stadtentwicklungspolitik aufgefaßt, vielmehr wird eine Politikstrategie der Konfliktvermeidung und -abwälzung favorisiert.

Kultur: Die Stadtkultur wird in den Szenarien nicht thematisiert.

Raumstruktur: Eine Funktionsmischung von Wohnen und Gewerbe, die ihren Ausgangspunkt im "ganzheitlichen Lebensstil" (S.12) der Alternativen hat und schließlich zur Aufhebung der Zweckentfremdungsverordnung führt, kann sich bis zum Jahre 2000 durchsetzen. Davon profitieren schließlich auch große Unternehmen, weil dadurch die Heimarbeit noch ausgeweitet werden kann.

Die derzeit brachliegenden Flächen sollten der weiteren Bauplanung entzogen werden, da genügend Baulandreserven zur Verfügung stehen, die von privaten Besitzern vorgehalten werden.

Periphere Großsiedlungen werden zunehmend unbeliebt und fallen teilweise leer, so daß der Abriß erwogen wird.

Bestrebungen des "City-farming" (S.28), die eine wesentliche Auflockerung der Nutzungsdichte anstreben, stehen im Widerspruch zu Vorstellungen über eine urbane Stadt, könnten letztlich in die Provinzialität führen und können sich nicht durchsetzen.

"Szenarien zur Stadtentwicklung Braunschweig"

Heik Afheldt (prognos AG, Basel), Dez. 1982

Auftraggeber: Stadt Braunschweig

zu Frage 1: Problemdefinition der Stadtentwicklung

Die "kritische Situation" (S.2) der Stadt Braunschweig ist gekennzeichnet durch den stetigen Rückgang von Bevölkerungszahlen und Arbeitsplätzen. Als Folge hieraus wird in Zukunft ebenso das Steueraufkommen wie auch das private Einkommen und somit der Einzelhandelsumsatz der Stadt stagnieren oder sogar zurückgehen. Die Stadt kann vielen öffentlichen Aufgaben "bald nicht mehr voll nachkommen" (S.2).

Die so skizzierte Situation wird als abhängig von übergeordneten Einflüssen verstanden. Sowohl die "große Politik" und die "veränderten Wertvorstellungen" der Menschen als auch die "wirtschaftliche Großwetterlage" (S.9) sind nur unwesentlich von der Stadt beeinflussbar. Der "Schwund an Arbeitsplätzen" (S.2) und die Verschuldung der Stadt nehmen weiter zu, die städtischen Einnahmen und somit die Handlungsfähigkeit der Stadt gehen weiter zurück.

In Szenario 1: "*Braunschweig sicher auf steiler Talfahrt*" wird die Lage der Stadt als "ausserordentlich mies" (S.5) bezeichnet. Der Verlust an Arbeitsplätzen und Wohnbevölkerung ist so gravierend, daß die Region als 'Bermuda Dreieck Nord' bezeichnet wird, in der gleichsam über Nacht ganze Industriebetriebe verschwinden. Weite Teile der Bevölkerung leben von Transferzahlungen, die städtische Finanzlage ist katastrophal. Die Folgen dieser Entwicklung für den Einzelhandel sind schwerwiegend. Viele Geschäfte müssen schließen, Kaufhäuser stehen leer und dienen als Notunterkünfte für Obdachlose oder als Lagerhallen für die Aktenberge der Verwaltung. Das Bild der Stadt wirkt durch die leerstehenden Gebäude, Fabriken und Wohnungen "gespenstisch" (S.4). Die einst sehr schönen historischen Bauten verfallen. Straßenbauprojekte können nicht zu Ende geführt werden. Der ÖPNV ist aus Gründen der Wirtschaftlichkeit weitgehend eingeschränkt worden. In dieser Situation ist die Sicherheit des Einzelnen durch die explosiv ansteigende Kriminalität bedroht.

zu Frage 2: Strategien der Stadtentwicklungspolitik

2.1. Reaktionen

Die Szenarien der Stadt Braunschweig wurden durch Heik Afheldt von der prognos AG erarbeitet und in zwei Seminaren in Braunschweig mit VertreterInnen der Verwaltung, öffentlicher Institutionen und des Rates diskutiert. Die Bemühung der Stadt, einen professionellen Szenarioschreiber mit der Erstellung von Zukunftsbildern zu betrauen, ist eine Reaktion auf die sich wandelnden Bedingungen der Stadtentwicklung.

zu 2.1.1. Institutionelle Reaktion

In Szenario 2: "*Braunschweig, das Mekka für Innovation und sanfte Technologien*" machte eine Umstrukturierungsaktion in der planenden Verwaltung, in deren Verlauf die 22 Stadtbezirke auf 18 reduziert werden, neue Motivationen für die Verwaltung möglich. Beamte und Angestellte, von ihren alten Aufgaben freigestellt, wurden nun zu Beratern und Moderatoren für die privaten Initiativen in den Stadtteilen. Eine stärkere Betonung der informellen Politik oder eine Demokratisierung der Planung werden nicht thematisiert.

zu 2.1.2. Methodische Reaktion

Die als bedrohlich empfundene Entwicklung der Stadt erfordert eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der mittel- und langfristigen Zukunft. Mögliche Reaktionen müssen überlegt werden, da die allgemeinen Rahmenbedingungen und die "wenig bevorzugte Situation der Stadt am Rande der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" (S.3) keine Hoffnung darauf lassen, daß sich die Probleme von selbst regulieren. Es ist erforderlich, die Spielräume der städtischen Politik unvoreingenommen und kritisch zu überdenken. Dafür scheinen die alte Form der Stadtentwicklungsplanung und die konventionellen Prognosemethoden nicht mehr angemessen. Vielmehr soll die Anwendung der Szenariotechnik die Möglichkeit bieten, zu wirklich neuen Ansätzen zu kommen und Denkanstöße zu vermitteln: "Auf zu neuen Ufern!" (S.3).

Beide Szenarien sind "als Geschichten" aus dem Jahr 2000 geschrieben.

- In Szenario 1: "*Braunschweig sicher auf steiler Talfahrt*" nimmt die negative Entwicklung Braunschweigs un gelenkt ihren Lauf, so daß mutlos festgestellt werden muß, daß Armut und Kriminalität die einzigen "Wachstumspotentiale" (S.5) der Stadt zu sein scheinen.

- Szenario 2: "*Braunschweig, das Mekka für Innovation und sanfte Technologien*" verdeutlicht, daß dieselben Ausgangsbedingungen städtischer Entwicklung auch andere Auswirkungen haben können, wenn es gelingt, mit klaren Zielvorstellungen der Talfahrt entgegenzusteuern.

Die Szenarien sollen die Eckpfeiler der möglichen Entwicklung kennzeichnen, das angestrebte bzw. realistisch mögliche Ziel liegt irgendwo dazwischen, da natürlich nicht alles zu befürchten ist, was in Szenario 1 geschildert wird, aber auch nicht alles zu erreichen sein wird, was in Szenario 2 vorgestellt wird.

2.2. Perspektiven kommunalen Handelns

zu 2.2.1. Rahmenbedingungen kommunalen Handelns

In beiden Szenarien werden die Rahmenbedingungen kommunalen Handelns auf ungewöhnliche Weise thematisiert.

In Szenario 1 hat ein Scheichtum die Patenschaft für Braunschweig übernommen und ist zur lebensnotwendigen Geldquelle der Stadt geworden. Diese "großzügige Entwicklungshilfe von Süd nach Nord" (S.5) stopft notdürftig das alljährliche Haushaltsdefizit. Im Gegenzug mußte der gesamte städtische Besitz als Sicherheit an den Scheich verpfändet werden.

Eine Erweiterung der finanziellen oder planerischen Kompetenzen wird nicht gefordert. Vielmehr wird die Abhängigkeit von Lüneburg (der neuen Hauptstadt des Nordstaates, der durch die Zusammenlegung der vier norddeutschen Bundesländer entstanden ist) beklagt.

In Szenario 2 wird mit den bisherigen Rahmenbedingungen städtischer Politik weitgehend gebrochen. Es wird eigenmächtig eine "TEILAUTONOME REGION BRAUNSCHWEIG" (S.8) erklärt, in der eine Vielzahl von rechtlichen Bindungen und Normen keine Gültigkeit mehr haben. Im Lauf der letzten 15 Jahre ist es den Ordnungskräften des Bundes nicht gelungen, dieses Vorgehen zu sanktionieren, so daß sich der neue Status der Stadt Braunschweig zumindest der Zustimmung des Auslandes erfreut. Welches Ausmaß an finanzieller, rechtlicher und planerischer Freiheit die 'Teilautonome Region Braunschweig' hat, wird nicht näher ausgeführt.

zu 2.2.2. Leitbild der Zukunft

Zentrales Thema der Braunschweiger Szenarien ist die wirtschaftliche Situation der Stadt.

Der Titel von Szenario 2: "*Braunschweig, das Mekka für Innovation und sanfte Technologien*" steht zugleich für das Leitbild der Zukunft. Darin wird die weitere Entwicklung der Stadt unter den Bedingungen einer Politik beschrieben, die mit klaren Zielsetzungen der in Szenario 1 geschilderten Talfahrt gegensteuert. Braunschweig ist zu einem internationalen "Agrar- und Biozentrum" (S.6) mit prosperierender Wirtschaft und wieder steigenden Einwohnerzahlen geworden. Durchsetzbar war diese Politik nur in der eigenmächtig ernannten 'Teilautonome Region Braunschweig', in der sich die Stadt weitgehend von den bestehenden Rahmenbedingungen unabhängig machen konnte. Anstoß hierfür war des "Diktat der leeren Kassen" (S.7), das ein Nachdenken über neue Ansätze notwendig machte. "Die Stadt selbst hat diesen Aufschwung durch eine vorausschauende, gut gezielte Strategie herbeigeführt" (S.7). So wurde Mitte der 80er Jahre unter Mitwirkung aller Parteien das "LEITBILD BRAUNSCHWEIG 2000" (S.7) verabschiedet, das zum verpflichtenden Maßstab für alle weiteren Entscheidungen des Rates wurde. "Seltsamerweise haben, ..., die Grünen einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet" (S.7).

Ökonomie: Das Konzept des 'Agrar- und Biozentrums' und die damit verbundenen Forschungs- und Wirtschaftsförderungsmaßnahmen sind die Voraussetzung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Stabilisierung der Wirtschaft. Hierdurch bekam Braunschweig einen "guten Namen" (S.6) bei Agrartechnikern und Biologen sowohl in den Entwicklungsländern, als auch in den Industrienationen. Jährlich leben etwa 10.000 Ausländer in der Stadt, die hier neue Methoden des Landbaus und der Lagerung, Verarbeitung und Konservierung von Lebensmitteln erlernen. Um die verschiedenen Klimazonen der Erde zu simulieren, sind große Flächen um die Stadt künstlich klimatisiert. Es ist gelungen, Braunschweig als internationalen Standort für die Messe "Moderner Landbau" zu etablieren. Auch hat sich, nach Abbau der Mauer(!), in der losen Konföderation zwischen BRD und DDR ein großer Bedarf an Beratungstätigkeiten für angepaßte Agrartechnologie ergeben.

Kernstück des angestrebten Wachstums in Braunschweig sind also Land- und Forstwirtschaft und der Maschinenbau, wovon auch andere Bereiche, wie Handel, Banken, Versicherungen und sonstige Dienstleistungen profitieren, so daß sich die Zahl der Arbeitslosen in diesem günstigen Entwicklungsklima zunächst stabilisiert und dann immer weiter zurück geht.

Auf dem alternativen Sektor entstehen z.B. viele Dritte-Welt-Läden. Nicht zuletzt profitiert die Stadt vom Tourismus und dem internationalen Tagungs- und Kongresspublikum.

Ökologie: Ausdrücklich werden nur zwei Maßnahmen des Umweltschutzes erwähnt. Erstens das vorbildlich integrierte Verkehrswegenetz, in dem der Radverkehr und der ÖPNV einen zentralen Stellenwert haben. Für den PKW-Verkehr sind nur wenige Straßen freigegeben. Und zweitens die entscheidende Verbesserung der Stadtqualität durch die drastische Verringerung der Luftbelastung, nachdem die meisten Häuser durch Fernwärme und Solarziegel beheizt werden.

Obwohl nur diese beiden Maßnahmen genannt werden, ist das Leitbild durch die Betonung der Bedeutung des biologischen Landbaus von ökologischen Motivationen getragen.

Sozialpolitik: Es wird erkannt, daß Beschäftigungslosigkeit sozial und psychologisch viel gravierendere Folgen haben kann als Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grunde werden Arbeitslose immer wieder als freiwillige Baukolonnen in das Programm zum 'Leitbild Braunschweig 2000' einbezogen, was wiederum für die Entwicklungsländer mit ganz ähnlichen Problemen besonders lehrreich ist.

Kultur: Maßnahmen zur Förderung der städtischen Kulturpolitik werden nicht genannt.

Raumstruktur: In umfassenden Verschönerungsaktionen ist alte, häßliche Bausubstanz durch neue, freundliche Gebäude ersetzt worden. Absolventen des Studienganges Architektur erhalten alljährlich den Auftrag, Baulücken zu schließen.

"Soziokulturelle Szenarien für die Stadt Freiburg im Breisgau"

Hartmut E. Arras (Syntropie, Stiftung für Zukunftsgestaltung, Allschwil),
Juni 1986; Auftraggeber: Freiburger Stadtbau GMBH

zu Frage 1: Problemdefinition der Stadtentwicklung

Lange hatte die Entwicklung der Stadt Freiburg problemlos gewirkt. "Alles stimmte" und man war "mit sich beschäftigt" (S.11). Die für sicher gehaltene problemlose Zukunft begann erst zu schwinden, als Freiburg, wie andere Städte auch, die negativen Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels zu spüren bekam.

Hohe Arbeitslosigkeit, der Verlust der wirtschaftlichen Leistungskraft, Schrumpfungsprozesse im Handel, Rationalisierung und Konkurse im produzierenden Gewerbe, Einwohnerverluste, zurückgehende StudentenInnenzahlen, das Waldsterben im Schwarzwald und hohe Umweltbelastungen in der Stadt kennzeichnen die Situation der Stadt. In welchem Ausmaß sich diese Entwicklungen fortsetzen und welche qualitativen Folgen daraus für Freiburg erwartet werden, ist in den Szenarien eng an die Aufgeschlossenheit gegenüber der Region geknüpft.

Die These, auf der diese Überlegungen aufbauen, lautet: "Die Mentalität einer Stadt bestimmt im hohen Umfang ihre Entwicklung" (S.5). Somit ergibt sich als zentrales Problem der beiden Szenarien die Frage, in welcher Weise die Mentalität der Freiburger BürgerInnen in Zukunft die Handlungs- und Innovationsfähigkeit der Stadt bestimmen wird. In einer Situation, in der die weitere Entwicklung der Stadt maßgeblich von der möglichen Hinwendung zu gemeinsamen Handlungsstrategien der gesamten Region abhängt, erscheinen die Verhaltensweisen der BewohnerInnen, die die Stimmung in der Stadt gestalten, von großer Wichtigkeit. "Welche Qualität der alemannischen Mentalität würde die Zukunft bestimmen? Die calvinistische Kritikfähigkeit und Offenheit oder die eher bedächtige, auf Bewahrung ausgerichtete Lebensäußerung, die kein großspuriges Auftreten braucht, die mit dem gegebenen Standard zufrieden ist?" (S.12).

In Szenario A: "*Inversion*" prägt die bedächtige Mentalität die Politik. Verschiedene Projekte der grenzüberschreitenden Kooperation sind an Kompetenzstreitigkeiten gescheitert, wodurch die Bedeutung der Region und Freiburgs gesunken ist. Die Auswirkungen auf die Stadt sind manigfaltig: Obwohl sich die Situation angesichts der Abnahme der Bevölkerung verbessert, umfaßt die "Arbeitsplatzschrumpfung" (S.25) fast alle

Wirtschaftszweige. Nicht nur im produzierenden Gewerbe werden Arbeitskräfte freigesetzt, auch in den Dienstleistungsunternehmen machen sich die negativen Folgen der zentralisierenden Wirkung der Kommunikationstechnologien zugunsten der großen Agglomerationen bemerkbar. Verwaltungen und der Arbeitgeber Universität mußten rationalisieren. Der schrumpfende Computermarkt hatte bei weitem nicht die "Hoffnungsidee Silicon Valley" (S.25) gerechtfertigt.

Durch den Rückgang der Geburtenzahlen und die Abwanderung junger Fachkräfte wurde die Altersstruktur stark verändert. Die Stadt kann der dadurch entstehenden Nachfrage nach sozialen und pflegerischen Dienstleistungen nicht nachkommen. Das Angewiesensein der Alten auf Sozialhilfe verschlechtert noch die Finanzlage der Stadt. Da es nicht gelungen ist, der Universität und den Studiengängen ein dynamisches Profil zu verschaffen, gehen die StudentInnen/zahlen und das Renomé der Universität immer weiter zurück. Umweltschutzmaßnahmen kamen für den Baumbestand des Schwarzwaldes größtenteils zu spät.

Die Entwicklung der Stadt erscheint zur Jahrtausendwende einigen Freiburger BürgerInnen als "beklemmende geistige Ruhe und Enge" (S.36), wohingegen andere die Überschaubarkeit der Stadt und das geruhsame Alltagsleben sehr schätzen.

Auch in Szenario 2: "*Überwindung*" gibt es ähnliche Probleme, aber es gelingt größtenteils, konstruktiv mit ihnen umzugehen. Dennoch bleiben einige wichtige Probleme: so wirkt z.B. neben dem überproportionalen Wohlstand der neuen Aufsteiger die Armut der Marginalisierten, denen es nicht gelungen ist, sich in das veränderte Arbeitsleben einzugewöhnen, um so erschreckender. Auch ist es nicht gelungen, die räumliche Segregation der Armen zu verhindern.

zu Frage 2: Strategien der Stadtentwicklungspolitik

2.1. Reaktionen

zu 2.1.1. Institutionelle Reaktionen

Institutionelle Reaktion im Sinne unserer Fragestellung werden nicht direkt thematisiert. Die angestrebten intensiven Diskussionen zwischen Stadt, Universität und Wirtschaft werden erwähnt, woraus sich die Tendenz zu einer stärker kooperatistischen Politik erkennen läßt.

zu 2.1.2. Methodische Reaktion

Die Szenarien sind im Auftrag der Freiburger Stadtbau GmbH von Hartmut E. Arras (Syntropie) erstellt worden.

Die Szenariotechnik wurde gewählt, um die qualitative Entwicklung der Stadt in ein Geflecht wechselseitiger Beziehungen bringen zu können (vgl. S.2). Auf diese Weise lassen sich verschiedene 'Zukünfte' der Stadt erarbeiten, wodurch die Diskussion über die wünschenswerteste Zukunft ermöglicht werden soll.

Die Anwendung dieser Methode ist notwendig geworden, nachdem der breite Konsens über das, was Zukunft sein kann, vor dessen Hintergrund die quantitativen Prognosen entstanden waren, zerbrochen ist. Der Verzicht auf solche quantitativen Prognosen soll helfen, "im Kopf des Lesers Bilder zu produzieren, die einfach nachzuvollziehen und zu ergänzen sind" (S.3). Die Qualität der Szenarien besteht darin, daß sie helfen, die immer komplexer werdenden Zusammenhänge verständlich darzustellen, ohne sie zu "verstümmeln" (S.1).

Den Szenarien ist eine Beschreibung der momentanen Situation, der "Wegscheide" (S.7), an der die Entwicklung Freiburgs sich befindet, im Stil eines Kurzszenarios vorangestellt. Beide Szenarien sind in zwei Abschnitten als Rückblick auf die Entwicklung der Stadt aus der Zeit um die Jahrtausendwende und zur Zeit der 900-Jahr-Feier im Jahr 2020 geschrieben. Ihnen liegen zwei "Einstiegshypothesen" (S.6) über die möglichen Verhaltensweisen der Bevölkerung zugrunde. Die beschriebenen Unterschiede in der Entwicklung der Stadt Freiburg werden maßgeblich auf die Auswirkungen der Verhaltensweisen zurückgeführt.

- In Szenario A: "*Inversion*" dominiert die "bedächtige, skeptische Gangart" (S.6) der Alemannen die Stimmung. Es wird darauf geachtet, daß die "warme Behaglichkeit wenig gestört wird und die Hektik die Stadt nicht verändert" (S.6), wodurch neue Entwicklungen nicht rechtzeitig erkannt und das Potential der Region nicht genutzt wird. Die "ruhige, undramatische Stimmung" (S.24) um die Jahrtausendwende kann nicht über die Sorgen der Stadt hinwegtäuschen.
- In Szenario B: "*Überwindung*" ermöglicht die "jakobinische Grundstimmung" (S.6) mit dem Willen zur Eigenständigkeit und zur Unabhängigkeit von Stuttgart die Förderung des regionalen Potentials.

Eine Abwägung der Szenarien findet nicht statt. Obwohl ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß mit den beiden unterschiedlichen Aspekten der

alemannischen Mentalität, die in die Einstiegshypothesen eingehen, keine Wertung verbunden sei, zeichnet doch Szenario B die positivere Entwicklung, in der es gelingt, "Schwächebereiche zu überwinden und neues Entwicklungspotential zu aktivieren" (S.7).

2.2. Perspektiven kommunalen Handelns

zu 2.2.1. Rahmenbedingungen kommunalen Handelns

Forderungen nach der Verbesserung der finanziellen Situation der Kommune oder der Erweiterung der Planungskompetenz werden in beiden Szenarien nicht erhoben, obwohl z.B. kritisch festgestellt wird, daß die Abhängigkeit Freiburgs vom vertikalen Finanzausgleich bei den angespannten Gemeindefinanzen noch weiter zunimmt (vgl. S. 26). In beiden Szenarien setzt sich die Stadt intensiv mit dem "regionalen Potential" (S.7) auseinander. Man will "Gemeinsamkeiten im Dreiländereck entdecken und unterstützen... (und) in der Gemeinsamkeit neue Möglichkeiten" sehen (S.12). Die Kernstadt ist in die regionale Perspektive eingebunden und profitiert von ihr.

zu 2.2.2. Leitbild der Zukunft

Zentrales Thema der Freiburger Szenarien ist die Anpassungsfähigkeit der Stadt und ihrer Bevölkerung an den ökonomischen Strukturwandel.

Mit dem Titel von Szenario B: "*Überwindung*" wird als Leitbild der Zukunft der Stadt Freiburg eine Politik der Überwindung der Grenzen und der Zusammenarbeit im Dreiländereck gekennzeichnet. Die von vielen gesellschaftlichen Gruppen getragenen Anstrengungen der Stadt zielen auf eine "intensive Kooperation über dessen Grenzen" (S.7) hinweg. Nachdem die "jakobinische Grundstimmung" (S.6) in diesem Szenario die Zukunft bestimmte, konnte man feststellen, daß die "Freiburger Mentalität, der man so oft eine gewisse Verschlafenheit unterstellt habe, eine große Fähigkeit aufweise für Dynamik und Vision" (S.76). Da gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, wie der allgemeine Rückgang von Bevölkerungszahlen und Arbeitsplätzen, als gegeben vorausgesetzt und für die Stadt Freiburg als nicht ungewöhnlich dramatisch gedeutet werden, orientiert sich das Leitbild ausschließlich an der Auswirkung der Mentalität der BürgerInnen auf die Handlungsfähigkeit der Stadt.

Die Zusammenarbeit mit der Region zeitigt nach einer mühsamen Anlaufphase auf vielen Gebieten Erfolge.

Nachdem es gelungen war, der Universität durch die interdisziplinäre Auseinandersetzung mit den wichtigsten Themen der Zeit ein neues Image zu geben, und sich eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt etabliert hatte, konnte man die gemeinsamen Interessen konsequenter und koordinierter vertreten. Hieraus erwuchsen auch für die Region viele positive Impulse. So gelang es z.B., den Großrechner Cray I nach Freiburg zu holen, eine grenzüberschreitende Klimatologie-Forschung zu etablieren und die Europäische Managementschule zu gründen. Um die gemeinsamen Vorhaben der Region nicht zu gefährden, beschloß man, aus den ersten Schwierigkeiten zu lernen und so die Entwicklung eines regionalen Gemeinschaftsverständnisses zu fördern. Um frühzeitig gemeinsam durchdachte Handlungsstrategien und Argumentationskonzepte entwerfen zu können, entwickelte man ein "Ideenmanagement" (S.54), das in seinem Vorgehen der Szenariotechnik sehr ähnelt (vgl. S.55). So sprach zur Feier des Jahres 2000 die "positive Bilanz des Regio-Gedanken(s)" (S.59) für sich.

Auch für die Stadt ist das Leitbild der Zukunft von der veränderten Stimmung, der Offenheit für fundierte und begründete Zukunftsvorstellungen geprägt, die ihren Ausdruck im intensiven "urbanen Body-building" (S.61) findet. Weitere wichtige Veränderungen bringen das ökologische Bewußtsein, die durchgesetzte Emanzipation, das neue Selbstbewußtsein der Alten und das große Bedürfnis nach selbstbestimmter Arbeit und Zeiteinteilung sowie der Wunsch nach urbanem Wohnen in einer kulturell vielfältigen Stadt.

Ökonomie: Durch die wissenschaftliche und wirtschaftliche Kooperation mit der Region kommt es zu entscheidenden Impulsen für die Wirtschaft. Neue Betriebe werden gegründet, hochqualifizierte Dienstleistungen nachgefragt. Arbeitslosigkeit ist "kein quantitatives Problem" (S.65) mehr. Es entsteht eine selbstbewußte Gruppe junger Selbständiger, die "Erfolg, Einkommen und Freiheit" (S.66) suchen und mit viel "Kreativität" neue Dienstleistungen und Produkte entwickeln. Bis zum Jahr 2020 können sich die kleineren und mittleren Betriebe stabilisieren, da sie flexibel auf die differenzierte Nachfrage reagieren können. "Die Schreckensvision menschenleerer Roboterhallen ist der Realität des Gewusels kleiner intelligenter Unternehmen gewichen" (S.81).

Ökologie: Angesichts der gravierenden Umweltschäden wird eine "konsequent ökologisch orientierte Stadtpolitik" (S.64) verfolgt, sodaß umweltverträgliche Produkte, Produktionsweisen und Entwicklungsstrategien zu

einem "selbstverständlichen Teil des regionalen Wissens und Handelns" (S.79) werden.

Sozialpolitik: Obwohl sich die finanzielle Situation der Kommune stabilisiert hat, bleibt deren Pflegeleistungen für alte Menschen unbefriedigend, so daß diese sich "als notwendige Form der Selbsthilfe" (S.79) gegenseitig helfen und versorgen.

Kultur: Die Fertigstellung der Kultur- und Tagungsstätte hat eine durchschlagende Wirkung auf die Qualität des Lebens in der Stadt Freiburg. Sie wird neuer Mittelpunkt der Stadt und international anerkannte Tagungsstätte, in der die "brennenden Fragen der modernen Zeit" (S.72) verhandelt werden. Auch von der intensiven und kreativen Kulturarbeit in den Stadtteilen gehen wichtige Impulse aus.

Raumstruktur: Wichtigste Veränderung der Raumstruktur war die Aufhebung der Funktionstrennung in den Quartieren und der Umbau der Großsiedlungen der 70er Jahre, so daß eine Wiederbelebung dieser Gebäude, die früher von "unerträglicher Phantasielosigkeit" (S.71) gekennzeichnet waren, gelang. Die fußgängerfreundliche Innenstadt strahlt eine "urbane Mischung von Muße und Intensität " (S.82) aus. Der dreistaatliche Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg und das gut ausgebaute ICE-Netz ermöglichen optimale Verkehrsverbindungen.

"Scenarien über die Stadt Leverkusen"

Hartmut E. Arras (Syntropie, Stiftung für Zukunftsgestaltung Allschwill)
Juni 1986; Auftraggeber: SPD - Fraktion Leverkusen

zu Frage 1: Problemdefinition der Stadtentwicklung

Im Mittelpunkt der Szenarien, und damit der Problemdefinition, stehen die "kommunalen Handlungsbereiche Wohnen, Einkaufen und Verkehr" (S.1). Im Szenario "Patt" wird eine Entwicklung geschildert, für die ein drastischer Bevölkerungsrückgang bis zum Jahr 2000, Arbeitsplatzverluste beim Chemiekonzern Bayer, sinkende Gewerbesteuereinnahmen sowie durch den Verkehrslärm beeinträchtigte Wohngebiete und eine häßliche City kennzeichnend sind. Wichtigster Grund dieser problematischen Situation zur Zeit der "Jahrtausendfeier" ist das Fehlen gemeinsam getragener, gesamtstädtischer Vorstellungen und Konzepte, die über isolierte Maßnahmen in den Stadtteilen hinausgehen.

Das Stadtzentrum, Sinnbild der "Kulturlosigkeit der 60er Jahre" (S.11), wird in den 80er Jahren nur halbherzig saniert und erweist sich angesichts des Bevölkerungsschwunds als überdimensioniert. In der Konkurrenz um Konsumenten gerät Leverkusen gegenüber den nahegelegenen Großstädten in das Hintertreffen. Leerstände und Billigläden sind sichtbare Zeichen der mangelnden Attraktivität, die zusätzlich dadurch geschmälert wird, daß die leergefallenen Kaufhäuser Ziel von "Vandalenakten" (S.14) werden und ein Platz in der City von Obdachlosen als zentraler Treffpunkt genutzt wird.

Auch hinsichtlich der Wohnqualität kann Leverkusen gegenüber der Konkurrenz der Umlandgemeinden nicht mithalten. Auch hier sind es "gravierende Versäumnisse" (S.17) der 80er Jahre, die die desolate Situation im Jahr 2000 bewirken: weder gelang es, die Wohnbedingungen in den Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus, wo sich die gesellschaftlichen Spannungen zuspitzen, erträglich zu gestalten, noch mit einem gesamtstädtischen Verkehrskonzept die Wohngebiete vom Verkehrslärm zu entlasten. So wurde aus ökologischen Gründen auf den Bau von Umgehungsstraßen verzichtet, gleichzeitig aber der öffentliche Nahverkehr nicht so ausgestattet, daß er zu einer ernstzunehmenden Alternative zum bequemen Autofahren werden konnte. Die Belastung durch den Autoverkehr führte in einigen Wohngebieten zum Wertverlust der Häuser und beschleunigte die Abwanderung von BewohnerInnen. Diese wurde zusätzlich dadurch forciert, daß, ebenfalls aus ökologischen Motiven, angesichts des Überangebots an Wohnungen keine neuen Bauflächen ausgewiesen wurden, so daß bauwillige

Familien gezwungen waren, in das Umland abzuwandern, wollten sie nicht auf die Errichtung eines Eigenheims verzichten.

zu Frage 2: Strategien der Stadtentwicklungspolitik

2.1. Reaktionen

zu 2.1.1. Institutionelle Reaktionen

Die Leverkusener Szenarien wurden von der SPD-Fraktion in Auftrag gegeben und von Hartmut E. Arras (Syntropie) geschrieben.

Veränderungen innerhalb der planenden Verwaltung werden nicht angestrebt. An der "intensiven Auseinandersetzung über die Zukunft" (S.25), die die positive Entwicklung des Szenarios "Konsens" begründet, ist jedoch auch die Verwaltung beteiligt. Eine neue Aufgabe der Verwaltung ist die Beratung von Privathaushalten zum ökologischen Gartenbau.

Die Bereitschaft zu gemeinsamen Diskussionen und zum Lernen ist Voraussetzung für den "Konsens" über die zukünftige Stadtentwicklung. Von wem dieser getragen wird und welche gesellschaftlichen Gruppen maßgeblich an der Konsensfindung beteiligt waren, bleibt unklar, so daß auch nicht ersichtlich ist, ob damit eine Demokratisierung einhergeht.

zu 2.1.2. Methodische Reaktion

Die Leverkusener Szenarien sollen sowohl zu einer "kritische(n) Rückschau" (S.9) auf die Planungen der 60er und 70er Jahre beitragen als auch die Diskussionen über neue Zielsetzungen kommunaler Politik bereichern, die angesichts der wirtschaftlichen, technologischen, ökologischen und demographischen Veränderungen notwendig geworden seien.

Wichtigstes Unterscheidungskriterium der beiden Szenarien ist die jeweils dominierende "Mentalität" (S.2). Auf die unterschiedlichen Grundstimmungen, auf das Verhältnis zwischen den wichtigsten Parteien und das zwischen den BürgerInnen und PolitikerInnen, werden Erfolge bzw. Mißerfolge der Aktivitäten in den städtischen Bereichen Wohnen, Einkaufen und Verkehr zurückgeführt. Mit zwei "Einstiegshypothesen" (S.3) wird die jeweils vorherrschende Mentalität der Szenarien beschrieben.

- Im Szenario "*Patt*" verhindert das "Stadtteildenken" (S.3) und die gegenseitige "Paralysierung" (S.13) der politischen Parteien die Entwicklung wirksamer Konzepte zur Steigerung der Attraktivität des Zentrums und zur Verbesserung der Wohnqualität.
- Im Szenario "*Konsens*" dagegen dominiert das "Gesamtstadtdenken" (S.3), wofür die Bereitschaft zum gemeinsamen Lernen und Diskutieren über Ziele und Maßnahmen der Stadtpolitik charakteristisch ist. Auf dieser Basis gelingt die Vitalisierung der City und die Senkung der Verkehrsbelastung in den Wohnvierteln.

Beide Szenarien sind aus der Perspektive eines Zeitzeugen des Jahres 2000 geschrieben, der die Stimmung während der "Jahrtausendfeier", Diskussionen und den Verlauf von Veranstaltungen in verschiedenen Stadtteilen schildert. Im Szenario "*Konsens*" wird zudem ausführlich aus ebenfalls fiktiven Protokollen über richtungsweisende Diskussionen und Beschlüsse der Jahre 1986/87 berichtet.

Die Bewertung der Einstiegshypothesen und der Szenarien soll zwar einer späteren Diskussion vorbehalten bleiben, doch ist mit der Zuordnung der negativen Aspekte zum Szenario "*Patt*" und der positiven zum Szenario "*Konsens*" auch die Wertung der Szenarien eindeutig.

2.2. *Perspektiven kommunalen Handelns*

zu 2.2.1. *Rahmenbedingungen kommunalen Handelns*

Im Szenario "*Patt*" gehen die Einnahmen der Stadt aus der Gewerbesteuer zurück, da bei Bayer Produktionsstätten in das Ausland verlegt werden. Es wird jedoch keine Möglichkeit gesehen, den Hebesatz zu erhöhen, um die Ausfälle auszugleichen, da dann die Gefahr bestünde, daß Betriebe in das benachbarte Köln abwandern. Forderungen an den Bund oder das Land zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation werden nicht erhoben.

Die Planungskompetenzen werden nicht thematisiert.

Die Szenarien sind aus der Perspektive der Kernstadt geschrieben. Wie sich Leverkusen in der Konkurrenz mit den Umlandgemeinden und den Nachbarstädten behaupten kann, ist der Ausgangspunkt und die zentrale Fragestellung der Szenarien.

zu 2.2.2. Leitbild der Zukunft

Zentrales Thema der Leverkusener Szenarien ist die Stärkung der Kernstadtfunktion.

Schon in den Vorbemerkungen zu den Szenarien wird deutlich, welches Leitbild Basis der Zukunftsentwürfe ist:

"Das zukünftige *Schicksal der Stadt* Leverkusen ist ganz stark davon abhängig, wie sehr es ihr gelingt, sich ein *städtisches Flair* zu eigen zu machen. Sie sollte dazu die *Wohnqualität erhöhen*, die *Zentrumsqualität stärken* und die *Verkehrsbelastung der Wohnquartiere senken*." (S.2, Hervorhebungen im Original)

Im Szenario "*Konsens*" wird beschrieben, wie diese Zielsetzungen bis zum Jahr 2000 verwirklicht werden konnten. Auf der Grundlage einer weitgehenden Übereinstimmung in der Bevölkerung und den politischen Parteien über kommunalpolitische Ziele und die Wege zu deren Realisierung werden ab Ende der 80er Jahre die entsprechenden Konzepte nach ausführlichen Diskussionen entwickelt. Diese Konzepte beziehen sich im wesentlichen auf die Stadtgestalt, den Wohnungsbau und den Verkehr. Die verschiedenen Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Abwanderung von BewohnerInnen zu stoppen und Leverkusen auch für die "Yuppies" (S.27) interessant zu machen.

Ökonomie: Neben dem Chemiekonzern soll eine Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen, auf deren Unterstützung sich die Wirtschaftsförderung konzentriert, für eine stabile Wirtschaftsstruktur sorgen. Durch verschiedene Programme und Maßnahmen werden die kleinen Betriebe von der Stadt gefördert, neben der Betreuung und der Vermittlung von Kontakten gehören dazu "leistungsfähige Entwicklungswerkstätte" (S.38), die von der Stadt eingerichtet werden und den kleinen Betrieben zur Verfügung gestellt werden.

Ökologie: Die Bebauung neuer Flächen mit Eigenheimen kann ohne tiefgreifende Umweltbelastungen durchgeführt werden, weil durch den ökologischen Umgang mit Freiflächen und Gärten, nachbarschaftliche Kompostierungsanlagen und weitere Maßnahmen die Schädigungen an der Natur auf ein Minimum reduziert werden können.

Der Bau von Umgehungsstraßen und die Attraktivitätssteigerung des ÖPNV tragen zur Verbesserung der Wohnqualität bei, weil dadurch die Wohngebiete von dem Durchgangsverkehr weitgehend befreit werden.

Die "ökologische Sanierung der Stadt im Hinblick auf Energie- und Wasserverbrauch, Pflanzen und Tiere" (S.38) ist im Jahr 2000 gelungen.

Sozialpolitik: Die Sozialpolitik wird nicht thematisiert.

Kultur: Die Stadtkultur wird nur in Hinsicht auf die Attraktivität Leverkusens für BesucherInnen erwähnt. So soll ein neu gegründetes "Chemie-Museum" (S.37), das in einem ehemaligen Kaufhaus untergebracht wurde, ebenso zur Aufwertung der Stadt beitragen wie ein jährlich stattfindender Kongreß "über die Schnittstelle zwischen Philosophie und High-Chem" (S.37), der vom Chemie-Museum mit Ausstellungen ergänzt wird.

Raumstruktur: Die Attraktivitätssteigerung der Innenstadt wird nach einer "Redimensionierung" (S.36) der Einkaufsstraßen erreicht, deren Finanzierung von der Stadt zusammen mit ansässigen Firmen bestritten wird. Nach dem Abriß einiger Kaufhäuser und einer umfangreichen Sanierung der City entsteht eine "räumlich interessante Folge von Straßen, Plätzen und Passagen" (S.36), die der Größe Leverkusens angemessen ist.

Der Umbau der Großsiedlungen, in denen nach der Aufhebung der Zweckentfremdungsverordnung eine neue Mischung aus kleinen Dienstleistungs- und Handwerksbetrieben, computerisierten Heimarbeitsbüros und Wohnen entsteht, trägt zur Verbesserung der Wohnbedingungen in diesen Wohngebäuden der 60er Jahre bei.

3.2.3 Sonstige Zukunftsbilder

"Fernsicht auf Frankfurt - Entwicklungslinien der Main-Metropole bis zur Jahrtausendwende"

Dr. Hans-Eberhard Haverkamp, Artikelserie in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 9.10. - 15.10.1985

zu Frage 1: Problemdefinition der Stadtentwicklung

Durch die Verlagerung der Bank Deutscher Länder (Bundesbank) aus Berlin sowie der Pelzindustrie und des Verlagswesens aus Leipzig wurde Frankfurt nach dem zweiten Weltkrieg zur bundesrepublikanischen "Kapitale des Marktes" (S.2). Gestützt auf das Messewesen und eine gute Verkehrsinfrastruktur konnte die Stadt in besonderem Maße vom ökonomischen Wachstum profitieren. Doch die Abhängigkeit von der (welt-)wirtschaftlichen Entwicklung impliziert auch die Gefahr des Schrumpfens, des Bedeutungsverlustes der "Metropole" Frankfurt durch grundlegende Veränderungen im Bereich der Wirtschaft, Technologie oder Politik. Haverkamp befürchtet einen "kumulativen Prozeß des Niedergangs" (S.3), wenn eine mit der Einigung der EG entstehende (west-)europäische Notenbank ihren Sitz in Paris erhält, face-to-face Kontakte durch Telekommunikation weitgehend ersetzt werden oder sich das ökonomische Interesse der USA zunehmend auf den pazifischen Wirtschaftsraum konzentriert, wenn die wachsenden Möglichkeiten der Produktionsauslagerung in das Ausland von der Industrie genutzt werden oder ein sich "absehbar regenerierendes Ruhrgebiet" (S.3) zum Standortkonkurrenten entwickelt. Die Frankfurter Bevölkerung müßte infolge eines solchen Niedergangs, zu dem es durch das Zusammenwirken einiger der genannten Faktoren kommen könnte, mit "enormen Einbrüchen in das soziale, infrastrukturelle und kulturelle Leistungsvolumen der Stadt" (S.3) rechnen. Doch da Frankfurt aufgrund seiner "dispositiven Institutionen" (S.3) der Wirtschaft mehr als andere Städte zukünftige Entwicklungen beeinflussen könne, sei die Gefahr des Niedergangs eine abwendbare, bestehe die begründete Chance, daß sich die Stadt in der Konkurrenz der Metropolen durchsetzt.

Neben der wirtschaftlichen wird die Bevölkerungsentwicklung als Problemfeld diskutiert. Auf der Seite der deutschen BewohnerInnen erwartet Haverkamp einen positiven Wanderungssaldo für Frankfurt, der jedoch den

generellen Bevölkerungsrückgang nicht ausgleichen werde. Veränderte Lebensstile und das vielseitigere und größere Arbeitsplatzangebot werden als Gründe für die Reurbanisierung der reicheren Ballungsräume genannt, die durch das "Nord-Süd-Gefälle" noch verstärkt werde. Als besonders problematisch erscheint dem Autor der zu erwartende wachsende Zuzug politischer Flüchtlinge aus den Ländern der Dritten Welt und Osteuropas; nach Schätzungen amnesty internationals seien weltweit ca. 20 Mio. Menschen potentiell asylberechtigt. Konnten bisher ausländische BewohnerInnen, die etwas mehr als ein Fünftel der Bevölkerung Frankfurts stellen, weitgehend integriert werden, so drohe "in den nächsten Jahre eine zweite Migrationswelle ..., die im Falle eines erheblichen Anschwellens in ihrer subjektiven wie objektiven Wirkung unkalkulierbar wird" (S.10). Noch vor anderen Regionen bestehe für Frankfurt die Gefahr einer "Überkonzentration" (S.12), da Asylberechtigte prosperierende Städte und solche Wohnorte bevorzugten, in denen bereits Menschen gleicher Nationalität leben. Auf die Städte sieht er eine "sozialpolitische Lawine" (S.12) zukommen, da sie nicht nur zur Hilfe zum Lebensunterhalt, sondern auch zur Bereitstellung von Wohnraum für die Asylberechtigten verpflichtet sind.

Ausführlich werden die möglichen Auswirkungen der neuen Technologien auf die Stadtentwicklung diskutiert. Entgegen Befürchtungen, wonach mit einer rasanten Zunahme der Einkäufe via Btx, mit der Ersetzung der face-to-face Kontakte durch neue Medien und mit einer steigenden Anzahl computerisierter Heimarbeitsplätze die Stadt in ihrer Funktion als Ort personaler Kommunikation bedroht ist, erwartet Haverkamp eine Zunahme persönlicher Kontakte sowohl im beruflichen als auch im privaten Bereich, wodurch die durch Telekommunikation wegfallenden Kontakte sogar "überkompensiert" (S.25) würden. Da nicht nur Waren, sondern "Erlebnisse" (S.26) gekauft würden (und dies zu über 60% ungeplant) werde "Frankfurt 2000 als Markt so voll und belebt sein wie heute" (S.26). Außerdem könne die gerade bei größeren Geschäften notwendige "Beziehungskomponente" (S.27), etwa bei Kreditverhandlungen, nicht über die Elektronik vermittelt werden. Und auch die Annahme, daß die Zahl elektronischer Heimarbeitsplätze so sprunghaft steigt, daß dadurch die Urbanität der Stadt gefährdet wird, sei unrealistisch, weil gerade die in die Wohnungen delegierbaren Arbeiten am ehesten wegrationalisiert würden, ein weitgehend in Heimarbeit organisiertes Unternehmen zu unflexibel sei und von den Beschäftigten eine wachsende Isolierung befürchtet werde.

zu Frage 2: Strategien der Stadtentwicklungspolitik

2.1. Reaktionen

zu 2.1.1. Institutionelle Reaktionen

Die Organisation der planenden Verwaltung wird ebensowenig thematisiert wie die Demokratisierung der Planung.

Hervorgehoben werden die Vorzüge eines korporatistischen Politikverständnisses. Für die zukünftige Entwicklung Frankfurts sei es notwendig, daß sich die führenden PolitikerInnen auch weiterhin als "Vorstand eines Unternehmens 'Stadt'" (S.3) begreifen, da das "urban management" vergleichsweise schnelle Entscheidungsfindungen sicherstelle.

zu 2.1.2. Methodische Reaktion

Für die Artikelserie wurde eine Methode gewählt, die auch für viele Szenarien charakteristisch ist. Haverkamp beansprucht, "auf die nächsten 15 Jahre absehbare und für Frankfurt relevante Entwicklungslinien auf ihren Einfluß und ihre Beeinflußbarkeit zu diagnostizieren" (S.8). Wie in den meisten Szenarien wird auch hier auf eine Quantifizierung der Entwicklungsfaktoren verzichtet, jedoch werden nicht alternative Perspektiven der Stadt aufgezeigt, sondern ein Zukunftsentwurf dargestellt, der sich im wesentlichen auf wirtschaftliche und technologische Entwicklungen bezieht.

2.2. Perspektiven kommunalen Handelns

zu 2.2.1. Rahmenbedingungen kommunalen Handelns

Die Rahmenbedingungen werden weder in finanzieller noch in Hinsicht auf die Planungskompetenzen thematisiert.

Der Zukunftsentwurf ist zugeschnitten auf die "Metropole", deren Funktionen erhalten und, wo möglich, ausgebaut werden sollen.

zu 2.2.2. Leitbild der Zukunft

Zentrales Thema der Artikelserie ist die Stärkung der Metropolenfunktion Frankfurts.

Die "Visionen" Haverkampfs zur zukünftigen Stadtentwicklung beinhalten - bei Anpassung an die Erfordernisse des weltweiten Strukturwandels - eine Weiterführung des bereits Erreichten. Als "Glücksritter der Wachstumsära", als "Parvenue unter den Metropolen" (S.2) habe Frankfurt auch in der

Zukunft die Chance, als ein ökonomisches Zentrum Europas zu fungieren. In deutlicher Abgrenzung einerseits zu ökologisch dominierten Vorstellungen und andererseits zu KritikerInnen, die vor einer Dreiteilung der Stadt und sozialer Segregation warnen oder eine Tendenz zur Disurbanisierung prognostizierten, wird am Leitbild der internationalen Metropole festgehalten:

"Frankfurt etwa als Sitz einer europäischen Zentralbank, als Platz mit erheblich höherem Abwicklungsvolumen von Kreditvergaben im Eurodollarmarkt, als dem Standort höchster Zentralität für Kulturindustrie sowie von weiteren Handelszentren ..." (S.3)

Im Sinne dieses Leitbildes konzentrieren sich die Zukunftsvorstellungen auf die zentralen ökonomischen Funktionen der Stadt, unter die auch die Stadtkultur subsumiert wird.

Ökonomie: Zur Sicherung des Bankenstandortes Frankfurt fordert Ha- verkampf von der Bundesbank, die "konservative Geldmarktpolitik" (S.14) aufzugeben und auch in Frankfurt Geschäftsabwicklungen der deregulierten "Euromärkte" zu ermöglichen (wie in London, Paris und Luxemburg). Noch wichtiger aber sei es, daß sich die Bundesregierung für die Ansiedlung der zukünftigen (west-)europäischen Zentralbank in Frankfurt einsetzt, da andernfalls dieser "Bankenplatz bis zum Jahre 2000 austrocknen (würde)" (S.14).

Mit dem internationalen Flughafen habe Frankfurt gegenüber anderen westdeutschen Städten einen entscheidenden Vorteil in der Konkurrenz um die Niederlassungen transnationaler Konzerne. Absehbar sei, daß Unternehmen aus dem wirtschaftlich expandierenden pazifischen Raum, die ihre Waren exportieren wollen, zu diesem Zweck Management-Vertretungen in den Ländern der EG gründen werden. Um zum Sitz dieser Niederlassungen zu werden, müsse sich Frankfurt auf die Konkurrenz mit den europäischen Metropolen London und Paris einrichten - denn das obere Management-Segment werde sich, vergleichbar mit der Entwicklung in den USA, europaweit auf wenige Städte konzentrieren.

Auch hinsichtlich Industrieansiedlungen habe Frankfurt mit dem größten europäischen Luftfrachtterminal Standortvorteile gegenüber möglichen Konkurrenten. Da auch in den nächsten 15 Jahren der Export industrieller Güter nicht durch den "Blaupausenexport" (S.16) ersetzt werde und weil in der Bundesrepublik aufgrund der gestiegenen Arbeitsproduktivität schon jetzt in einigen Bereichen so kostengünstig produziert werde, daß sich eine

Auslagerung der Produktion in Billiglohnländer nicht mehr rentiere, rechnet Haverkamp mit einer "Renaissance des 'sekundären Sektors'" (S.17). Für Frankfurt gelte es weiterhin, kritische Distanz gegenüber einem "Chip-chip-Hurra-Patriotismus" (S.16) zu wahren, vielmehr komme es darauf an, durch gezielte Ansiedlungen renommierter Unternehmen Industriebranchen aufzuwerten, aber auch weiterhin Gewerbeflächen für industrielle Nutzungen vorzuhalten. Das "Innovationspotential" der Universität soll verstärkt genutzt werden, um Frankfurt gemeinsam mit privaten Einrichtungen zum "Forschungsraum" (S.16) zu entwickeln.

Ökologie: Fragen des Umweltschutzes spielen in der "Fernsicht" keine Rolle. Vielmehr wird gegen die "Vision der Frankfurter City als neuer Gartenlaube" (S.30) polemisiert. Eine solche Perspektive bedeute letztlich eine Rückentwicklung der Stadt, die dann einem "zu groß geratenen Münster" (S.18) vergleichbar wäre.

Sozialpolitik: Sozialpolitische Zielsetzungen werden nicht formuliert, obwohl mit einer wachsenden Immigration von AusländerInnen gerechnet wird. Positiv hervorgehoben wird, daß Ausländerghettos bisher durch eine "kluge Zuweisungspolitik" (S.10) verhindert wurden.

Kultur: Aufbauend auf ein umfassendes Kulturangebot soll die "Ansiedlung von Kulturbetrieben" (S.19) forciert werden. Chancen zur Ansiedlung sieht Haverkamp insbesondere in der Filmwirtschaft, da mit der absehbaren Einführung der "High-definition-Technik" (S.20) neue Filmstudios nachgefragt würden, die in Frankfurt untergebracht werden könnten. Auch eine Beteiligung der Stadt an einem über Satellit ausgestrahlten "Spartenkanal E-Musik" (S.22) sei wünschenswert. Außerdem wird eine Kunstmesse angestrebt, die, neben schon bestehenden Ausstellungen und dem Handel mit Kunstwerken, die Attraktivität der Stadt für Kunstschaffende steigern könnte. Kulturinvestitionen seien allemal lohnend, weil durch Theater, Museen etc. Touristen angelockt würden und zudem die neue Managementgeneration ein vielseitiges kulturelles Ambiente sehr schätzte.

"Unternehmen Hamburg"

Rede von Bürgermeister Dr. Klaus von Dohnanyi vor dem

Übersee-Club e.V. am 29.11.1983 in Hamburg; Hrsg.: Staatliche Pressestelle Hamburg, Berichte und Dokumente Nr. 713, 30.11.1983

zu Frage 1: Problemdefinition der Stadtentwicklung

Die Probleme der Stadt werden in der Rede Klaus von Dohnanyis auf die wirtschaftliche Situation konzentriert. Das Schrumpfen der Hamburger Wirtschaft wird als ein langfristiger Trend, "eine schwierige Phase nicht nur weniger Jahre" (S.24), verstanden, den es durch eine "neue Hamburg-Politik" (S.8) umzukehren gilt. Ausdruck des Zurückbleibens der Hamburger Wirtschaft seien die im Vergleich zum Bundesdurchschnitt geringeren Wachstums- und höheren Arbeitslosenraten. Als weiterer Problemfaktor wird der kommunale Haushalt genannt: Steigenden Ausgaben vor allem für Sozialhilfe, aber auch für zusätzliche Arbeitsplätze und für den Umweltschutz, stehen nicht entsprechende Einnahmen gegenüber, wobei die Zahlungen für den Länderfinanzausgleich und die international steigenden Zinsen den Finanzhaushalt zusätzlich belasten.

Ursache dieser Entwicklung seien einerseits der weltweite Strukturwandel und die damit einhergehende Verschiebung der Wachstumszentren ("Süd-Nord-Gefälle"; S.5), andererseits politisch-historische Ereignisse wie die Teilung Deutschlands und die zunehmende Bedeutung der EG. Die "neuen Industrien" (S.5) siedelten sich in den Regionen an, die ihnen günstigere Bedingungen boten, als Hamburg das konnte: neben den "größere(n) Arbeitskraftreserven" (S.5) spielen dabei weiche Standortfaktoren - "günstige klimatische und Freizeitbedingungen" (S.5) - eine Rolle. Durch die im europäischen Rahmen geographische Randlage Hamburgs, durch Veränderungen im Frachtverkehr (Zunahme des LKW-Verkehrs und der Luftfracht) und durch die veränderte Struktur der Exporte der Schwellenländer verloren die Hamburger Häfen und die damit verbundenen Dienstleistungen an Bedeutung für den Außenhandel der Bundesrepublik (1950 wurden noch 23% des bundesdeutschen Ex- und Imports über Hamburg abgewickelt, bis 1980 sank dieser Anteil auf 10%; S.6). So gingen nicht nur in der Industrie, wo die Beschäftigung seit 1960 um 40% schrumpfte, sondern auch im Dienstleistungssektor durch Abwanderung von Unternehmen und Rationalisierungen Arbeitsplätze verloren. Angesichts des mit den neuen Kommunikationstechnologien noch wachsenden Rationalisierungspotentials drohe eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit. Zu spät habe man die Bedeutung von Wissenschaft und Technik als Standortfaktoren erkannt, zu lange habe sich die Stadt "auf die Ausschöpfung ... (des) durch natürliche Produktionsfaktoren gegebenen Standortvorteils" (S.8) konzentriert.

Nachdem Dohnanyi schon zu Beginn seiner Ausführungen Hamburg als grüne, "soziale ... und kulturell interessante Stadt" (S.1) einordnete, werden, über die Krise des kommunalen Haushalts hinaus, keine Folgen des wirtschaftlichen Schrumpfens thematisiert. Die Abwanderung von BewohnerInnen wird zwar beklagt, offen bleibt jedoch, ob Dohnanyi von weiterhin schrumpfenden Bevölkerungszahlen ausgeht.

zu Frage 2: Strategien der Stadtentwicklungspolitik

2.1. Reaktionen

zu 2.1.1. Institutionelle Reaktionen

In Hinsicht auf Veränderungen innerhalb der planenden Verwaltung nennt Dohnanyi zwei Maßnahmen - die "Entflechtung der Zuständigkeiten" (S.16) zwischen den Stadtbezirken auf der einen sowie Senat und Bürgerschaft auf der anderen Seite und die Privatisierung der Wirtschaftsförderung -, die darauf abzielen, durch eine Deregulierung bürokratischer Strukturen schnellere und effektivere Entscheidungen bei Unternehmensneugründungen bzw. -ansiedlungen zu ermöglichen. Lediglich angedeutet wird, daß eine Verfassungsänderung des Stadtstaates die Effektivität der Politik grundsätzlich erhöhen könnte (vgl.S.18).

Die Etablierung einer korporatistischen Politik ist ein wiederholt formuliertes zentrales Anliegen Dohnanyis. Für die zukünftige Entwicklung sei es von geradezu existentieller Bedeutung, daß die verschiedenen Gruppen und Institutionen angesichts der wirtschaftlichen Probleme der Stadt Konflikte vermeiden und gemeinsame Interessen in den Vordergrund stellen.

"Unsere Stadt geht durch eine sehr schwierige Zeit. Die Zukunft Hamburgs hängt davon ab, ob Arbeitnehmer und Arbeitgeber; ob Wissenschaft und Technik; ob Politik und Wirtschaft an einem Strang ziehen. Auch Regierung und Opposition müssen in Grundfragen unserer Stadt nun wieder nach Gemeinsamkeit suchen." (S.1)

Da nicht nur ökonomische, sondern auch "psychologische Faktoren" (S.17) für die Attraktivität eines Standortes bedeutsam seien, komme es darauf an, ein "gutes Klima" (S.17) in der Stadt zu schaffen, was nicht nur Behörden, Arbeitnehmer und -geber, sondern auch die Medien berücksichtigen sollten.

Eine Demokratisierung der Planung wird nicht thematisiert. Entscheidungen sollten zwar "bürgernah" (S.16) getroffen werden, gleichzeitig wird jedoch gefordert, Beeinträchtigungen der Wohnqualität - wie Lärm durch Flug- oder

Güterverkehr - zu akzeptieren, wenn die Interessen "alle(r) Hamburger" (S.16) berührt sind.

zu 2.1.2. Methodische Reaktion

- entfällt, da kein Szenario -

2.2. *Perspektiven kommunalen Handelns*

zu 2.2.1. Rahmenbedingungen kommunalen Handelns

Die Rahmenbedingungen Hamburgs sind mit denen anderer Städte nicht unmittelbar vergleichbar; so ist der Stadtstaat nicht, wie die Städte in Flächenländern, in einen kommunalen Finanzausgleich eingebunden.

Im Bereich der Finanzen erwähnt Dohnanyi den Länderfinanzausgleich, bei dem Hamburg noch als Staat mit hohem Steueraufkommen behandelt werde. Implizit wird eine Neuaufteilung des Länderfinanzausgleichs gefordert (vgl.S.3).

Die Planungskompetenzen werden nicht thematisiert.

Durch die Förderung der norddeutschen Wirtschaftsallianz, in der die vier Küstenländer ihre Wirtschaftspolitik koordinieren, und durch eine "weitere Öffnung des Wirtschaftsraumes Hamburg gegenüber dem Umland" (S.20) soll die Zusammenarbeit in der Region intensiviert werden. Diese sollte von der Bundesregierung unterstützt werden, indem sie bei Standortentscheidungen ihren Einfluß "Im Zweifel für den Norden" (S.20) geltend macht. Da die Strukturförderung des Umlandes zu Lasten des Stadtstaates gehe, wird eine Veränderung dieser "ungerechten Förderstruktur" (S.17) und eine Reform der Steuergesetzgebung gefordert, um die weitere Abwanderung von Betrieben aus Hamburg stoppen zu können.

Parallel zur Koordinierung mit den Küstenländern und der Öffnung zum Umland soll durch eine "metropole Offensive" (S.21) die Attraktivität der Stadt für Konsumenten, Touristen und Dienstleistungen oder technische Unterstützung nachfragende Betriebe gesteigert werden.

zu 2.2.2. *Leitbild der Zukunft*

Zentrales Thema der Rede ist die Wirtschaftspolitik.

Die von Klaus von Dohnanyi entworfene Politikstrategie zielt auf die Wiedergewinnung des ökonomischen Wachstums. Dazu müsse die Stadt so hergerichtet werden, daß "kreative Menschen" (S.8) gewonnen werden können und die umworbenen Dienstleistungs- und Industrieunternehmen mit

wissenschaftlichem und technischem 'background' den "Standort Hamburg nicht nur ökonomisch, sondern in seiner Gesamtheit positiv beurteilen" (S.18). Die "neue Hamburg-Politik", die analog zur "Unternehmenspolitik" ganz auf die "Standortpolitik" (S.9) zugeschnitten ist, orientiert sich am Wettbewerb mit den europäischen Industriezentren. Im Sinne dieser Orientierung werden soziale, ökologische und kulturelle Zielsetzungen funktionalisiert.

Ökonomie: Um die Wettbewerbsfähigkeit der für Hamburg typischen Wirtschaftszweige zu sichern, sollen die Hafentarife denen der europäischen Konkurrenz angepaßt werden und die Verkehrsverbindungen des Hafens durch einen neuen Schienenanschluß verbessert werden; schließlich soll die "Medienmetropole" (S.12) Produktionsstandort auch der neuen Medien werden, da andernfalls nur die negativen, d.h. arbeitsplatzvernichtenden Folgen der neuen Medien in Hamburg zu erwarten seien.

Bei der Ansiedlung von Industriebetrieben strebt Dohnanyi eine Umorientierung an von den rohstoffverarbeitenden zu solchen des wissenschaftlich-technischen Bereiches. Dazu müßten Spezialmessen und Kongresse in der Stadt etabliert sowie private und staatliche Forschungseinrichtungen gehalten bzw. ausgebaut werden. Die Erleichterung des Zugangs zu Risikokapital dient dieser Orientierung ebenso wie die Intensivierung der Kontakte zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Aufgabe der Politik sei es, die Vermittlung zwischen verschiedenen Arbeitsbereichen zu organisieren, allerdings müßten von den Unternehmen die wissenschaftlichen Einrichtungen auch genutzt werden.

Ökologie: Ökologische Fragen werden in der Rede nur in Nebensätzen angesprochen. So soll der erforderliche Schienenanschluß für den Hafen "ökologisch zweckmäßig" (S.10) gebaut werden - oder mit Blick auf die Freizeitmöglichkeiten, die dadurch verbessert werden sollen, daß es nach einer Reinigung der Alster binnen zehn Jahren wieder möglich ist, in dem Fluß zu schwimmen.

Sozialpolitik: Da Rationalisierungen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe notwendig seien, müsse die Stadt "an der Spitze des sozialen Ausgleichs" (S.11) stehen. Um die Folgen der Arbeitslosigkeit abzufedern, fordert Dohnanyi die Verkürzung der Arbeitszeiten und den Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes.

Entscheidend für die Unterstützung der "sozial Schwächeren" (S.18) sei es, die wohlhabenderen Schichten als Steuerzahler in der Stadt zu halten. Die

Aufrechterhaltung des sozialen Wohnungsbaus müsse deshalb mit einer Korrektur der Wohnungsbaupolitik einhergehen, um zusätzliche Flächen für den Eigenheimbau innerhalb der Stadtgrenzen bereitstellen zu können.

Kultur: Die Stadtkultur thematisiert Dohnanyi unter den Aspekten der Arbeitsplätze und der Attraktivierung des Standortes Hamburg.

Neben dem bestehenden Filmförderungsmodell könnten durch neue Ausbildungseinrichtungen Arbeitsplätze im Bereich der Filmproduktion geschaffen werden.

Da einerseits nur begrenzte finanzielle Mittel für kulturelle Aufgaben zur Verfügung stünden, andererseits die Kultur ein nicht zu vernachlässigender Faktor in der Konkurrenz der Städte sei, komme es darauf an, "das traditionelle Hamburger Mäzenatentum erneut zu beleben" (S.22). Neben den "Glanzpunkte(n)" (S.19) wie Staatsoper und Kunsthalle soll auch die alternative Kultur unterstützt und ein breites Angebot für die Hamburger Bevölkerung ermöglicht werden. Es müsse jedoch aus finanziellen Gründen eine "selektive Politik" (S.22) betrieben werden, die sich auf die Unterstützung solcher Kulturprojekte beschränkt, die "qualitativ wirklich erstklassig" (S.22) sind.

Raumstruktur: Die weitere Erschließung von Flächen für den Eigenheimbau und Gewerbe wird nicht problematisiert, sondern gilt als Mittel, die Attraktivität Hamburgs für die umworbenen Bevölkerungsschichten und Betriebe zu steigern. Das Wohnen in der Nähe von Gewerbebetrieben sei zwar teilweise mit Beeinträchtigungen für die Wohnbevölkerung verbunden, aber in einer Stadt unvermeidbar.

4. KRITIK DER SZENARIEN - CHANCEN DER SZENARIOTECHNIK

4.1 Zusammenfassung der Auswertung

Im folgenden werden die Ergebnisse der Auswertung der Szenarien, die anhand der in Kapitel 3.1 formulierten Fragen untersucht wurden, zusammengefaßt.

Problemdefinition

Im Zentrum der Problemdefinition der Szenarien stehen die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der Schrumpfungprozesse.

In den Szenarien wird der anhaltende Trend zum Verlust von Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen als ein bedrohlicher Schrumpfungsprozeß interpretiert. Angesichts dieser grundlegenden Veränderung der Voraussetzungen städtischer Politik, der immer schwerer wiegenden ökologischen Probleme und der Unsicherheit gegenüber neuen Wertvorstellungen in der Bevölkerung ist die bisherige Stadtentwicklungspolitik fragwürdig geworden.

In fast allen Szenarien wird die Dauerhaftigkeit des Schrumpfungprozesses befürchtet. Dieser wird als Endpunkt einer negativen Entwicklung und nicht als möglicher Ausgangspunkt einer Umorientierung verstanden. Die Szenarien zielen darauf ab, diesen Trend in erneutes Wachstum umzukehren oder ihn zumindest abzufedern.

Als Gründe des Schrumpfens werden der natürliche Bevölkerungsrückgang (Geburtendefizit und Sterbeüberschuß) und die Suburbanisierung (Abwanderung ins Umland) genannt. Wenn die Bewältigung des Strukturwandels nicht gelingt, wird die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die anhaltende Abwanderung von einkommensstarken, qualifizierten EinwohnerInnen befürchtet.

Besonders eingegangen wird auf das Potential der neuen Technologien: Durch die Konzentration von Arbeitsplätzen in Forschung und Entwicklung zuungunsten der strukturschwachen Regionen und durch die generelle Dezentralisierung der Produktion wird ein weiterer Verlust von Arbeitsplätzen befürchtet. Auch im Bereich der Dienstleistungen werden negative

Auswirkungen (Einkaufen via Bildschirm, Verödung der Innenstädte) erwartet.

Die Folgen des Schrumpfens werden für alle Städte ähnlich charakterisiert: Alte Aufgaben der Stadtpolitik können nicht mehr wahrgenommen werden, weil die Krise der städtischen Finanzen und der damit einhergehende Verlust der Handlungsfähigkeit der Stadt dies nicht mehr erlaubt. Nur Berlin ist dank der Subventionen des Bundes von diesem Problem nicht betroffen. Desweiteren können neue, dringende Aufgaben nicht aufgenommen werden, so daß z.B. eine Verschlechterung der ökologischen Situation zu befürchten ist, da keine Mittel für Umweltschutzmaßnahmen vorhanden sind und die Gefahr zunimmt, daß unter den Bedingungen des Schrumpfens eine unternehmerfreundliche Ansiedlungspolitik auch um den Preis weiteren Flächenverbrauchs verfolgt wird.

Die soziale Lage der Bevölkerung droht sich weiter zu verschlechtern. Dauerhafte Arbeitslosigkeit, mangelnde Qualifikationen für neue Arbeitsanforderungen, Segregation und Ausländerfeindlichkeit, allgemeine gesellschaftliche Konflikte sowie die Vereinzelung der Menschen und die Vereinsamung in der verkabelten Stadt werden in den Szenarien als Schreckensvisionen beschrieben. Hinzu kommt die dramatische Verschiebung der Altersstruktur. Für die Infrastruktur der Städte wird angesichts der leeren Kassen ebenso eine Einschränkung des Angebots erwartet wie für die kulturellen Einrichtungen.

Eine Ausnahme zu dieser Problemdefinition bilden nur Darmstadt (hier wird die Abwägung von Ökonomie und Ökologie diskutiert) und Frankfurt (das gute Chancen sieht, die Metropolenfunktion zu bewahren bzw. auszubauen).

Institutionelle Reaktion

Auf die neue Problemlage wird mit einer verstärkten Kooperation der Stadtpolitik mit einflußreichen gesellschaftlichen Gruppen und der Deregulierung bürokratischer Institutionen reagiert. Als institutionelle Reaktionen auf das Schrumpfen sind weder Veränderungen innerhalb der Verwaltung noch eine Demokratisierung der Planung vorgesehen.

In keinem der Szenarien werden entscheidende Veränderungen der planenden Verwaltung angestrebt. Mögliche Reaktionen beschränken sich auf die Optimierung des Verwaltungshandelns (Wilhelmshaven), auf Umstrukturierungen der Verwaltungsbezirke (Braunschweig), Entflechtung der Zuständigkeiten zwischen verschiedenen Behörden (Hamburg) oder den

Wandel der Aufgaben durch eine vermehrte Beratung privater Initiativen (Wuppertal).

Von der Hinwendung zu einer korporatistischen Politik und der Zunahme informeller Kontakte verspricht man sich in einigen Szenarien (Berlin, Hamburg, Frankfurt) ein flexibleres Reagieren auf die veränderte Situation der Städte. In anderen Szenarien werden die 'Vorteile' der Deregulierung nur angedeutet.

In keinem Szenario wird die weitere Demokratisierung der Planung angestrebt. In Solingen gilt zwar die vermehrte Bürgerbeteiligung als Wegbereiterin des Wertewandels, es wird jedoch deutlich, wie schnell im Fall einer krisenhaften Entwicklung die Rücknahme dieser Rechte zugunsten einer neuen Form korporatistischer Politik droht.

Methode

Die Wahl der Szenariotechnik wird in allen Szenarien mit der Planungsunsicherheit angesichts des technischen und ökonomischen Strukturwandels und in den meisten Szenarien mit den veränderten Wertvorstellungen der Bevölkerung begründet. Das Fehlen klarer, konsensfähiger Konzepte erfordert eine Neuorientierung der städtischen Politik. In einigen Szenarien wird die Anwendung der Szenariotechnik explizit als eine Folge der Kritik an quantifizierenden Prognosemethoden und als eine Abkehr von der herkömmlichen Stadtentwicklungsplanung verstanden. Für einige Städte (Darmstadt, Mannheim, Berlin) ist die Überarbeitung oder Neuausweisung des Flächennutzungsplans Anlaß zur Erstellung der Szenarien.

Neue Ansätze und Denkanstöße soll die Szenariotechnik ermöglichen. Die Szenarien sollen Diskussionen über die wünschenswerte Zukunft der Stadt innerhalb der Verwaltung, mit dem Rat und mit Nicht-Fachleuten (Mannheim) anregen. Dabei bietet die Szenariotechnik als argumentatives Verfahren zur Entwicklung möglicher 'Zukünfte' den Vorzug der bildhaften, plastischen Darstellung komplexer Zusammenhänge. Ihre Anwendung wird damit begründet, daß sie es ermöglicht, qualitative Einflüsse, Spielräume und Entscheidungsalternativen aufzuzeigen. Diese Chance wird allerdings kaum wahrgenommen, da keine wirklichen alternativen Entwicklungsmöglichkeiten entworfen werden.

Rahmenbedingungen

Die Verteilung der Steuern zwischen Bund, Land und Kommunen und die daraus resultierende Finanzausstattung der Kommunen wird in den meisten Szenarien ebenso als unveränderlich vorausgesetzt wie die den Gemeinden zukommenden Planungskompetenzen. Die Szenarien bewegen sich weitgehend innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen kommunaler Politik.

Die Krise der kommunalen Haushalte und die damit einhergehende Verengung des Handlungsspielraums wird zwar beklagt und als bedrohlich empfunden, doch nur in der Rede Klaus v. Dohnanyis und in den Szenarien über Wilhelmshaven wird eine Veränderung der finanziellen Rahmenbedingungen angestrebt, deren Verwirklichung Gesetzesänderungen auf der Ebene des Bundes erfordern würde (Länderfinanzausgleich, Gemeindefinanzreform). In einigen Szenarien wird auf die Unterstützung für bestimmte Maßnahmen, wie ökologische Stadterneuerung oder technologische Innovationen, durch Bundes- oder Landesprogramme gehofft, diese weisen jedoch nicht über die praktizierte Zuweisungspolitik hinaus.

Die Planungskompetenzen der Kommunen werden so gut wie gar nicht thematisiert. Lediglich in den Mannheimer und Braunschweiger Szenarien werden Sympathien für die Dezentralisierung politischer Entscheidungen deutlich. Während in der Einleitung zu "Mannheim 2000" eher resignierend festgestellt wird, daß eine Ausweitung kommunaler Planungskompetenzen nicht absehbar sei, wird im Szenario über Braunschweig ein revolutionärer Akt, die Ausrufung einer vom Bund weitgehend unabhängigen "Teilautonomen Region", zur Erlangung umfassender Kompetenzen vorausgesetzt.

Die Szenarien sind ausnahmslos aus der Perspektive der Kernstadt geschrieben. Selbst dort, wo der Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden ein zentraler Stellenwert zukommt (Mannheim, Freiburg, Hamburg), dienen gemeinsame Planungen letztlich der Stärkung der Kernstadt.

Leitbild

Das Leitbild zukünftiger Stadtentwicklung ist geprägt vom Festhalten an den traditionellen Zielen der Kommunalpolitik. Wenn schon schrumpfende Bevölkerungszahlen durch den natürlichen Geburtenrückgang nicht zu verhindern sind, soll zumindest die Stadt für ZuwanderInnen attraktiv sein und ein positiver Wanderungssaldo erzielt werden. Dabei steht die

Wiedergewinnung des ökonomischen Wachstums und des finanziellen Handlungsspielraums im Mittelpunkt der Zukunftsbilder.

In allen Szenarien dominieren, wenn auch unterschiedlich gewichtet, Vorstellungen von einer Stadt, die den Strukturwandel bewältigt, die sich in der interkommunalen Konkurrenz durchsetzt, in der mit neuen Technologien umweltschonend produziert wird, in der durch ökologische Maßnahmen die Wohnbedingungen verbessert werden, die ihre urbane Qualität steigern kann. Dabei werden große Hoffnungen in den gesellschaftlichen Wertewandel und die Aktivitäten alternativer Betriebe und Selbsthilfegruppen gesetzt. In dem Bewußtsein, daß angesichts leerer Kassen von der Kommune nur sehr begrenzte Impulse zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Armut, zur Wohnumfeldverbesserung und ökologischen Sanierung sowie zur Steigerung der kulturellen Vielfalt ausgehen können, wird die Eigenarbeit der BewohnerInnen für die in den Szenarien formulierten Ziele funktionalisiert.

Zwar wird in keinem Szenario davon ausgegangen, daß durch die selbstverwalteten Betriebe allein die ökonomische Krise bewältigt werden könnte, doch wird ihnen eine zumindest dulddende Haltung entgegengebracht, verbunden mit der Hoffnung, daß alternative Betriebe leerstehende Gebäude nutzen oder sich langfristig zu prosperierenden Unternehmen entwickeln.

Während hinsichtlich ökologischer Zielsetzungen neben dem gestiegenen Umweltbewußtsein und den daraus resultierenden Handlungsweisen der BewohnerInnen städtische Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltqualität einen relativ großen Raum einnehmen, wird im Bereich der Sozialpolitik ausschließlich auf die Eigenaktivitäten von Initiativen und Selbsthilfegruppen gesetzt. Ansätze zur städtischen Sozialpolitik fehlen in den Szenarien fast vollständig. Vielmehr wird davon ausgegangen, daß sich mit der Wiedergewinnung des ökonomischen Wachstums soziale Fragen quasi von selbst erledigen oder daß selbstorganisierte Netze die sozialen Aufgaben übernehmen.

Die zunehmende Bedeutung der Stadtkultur als Standortfaktor wird in fast allen Szenarien erkannt. Während in einigen Zukunftsbildern (Frankfurt, Hamburg) die Kultur ausschließlich unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet wird, bemühen sich andere Szenarien um kulturelle Vielfalt und eine Stärkung der Stadteilkultur, die wiederum zu einem erheblichen Teil von Initiativen getragen wird.

Widersprüche zwischen ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen werden in den Szenarien entweder nicht thematisiert oder als überwindbar dargestellt. Es wird davon ausgegangen, daß die neuen Technologien eine

die Umwelt schonende Produktion ermöglichen und der Umweltschutz zur Wachstumsbranche wird. Die für die Stadtentwicklung negativen Folgen der neuen Technologien (z.B. vermehrter Flächenverbrauch) werden als überwindbar dargestellt; auch die umstrittenen Bio- und Gentechnologien werden ausschließlich als Beitrag zur Wiedergewinnung des ökonomischen Wachstums und als zukunftssträchtige Technik thematisiert.

Mit der Instrumentalisierung des "alternativen Sektors" wird dieser auf eine Funktion als Lückenbüßer reduziert. Daß selbstverwaltete Betriebe, Selbsthilfegruppen und alternative Kulturinitiativen aus der Kritik an entfremdeter Arbeit, bürokratisierter Sozialfürsorge und bürgerlichem Kulturverständnis entstanden, wird geflissentlich übersehen. Die alternativen Gruppen werden gleichsam halbiert: die eine Hälfte - die ökonomischen, sozialen und kulturellen Aktivitäten - wird instrumentalisiert, die andere Hälfte - die Zielsetzungen und Utopien, die in Opposition zu den dominierenden Vorstellungen von Arbeitsorganisation und Lebensweise stehen - bleibt unberücksichtigt.

4.2 Folgerungen

Die Szenarien sind eine Reaktion auf die veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Mit dem Verlust der Gewißheit, am wirtschaftlichen Wachstum partizipieren zu können, und mit dem Verlust des gesellschaftlichen Konsenses über die Wünschbarkeit weiteren Wachstums entsteht für die Städte eine neue Problemlage, der die auf Strukturkonstanz basierenden Prognosemethoden und die Stadtentwicklungsplanung nicht gerecht werden können. In dieser Situation der Unsicherheit und angesichts der Kritik an bisherigen Prognosemethoden soll es die Anwendung der Szenariotechnik ermöglichen, bisher getrennt betrachtete Entwicklungslinien zusammenzuführen, Wechselwirkungen zu erfassen, Potentiale der Kommunen zu verdeutlichen und alternativ diskutierbare 'Zukünfte' der Stadt aufzuzeigen. Diesen in den Vorworten der Szenarien formulierten Ansprüchen kann die Szenariotechnik genügen, da auch nicht quantifizierbare Einflußfaktoren wie Verhaltensweisen, Lebensstile etc. in die Zukunftsschau einbezogen und deren Auswirkungen verdeutlicht werden können.

Die Möglichkeiten, mit der Anwendung der Szenariotechnik auf den Trendbruch in der Stadtentwicklung zu reagieren und neue Ziele zu formulieren, wurden in den Szenarien nicht ausgeschöpft.

Erstens: Es werden in der Regel keine gleichberechtigten alternativen Zu-

kunftsentwürfe ausgearbeitet. Mehr oder weniger explizit wird einem 'Krisenszenario' ein 'Wunschscenario' der AutorInnen gegenübergestellt. Da die städtische Zukunft im Krisenszenario so dargestellt wird, daß sich niemand damit identifizieren kann, erscheint das Wunschscenario als das einzig richtige und anstrebenswerte. Zur Diskussion werden nicht alternative Zukunftsentwürfe gestellt, sondern die Frage nach der Realisierbarkeit des Wunschscenarios.

Zweitens: Der Trendbruch und der Wertewandel, mit denen das Schreiben der Szenarien begründet wurde, werden nicht so ernst genommen, daß neue Ziele städtischer Planung und Politik formuliert werden. Nicht die Frage, ob und welche qualitativ neuen Zielsetzungen angesichts der veränderten Bedingungen notwendig geworden sind, steht im Mittelpunkt der Szenarien, sondern das Bemühen, Wege aufzuzeigen, wie trotz der neuen Problemlage die konventionellen Wachstumsziele verwirklicht werden können.

Drittens: Dem Festhalten an konventionellen Zielen entspricht die Dominanz der wirtschaftlichen und finanziellen Dimensionen der Kommunalpolitik. Ökologische und kulturelle Aspekte werden vornehmlich auf ihren Beitrag zur Wiedergewinnung des wirtschaftlichen Wachstums und des finanziellen Handlungsspielraums abgeklopft: Sie haben in den Szenarien kein eigenes Gewicht.

Viertens: Gerade weil im Bemühen um eine realistische Sichtweise in den Szenarien an den durch Bundes- und Landesgesetzen bestimmten Rahmenbedingungen kommunalen Handelns festgehalten und die Konkurrenz der Städte nicht in Frage gestellt wird, sind die Szenarien weitgehend unrealistisch. Es wird ein Maß an Beeinflußbarkeit städtischer Entwicklung durch die Kommunen angenommen, das aufgrund des finanziellen Rahmens, der Planungskompetenzen und der Abhängigkeit von in den Konzernzentralen getroffenen Entscheidungen nicht besteht. Dieses Dilemma wird in den Szenarien dadurch umgangen, daß die Potentiale der informellen, selbstorganisierten Arbeit als Substitut für kommunales Handeln die Lücken füllen.

Vor dem Hintergrund der im ersten Kapitel skizzierten gesellschaftlichen Restrukturierungen, lassen sich die in den Szenarien entworfenen Leitbilder als eine *Strategie der Anpassung* an die tatsächlichen oder vermuteten Bedingungen eines modernisierten Kapitalismus interpretieren. In den meisten Szenarien dominiert die Hoffnung auf eine High-Tech Zukunft aller Bereiche der kommunalen Politik. Obwohl nur für wenige Städte eine solche Perspektive realistisch sein dürfte, da die Standortwürfel der Zukunftsindustrien, in denen auch die Beschäftigung noch wächst, größtenteils schon gefallen sind, wird in den Szenarien auf die Durchsetzung der jeweiligen Stadt in der interkommunalen Konkurrenz gesetzt. Durch die Bündelung der städtischen Ressourcen für ein Leitbild, daß sich am Typ der prosperierenden Stadt orientiert, werden einerseits mögliche alternative Perspektiven der Stadtentwicklung verbaut. Andererseits werden durch den Mechanismus der interkommunalen Konkurrenz, so eine zentrale These David Harveys, dem Kapital die Räume eröffnet, "innerhalb derer die neuen und flexiblen Arbeitsprozesse leichter eingeführt und eine viel größere geographische Mobilität durchgesetzt werden konnte" (Harvey 1987, 113). D.h., der Restrukturierungsprozeß, durch den die schrumpfenden Städte in ihre schwierige Lage erst gekommen sind, wird durch die in den Szenarien vorgeschlagenen Politiken noch forciert, da der Mechanismus der interkommunalen Konkurrenz nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird. Und dies trifft Harvey zufolge nicht nur für die Flexibilisierung der Produktion zu, sondern auch für ein nachfordistisches Konsummodell:

"Tagungszentren, Sportstadien, Disney-Worlds, Einkaufszentren in den Cities u.ä. wurden schnell anderswo imitiert. Interurbane Konkurrenz hat so zu sprunghaften Erneuerungen geführt: Lebensstil, Kultur, Produkte und sogar politische Formen haben sich verändert, und all das hat wirksam den Übergang zum Regime flexibler Akkumulation gefördert" (ebd.)

Neben der Anpassungsstrategie ist es die Tendenz zur *Harmonisierung* gesellschaftlicher Widersprüche, die für die in den meisten Szenarien formulierten Leitbilder kennzeichnend ist. Diese Tendenz wird vor allem im Bereich der städtischen Sozialpolitik deutlich. Durch selbstorganisierte soziale Netze und Selbsthilfe sollen die VerliererInnen der gesellschaftlichen Restrukturierung befriedet werden. Doch die Potenzen der Selbsthilfe werden bei weitem überschätzt (vgl. Jessen u.a. 1988). Durch sie können die bereits eingetretenen und sich abzeichnenden neuen sozialen und räumlichen Spaltungen weder überwunden noch so bearbeitet werden, daß Verarmung

und Marginalisierung verhindert werden könnten. Den Verzicht auf sozialpolitische Forderungen gegenüber zentralstaatlichen Instanzen und die Propagierung städtischer Selbsthilfe interpretiert Marianne Rodenstein als Indiz für den qualitativen Wandel in der staatlichen Regulation sozialer Konflikte.

Eine "neue Qualität innerstaatlicher Regulierung würde (...) sich ergeben, wenn sich nachweisen ließe, daß die Kommunen die ihnen aufgeladenen Probleme quasi in Selbsthilfe bzw. Eigeninitiative so bewältigen, daß sie zur Auflösung der bestehenden Strukturen fordristischer Akkumulation und zur Begünstigung neuer Verwertungsbedingungen beitragen, also indirekt zentralstaatliche Ziele durchsetzen helfen" (Rodenstein 1987, 113).

Unsere inhaltliche Kritik an den vorliegenden Szenarien zur Stadtentwicklung ist nicht zu verwechseln mit einer Kritik an der Methode der Szenariotechnik. Die Schwächen der vorliegenden Szenarien sind in den institutionellen und politischen Zwängen begründet, denen die AutorInnen ausgesetzt sind. Ein Bruch mit den gegebenen Rahmenbedingungen würde vom Rat oder der Verwaltung einer Stadt, die mit gutem Recht auf die Realitätsnähe der Szenarien großen Wert legen dürften, als abstrakte Utopie, die der Stadt in einer schwierigen Lage auch nicht weiterhilft, verworfen werden. Ein überwiegend an sozialen und ökologischen Zielsetzungen orientiertes Leitbild von städtischem Leben, das die Verbesserung der Lebenschancen von Randgruppen und den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen Priorität gegenüber wirtschaftlichem Wachstum einräumt, ließe sich politisch kaum legitimieren. Solange die Beschäftigung in formellen Arbeitsverhältnissen existentielle Voraussetzung für die Reproduktion und gesellschaftliche Anerkennung der Individuen ist, ist eine ökologisch motivierte Ablehnung eines ansiedlungswilligen Betriebes, der die Schaffung von Arbeitsplätzen verspricht, in Städten mit hoher Arbeitslosigkeit kaum zu rechtfertigen.

Die Anwendung der Szenariotechnik erscheint uns trotz der benannten Mängel der hier untersuchten Szenarien zur Stadtentwicklung als eine sinnvolle Methode zur Abwägung kommunalpolitischer Ziele, an der festgehalten und die weiterentwickelt werden sollte; dazu zwei Thesen:

Erstens: Die Szenariotechnik kann eine Methode zur *Demokratisierung* der Planung sein. Szenarien erleichtern Diskussionen über Zielsetzungen der Kommunalpolitik und die Einordnung ansonsten isoliert betrachteter

Maßnahmen in eine Gesamtperspektive. Sie sind nicht nur für Fachleute, sondern auch für Laien verständlich geschrieben und erweitern dadurch tendenziell den Kreis derer, die an der Auseinandersetzung über politische Strategien teilhaben können.

Zweitens: Die Szenariotechnik könnte eine Methode zur *Politisierung* der Kommunalpolitik sein. Alternative Szenarien können dazu beitragen, die Sachzwanglogik der Kommunalpolitik zu überwinden und den Stellenwert politischer Entscheidungen zu verdeutlichen. Mit Szenarien kann ein Bewußtsein über die Möglichkeit und Notwendigkeit der Veränderung von Rahmenbedingungen kommunalen Handelns geschaffen werden. Szenarien, in denen aufgezeigt wird, wie sehr gesetzliche Regelungen und private Investitionsentscheidungen die Entwicklung der Stadt bestimmen, können ebenso zur Politisierung der Kommunalpolitik beitragen wie solche, in denen verdeutlicht wird, welche Entwicklung durch eine Veränderung dieser Bedingungen möglich werden könnte.

Eine solche Politisierung würde einen Bruch mit dem traditionellen Verständnis kommunaler Selbstverwaltung bedeuten. Eine Anwendung der Szenariotechnik im Sinne einer Demokratisierung und Politisierung ist weder von Beschäftigten der Verwaltung noch von Auftragnehmern der Kommunen zu erwarten, da sie den o. g. institutionellen Zwängen verpflichtet sind. Je größer die Distanz der Szenario-SchreiberInnen von der kommunalpolitischen Praxis ist, desto eher werden sie in der Lage sein, das Potential der Methode zu nutzen.

LITERATURVERZEICHNIS

Abelshauer, Werner 1983: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M.

Adorno, Theodor W. 1956: Soziologie und empirische Sozialforschung.

In: Soziologische Exkurse. Hrsg. von: Institut für Sozialforschung, S. 106 - 115. Frankfurt

Afheldt, Heik 1982: Was leisten Prognosen für die Stadtentwicklungspolitik?
In: Mitteilungen der deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, 26. Jg., Bd. 1, S. 10 - 19

Afheldt, Heik 1985: Bilder einer Welt von morgen (Einleitung).
In: Afheldt, Heik (Hrsg.): Bilder einer Welt von morgen - Modelle bis 2009, S. 9 - 27. Stuttgart

Aglietta, Michel 1979: A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience. London

Aglietta, Michel 1982: World Capitalism in the Eighties.
In: New Left Review, Nr. 136, S. 5 - 41

Ahrens, Peter Paul/ Zierold, Horst 1986: Entwicklungsplanung in Kommune und Region. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 40. Dortmund

Albers, Gerd 1967: Vom Fluchtlinienplan zum Stadtentwicklungsplan.
In: Archiv für Kommunalwissenschaften, 6. Jg., S. 192 - 211

Albers, Gerd 1969: Über das Wesen der räumlichen Planung. Versuch einer Standortbestimmung. In: Stadtbauwelt, Heft 21, S. 9 - 20

Albers, Gerd 1988: Stadtplanung. Eine praxisorientierte Einführung. Darmstadt

Albert, Hans 1984: Theorie und Prognose in den Sozialwissenschaften.

In: Topitsch, Ernst (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, S. 126 - 143. Königstein

- Altvater, Elmar 1987: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien. Hamburg
- Altvater, Elmar 1988: Die Enttäuschung der Nachzügler oder: Der Bankrott "fordistischer" Industrialisierung. In: Mahnkopf 1988, S. 144 - 181
- Altvater, Elmar u.a. (Hrsg.) 1985: Arbeit 2000. Über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Hamburg
- Altvater, Elmar/Hübner, Kurt 1989: Das Geld einer mittleren Hegemonialmacht - Ein kleiner Streifzug durch die ökonomische Geschichte der BRD. In: Prokla, 18. Jg., H. 73, S. 6 - 36
- Arras, Hartmut E. 1985: Szenarien: Zukunft in Bildern. In: Afheldt, Heik (Hrsg.): Bilder einer Welt von morgen - Modelle bis 2009, S. 49 - 103. Stuttgart
- Bade, Franz Josef 1987: Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderheft 143). Berlin
- Baethge, Martin/Oberbeck, Herbert 1985: Zur Entwicklung von Arbeit und Beschäftigung im Dienstleistungssektor. In: Altvater u.a. 1985, S. 51 - 71
- Bauer, Adolf/ Kosin, Heinz 1967: Probleme der Gesellschaftsprognose. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 15. Jg., S. 6ff
- Baumgartner, Thomas/ Diefenbacher, Hans 1989a: Prognosen - Kunst oder Wissenschaft? Ms.
- Baumgartner, Thomas/ Diefenbacher, Hans 1989b: Die Konstruktion und die Anwendung von Prognosemodellen - eine theoretische Perspektive. Ms.
- Bechmann, Armin 1987: Landbau - Wende. Frankfurt
- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.

- Bell, Daniel 1968: Zukunftsforschung gestern und heute.
In: Kahn, Herman/ Wiener, Anthony J.: Ihr werdet es erleben.
S. 411 - 422. Wien, München, Zürich
- Birg, Herwig: Prognoseprobleme. In: Grundriss der Raumordnung. Hrsg.
von: Akademie für Raumforschung und Landesplanung,
S. 161 - 168. Hannover
- Boddy, Martin 1987: High Technology Industry, Regional Development and
Defence Manufacturing: a Case Study in the UK Sunbelt.
In: Robson 1987, S. 60 - 83
- Bommer, Jürgen 1969: Methoden der Zukunftsforschung. In: Analysen und
Prognosen, Heft 5, S. 17ff
- Bossel, Hartmut 1978: Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft. Frankfurt
am Main
- Böhret, Carl 1977: Ein Großstadt-Szenario. In: transfer 3, Stadtforschung
und Stadtplanung, S. 203 - 211. Opladen
- Brake, Klaus 1987: Zur systematischen Erklärung unserer Siedlungsent-
wicklung. Oder: Gibt es eine zusammenhängende Theorie territorialer
Strukturierung? In: Prigge 1987, S. 125 - 136
- Breckner, Ingrid/Mohn, Erich/Schmals, Klaus M. 1985: Stadtentwicklung,
Neue Technologien und Wandel der Arbeit - Formen der
Betroffenheit und Versuche ihrer Bewältigung. In: Krummacher/
Rommelspacher u.a. 1985, S. 115 - 239
- Bruckmann, Gerhard 1979: Methodische und metamethodische Probleme der
Langfristprognostik. In: Allgemeines Statistisches Archiv,
Heft 1, S. 26 - 39
- Burger, Rudolf 1971: Kritische Notizen zur Zukunftsforschung.
In: Analysen und Prognosen, Heft 17, S. 13 - 16
- Bückmann, Walter 1978: Die Szenariomethode in der kommunalen
Entwicklungsplanung. In: Analysen und Prognosen, Heft 56,
S. 22 - 24

- Bühl, Walter L. 1985: Eine Zukunft für Deutschland. Grundlinien der technologischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. München
- Castells, Manuel 1986: Die neue urbane Krise: Raum, Technologie und sozialer Wandel am Beispiel der Vereinigten Staaten. In: Ästhetik und Kommunikation, H. 61/62, S. 37 - 60
- Castells, Manuel 1988: Hochtechnologie, Weltmarktentwicklung und strukturelle Transformation. In: Prokla, 18. Jg., H. 71, S. 118 - 143
- Castles, Stephen 1983: Rollenveränderung der Arbeitsemigranten im westdeutschen Kapitalismus. In: Widersprüche, 3. Jg., H.9, S. 33 - 40
- Coriat, Benjamin/Zarifan, Philippe 1986: Tendenzen der Automatisierung und Neuzusammensetzung der industriellen Lohnarbeit. In: Prokla, 16. Jg., H. 62, S. 61 - 73
- Dangschat, Jens/Krüger, Thomas 1986: Hamburg im Süd-Nord-Gefälle. In: Friedrichs u.a. 1986, S. 188 - 213
- Davis, Mike 1986: Phoenix im Sturzflug. Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren. Berlin
- Diefenbacher, Hans/ Baumgartner, Thomas 1988: Energieprognosen zwischen Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Ms.
- Dohse, Knuth/Jürgens, Ulrich/Malsch, Thomas 1984: Reorganisation der Arbeit in der Automobilindustrie. (discussion papers IIVG/dp 84-20) Wissenschaftszentrum Berlin
- Dombois, Rainer 1985: Zieht die Automobilindustrie in die Niedriglohnländer? Abhängige Industrialisierung am Beispiel der mexikanischen Autoindustrie. In: mehrwert, H. 26, S. 67 - 79
- Drevesmann, Marlis/Kemming, Herbert 1989: Stand der Szenarien-Diskussion: Zum sachgerechten Einsatz von Szenarien in der Stadtentwicklung. In: Szenarien in der Stadtentwicklung. Hrsg. von: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS), Dortmund, S. 75 - 81

- Durth, Werner 1987: Urbanität und Stadtplanung. Thesen zu einem problematischem Verhältnis. In: Prigge 1987, S. 155 - 165
- Einem, Eberhard von 1988: Regionale Büroflächenentwicklung.
In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 5/6.1988, S. 307 - 316
- Esser, Josef/Fach, Wolfgang 1981: Korporatistische Krisenregulierung im Modell Deutschland. In: Alemann, Ulrich von (Hrsg.): Neokorporatismus. Frankfurt a.M./New York, S. 158 - 179
- Esser, Josef/Hirsch, Joachim 1987: Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie. Von der Fordismuskrisis zur "postfordistischen" Regional- und Stadtstruktur. In: Prigge 1987, S. 31 - 56
- Flechtheim, Ossip K. 1978: Futurologie - das wissenschaftliche Prinzip Hoffnung. In: Analysen und Prognosen, Heft 58, S. 19 - 20
- Flechtheim, Ossip K. 1980: Der Kampf um die Zukunft: Grundlagen der Futurologie. Bonn, Berlin
- Flechtheim, Ossip K. 1988: Plädoyer für eine neue Futurologie.
In: Lutz, Rüdiger (Hrsg.): Pläne für eine menschliche Zukunft, S. 16 - 19. Weinheim, Basel
- Friedrichs, Jürgen/Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (Hrsg.) 1986: Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik? Opladen
- Gershuny, Jonathan 1978: Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Frankfurt a.M./New York
- Goddard, J.B./Gillespie, A.E. 1987: Advanced Telecommunications and Regional Development. In: Robson 1987, S. 84 - 109
- Habermas, Jürgen 1973: Erkenntnis und Interesse. Frankfurt
- Hack, Lothar/Hack, Irmgard 1985: Die Wirklichkeit, die Wissen schafft. Frankfurt a.M./New York
- Harvey, David 1987: Akkumulation durch Urbanisierung: Überlegungen zum "Postmodernismus" in den amerikanischen Städten.
In: Prokla, 17. Jg., H. 69, S. 109 - 131

- Härter, Manfred 1986: Güte- und Erfolgsbeurteilungen von Prognosen. In: Härter, Manfred (Band-Hrsg.): Energieprognosen für die Bundesrepublik Deutschland, S. 7 - 14. Köln
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 1987: Neue Urbanität. Frankfurt a.M.
- Henckel, Dietrich/Nopper, Erwin/Rauch, Nizan 1984: Informationstechnologie und Stadtentwicklung. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz
- Hirsch, Joachim 1986: Der Sicherheitsstaat. Das "Modell Deutschland", seine Krisen und die "neuen sozialen Bewegungen", überarbeitete Neuauflage. Frankfurt a.M.
- Hirsch, Joachim/ Roth, Roland 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg
- Holmes, John 1986: The Organisation and Locational Structure of Production Subcontracting. In: Scott/Storper 1986, S. 80 - 106
- Hurtienne, Thomas 1985: Wirtschaftskrise, internationale Verschuldung und Entwicklungspotentiale in Lateinamerika. In: Prokla, 15. Jg., H. 59, S. 34 - 64
- Hurtienne, Thomas 1986: Fordismus, Entwicklungstheorie und Dritte Welt. In: Peripherie, H. 22/23, S. 60 - 110
- Hurtienne, Thomas 1988: Entwicklungen und Verwicklungen - Methodische und entwicklungstheoretische Probleme des Regulationsansatzes. In: Mahnkopf 1988, S. 182 - 224
- Hübner, Kurt 1988: Die Krisentheorien der Regulationisten. In: Mahnkopf 1988, S. 29 - 73
- Hübner, Kurt 1989a: Sooner or later. In: konkret H.3.1989
- Hübner, Kurt 1989b: Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines Ansatzes der Politischen Ökonomie. Berlin
- Hübner, Kurt/Mahnkopf, Birgit 1988: Ecole de la Regulation. Eine kommentierte Literaturstudie (papers FSII 88-201). Wissenschaftszentrum Berlin

- Ipsen, Detlev 1986: Neue urbane Zonen - Raumentwicklung und Raumbilder. In: Friedrichs u.a. 1986, S. 142 - 152
- Ipsen, Detlev 1987: Räumliche Vergesellschaftung. In: Prokla, 17. Jg, H. 68, S. 113 - 130
- Jessen, Johann/Siebel, Walter/Siebel-Rebell, Christa/Walther, Uwe-Jens/Weyrather, Irmgard 1988: Arbeit nach der Arbeit. Schattenwirtschaft, Wertewandel und Industriearbeit. Opalden
- Jessop, Bob 1986: Der Wohlfahrtsstaat im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus. In: Prokla, 16. Jg., H. 65, S. 4 - 33
- Jung, Hans-Ulrich 1986: Branchenstrukturen als Erklärungsfaktoren für regionalwirtschaftliche Entwicklungsdisparitäten. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 11/12.1986, S. 859 - 871
- Jungk, Robert 1969: Zukunftsforscher und Zukunftsverhinderer. In: Merkur, Heft 1, S. 495 - 496
- Jungk, Robert 1970: Probleme der Zukunftsforschung: Ritt auf dem Tiger. In: Der Spiegel, Nr. 1/2, S. 34 - 47
- Jungk, Robert/ Müllert, Norbert R. 1981: Zukunftswerkstätten. Hamburg
- Junker, Rolf/ Zickwolff, Dorothee 1985: Szenariotechnik in der Stadtplanung. Theorie und Anwendung. ILS-Kurzbericht. Hrsg. von: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS). Dortmund
- Junne, Gerd 1988: Das amerikanische Rüstungsprogramm: Ein Substitut für Industriepolitik. In: Leviathan, 16. Jg., H.2, S. 23 - 37
- Jürgens, Ulrich/Dohse, Knuth/Malsch, Thomas 1985: Neue Produktionskonzepte in bundesdeutschen Automobilbetrieben. (discussion papers IIVG/dp 85-208) Wissenschaftszentrum Berlin
- Kahn, Herman/ Wiener, Anthony J. 1968: Ihr werdet es erleben. Voraussagen der Wissenschaft bis zum Jahr 2000. Wien, München, Zürich
- Kant, Immanuel 1917: Der Streit der Fakultäten. Gesammelte Schriften Bd. VII. Hrsg. von: Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften. Berlin

- Kastendiek, Hans 1980: Neokorporatismus? Thesen und Analysekonzepte in der westdeutschen Diskussion und in der internationalen "corporatism" Debatte. In: Prokla, 10. Jg., H. 38, S. 81 - 106
- Kern, Horst/Schumann, Michael 1984: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion. München
- Kerner, Erich 1989: Die Hamburger Hafenstraße als Investitionsbremse? Aus den Protokollen einer Unternehmertagung. In: 1999 - Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 4. Jg., H. 1, S. 101 - 105
- Kleinknecht, Alfred 1984: Innovationsschübe und Lange Wellen: Was bringen "neo-schumperianische" Kriseninterpretationen? In: Prokla, 14. Jg., H. 57, S. 55 - 77
- Knauer, Peter 1978: Zur Aussagefähigkeit und Anwendbarkeit der Szenario-Methode. In: Analysen und Prognosen, Heft 56, S. 13 - 15
- Kolb, Dieter 1977: Plädoyer für energiepolitische Szenarien. In: Analysen und Prognosen, Heft 51, S. 22 - 23
- Kraus, Michael 1986: Zur Problematik von Vorhersagen im Energiebereich. In: Härter, Manfred (Band-Hrsg.): Energieprognosen für die Bundesrepublik Deutschland, S. 15 - 38. Köln
- Krämer-Badoni, Thomas/Ruhstrat, Ekke-Ulf 1986: Soziale Folgen des Süd-Nord-Gefälles - Ein Vergleich zwischen Bremen und Stuttgart. In: Friedrichs u.a. 1986, S. 262 - 278
- Krätke, Stefan/Schmoll, Fritz 1987: Der lokale Staat - 'Ausführungsorgan' oder 'Gegenmacht'? In: Prokla, 17. Jg., H. 68, S. 30 - 72
- Krummacker, Michael/Rommelspacher, Thomas/Wienemann, Marianne 1985: Niedergang einer alten Industrieregion. Analysen zur Perspektive des Ruhrgebiets. In: Krummacker/Rommelspacher u.a. 1985, S. 17 - 113
- Krummacker, Michael/Rommelspacher, Thomas/Wienemann, Marianne (AG Ruhrgebiet)/Breckner, Ingrid/ Mohn, Erich/ Schmals, Klaus M. (AG München) 1985: Regionalentwicklung zwischen Technologieboom

und Resteverwertung. Die Beispiele Ruhrgebiet und München.
Bochum

- Kujath, Hans Joachim 1986: Regeneration der Stadt. Hamburg
- Kujath, Hans Joachim 1988: Reurbanisierung? Zur Organisation von Wohnen und Leben am Ende des städtische Wachstums.
In: Leviathan, 16. Jg., H. 1, S. 23 - 43
- Kühn, Arthur 1970: Das Problem der Prognose in der Soziologie. Berlin
- Läpple, Dieter 1986: "Süd-Nord-Gefälle". Methapher für die räumlichen Folgen einer Transformationsphase: Auf dem Weg zu einem post-tayloristischen Entwicklungsmodell? In: Friedrichs u.a. 1986, S. 97 - 116
- Läpple, Dieter 1987: Zur Diskussion über "Lange Wellen", "Raumzyklen" und gesellschaftliche Restrukturierung. In: Prigge 1987, S. 59 - 76
- Lienemann, Fritz 1975: Zur Verwendung langfristiger Szenarios als Grundlage für regionalisierte Zielprojektionen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8, S. 201 - 217
- Lienemann, Fritz/ Unholzer, Günther 1975: Die Szenariomethode als Beitrag zur Fortschreibung des Bundesraumordnungsprogramms. In: Raumforschung und Raumordnung, 33. Jg., Heft 5, S. 240 - 249
- Liese, Hans-J. 1975: Umkehr zur Vernunft. Essen
- Lipietz, Alain 1985: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff "Regulation".
In: Prokla, 15. Jg., H. 58, S. 109 - 137
- Lipietz, Alain 1986: New Tendencies in the International Division of Labour: Regimes of Accumulation and Modes of Regulation.
In: Scott/Storper 1986, S. 16 - 40
- Lovins, Amory B. 1978: Sanfte Energie. Reinbeck bei Hamburg
- Lutz, Burkhard 1984: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt a.M./New York

- Lutz, Christian 1986: Instrumente der Zukunftserfassung. Rüschnikon (Gottlieb-Duttweiler-Institut). Ms.
- Mackensen, Rainer 1987: Zum Stand der Zukunftsforschung. In: Hesse, Joachim Jens/ Zöpel, Christoph (Hrsg.): Zukunft und staatliche Verantwortung, S. 45 - 58. Baden-Baden
- Mahnkopf, Birgit (Hrsg.) 1988: Der gewendete Kapitalismus - Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation. Münster
- Mayer, Margit 1988: The Changing Conditions for Local Politics in the Transition to Post-Fordism (Referat für die Konferenz über die Regulationstheorie in Barcelona im Juni 1988). Ms. Berlin
- Meise, Jörg/ Volwahren, Andreas 1980: Stadt- und Regionalplanung. Ein Methodenhandbuch. Braunschweig, München
- Merton, Robert K. 1984: Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen. In: Topitsch, Ernst (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, S. 144 - 161. Königstein
- Mettler, Peter H. 1979: Kritische Versuche zur Zukunftsforschung. Bd. 1: Retrognose. Frankfurt
- Michelsen, Gerd 1988: Wandel. In: Michelsen, Gerd (Hrsg.): Die Zukunft der Bundesrepublik. Szenarien und Prognosen des Öko-Instituts, S. 7 - 25. Hamburg
- Offe, Claus 1984a: "Arbeitsgesellschaft": Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frankfurt a.M./New York
- Offe, Claus 1984b: Perspektiven auf die Zukunft des Arbeitsmarktes. "Orthodoxie", "Realismus" und "dritte Wege. In: Offe 1984a, S. 340 - 358
- Offe, Claus 1984c: Zu einigen Widersprüchen des modernen Sozialstaates. In: Offe 1984a, S. 323 - 339
- Opp, Karl-Dieter 1970: Methodologie der Sozialwissenschaften, Reinbeck bei Hamburg
- Piore, Michael J./Sabel, Charles F. 1989: Das Ende der Massenproduktion. Frankfurt a.M.

- Popper, Karl R. 1984: Prognose und Prophetie in den Sozialwissenschaften.
In: Topitsch, Ernst (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, S. 113 -
125. Königstein
- Prigge, Walter (Hrsg.) 1987: Die Materialität des Städtischen - Stadtent-
wicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch.
Basel/Boston/Stuttgart
- Prognos AG 1983: Die Bundesrepublik 1985/ 1990/ 2000. Die Entwicklung
von Wirtschaft und Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland
und in den Bundesländern bis 2000. Stuttgart
- Projekt 1988: Neue Strategien der Stadtentwicklungspolitik. (Arbeitsheft Nr.
5 der WE Stadt- und Sozialforschung) Universität Bremen
- Raasch, Sybille/Wahnschaffe, Philipp 1985: Die Integration der
bundesrepublikanischen Textil- und Bekleidungsindustrie in die neue
internationale Arbeitsteilung. In: mehrwert H. 26, S. 115 - 140
- Reibnitz, Ute von 1987: Szenarien - Optionen für die Zukunft. Hamburg,
New York
- Robson, Brian (Hrsg.) 1987: Managing the City. Beckenham
- Rodenstein, Marianne 1987: Durchstaatlichung der Städte? Krisenregulie-
rung durch die kommunale Selbstverwaltung. In: Prigge 1987,
S. 107 - 123
- Rommelspacher, Thomas/Oelschläger, Dieter 1986: Armut im Ruhrgebiet.
Regionale Entwicklungsrends und kleinräumige Prozesse am Beispiel
eines Duisburgers Elendsgebietes. In: Friedrichs u.a. 1986, S. 214 -
234
- Sayer, Andrew 1986: Industrial Location on a Worldscale: The Case of
Semiconductor Industry. In: Scott/Storper 1986, S. 107 - 123
- Schulz zur Wiesch, Jochen 1985: Perspektiven und Szenarien zur Stadt-
entwicklung. Anmerkungen zu einem Difu-Seminar. In: Der Städ-
tetag, 38. Jg., Heft 8, S. 526 - 529

- Schumann, Michael/Wittemann, Klaus Peter 1985: Entwicklungstendenzen der Arbeit im Produktionsbereich. In: Altvater u.a. 1985, S. 32 - 50
- Scott, Allen J./Storper, Michael (Hrsg.) 1986: Production Work Territory. Boston/London/Sydney
- Sinz, Manfred/Strubelt, Wendelin 1986: Zur Diskussion über das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle unter Berücksichtigung entwicklungs-geschichtlicher Aspekte. In: Friedrichs u.a.1986, S. 12 - 50
- Stiens, Gerhard 1977: Zur Verwendung von Szenarien in der Raumplanung. In: Raumforschung und Raumordnung, 35. Jg., Heft 1/2, S. 69 - 73
- Stiens, Gerhard 1982: Langfristszenarien zur Raumentwicklung. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8.1982, S. 573 - 585
- Stiens, Gerhard 1983a: Langfrist-Szenarien in raumbezogener Planung und Politik. In: Structur, Heft 1, 12. Jg., S. 3 - 8
- Stiens, Gerhard 1983b: Varianten der Szenario-Technik bei unterschiedlichen Zielsetzungen. Vortrag bei dem BfLR-Seminar 'Langfrist-szenarien zur Raumentwicklung', 10. - 11. März in Bonn - Bad Godesberg. Ms.
- Stiens, Gerhard 1985: Szenarien zur möglichen zukünftigen Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Referat für das Difus-Seminar 'Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik. Ms.
- Vught, F.A. 1987: Pitfalls of Forecasting. Fundamental problems for the methodology of forecasting from the philosophy of science. In: Futures, Volume 19, Number 2, S. 184 - 196
- Wagenführ, Horst 1970: Zukunftsforschung. In: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. Hrsg. von: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Spalte 3878 - 3894. Hannover
- Weizsäcker, Carl Friedrich von 1975: Über die Kunst der Prognose. In: Toffler, Alvin (Hrsg.): Kursbuch ins dritte Jahrtausend, S. 169 - 186. Bern, München, Wien

Welzk, Stefan 1986: Boom ohne Arbeitsplätze. Köln

VERZEICHNIS DER SZENARIEN

Berlin:

"Szenarien für die Stadt Berlin (West)"
Hartmut E. Arras (prognos AG, Basel), Dez. 1983
Auftraggeber: Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz,
Berlin

Braunschweig:

"Szenarien zur Stadtentwicklung Braunschweig"
Heik Afheldt (prognos AG, Basel), Dez. 1982
Auftraggeber: Stadt Braunschweig

Darmstadt:

"Vier Szenarien zum Flächennutzungs- und Landschaftsplan Darmstadt"
Hrsg.: Magistrat der Stadt Darmstadt, August 1986

Frankfurt:

"Fernsicht auf Frankfurt
- Entwicklungslinien der Main-Metropole bis zur Jahrtausendwende"

Dr. Hans-Eberhard Haverkamp, Artikelserie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 9.10. - 15.10.1985

Freiburg:

"Soziokulturelle Szenarien für die Stadt Freiburg im Breisgau"
Hartmut E. Arras (Syntropie, Stiftung für Zukunftsgestaltung, Allschwil), Juni 1986
Auftraggeber: Freiburger Stadtbau GMBH

Hamburg:

"Unternehmen Hamburg"
Rede von Bürgermeister Dr. Klaus von Dohnanyi vor dem Übersee-Club e.V. am 29.11.1983 in Hamburg
Hrsg.: Staatliche Pressestelle Hamburg, Berichte und Dokumente Nr. 713, 30.11.1983

Leverkusen:

"Szenarien über die Stadt Leverkusen"

Hartmut E. Arras (Syntropie, Stiftung für Zukunftsgestaltung, Allschwill) Juni 1986

Auftraggeber: SPD - Fraktion Leverkusen

Mannheim:

"Mannheim 2000 - Szenarien der künftigen Entwicklung"

Arbeitsgruppe des Planungsbeirates der Stadt Mannheim, 1985

Solingen:

"Solingen um die Jahrtausendwende"

Hrsg.: Der Oberstadtdirektor der Stadt Solingen, Mai 1986

Wilhelmshaven:

"Das mittelfristige Stadtentwicklungskonzept Wilhelmshaven"

Hrsg.: Der Oberstadtdirektor der Stadt Wilhelmshaven, April 1986

Wuppertal:

Szenarien zu Wuppertal

Hrsg.: Kommission für Umweltschutz und Stadtentwicklung, 1986